PROTOKOLL

über die 40. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 4. Juli 2002, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Gerhard Bremm

STADTRÄTE: Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Oppl

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Rosa Rahstorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

4) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS

5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

6) AKTUELLE STUNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

1) GHJ2-42/02 Sandaustausch städtische Kindergärten und in den Sprunganlagen der Schulen.

2) Fin-103/02 Ausbau der FHS-Liegenschaftstausch-Investitionsablöse Wehrgrabengasse 87; zwingende Freimachung von drei Stromanschlüssen; Kostenübernahme.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

1) Präs-78/02 Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Altbürgermeister Hermann Leithenmayr.

2) Fin-239/01 Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Kultur- und Jugendzentrums Ennsleite; Weiterleitung einer Landesförderung.

3) Fin-283/98 ASKÖ Bezirk Steyr/ATSV Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung von Club- und Schulungsräumen; Weiterleitung einer Landesförderung.

4) Fin-147/02 Neuerrichtung Bücherei; Übernahme einer Bürgschaft für ein Darlehen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH.

5) Fin-120/01 Rechnungsabschluss 2001.

6) Fin-51/01 Energiesysteme Schloßgangl GmbH & Co KG, Johannesgasse 17, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

7) Fin-159/02 Projekt „Steyr 2010“; Förderung.

8) Präs-422/02 Freiheitliche Gemeinderatsfraktion; Antrag betreffend Verkauf Bethlehem-Münzen.

9) K-1/02 UNESCO; Aufnahme der Stadt Steyr in die Liste der „Weltkulturerbe“.

10) Rp-1/01 Fachabteilung für Kontrolle und Revision; Vorlage des Jahresberichtes 2001 gem. § 39 Abs. 3 StS.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

11) SH-169/02 Sozialhilfe - Barleistungen.

12) SH-159/02 Fahrzeuganschaffung Aktion „Essen auf Rädern“.

13) Fin-137/02 Kultur-, Jugend- und Freizeitzentrum Ennsleite; außerordentliche Subvention für die Generalsanierung.

14) Fin-149/02 Alten- und Pflegeheim Tabor; Jahresabschluss 2001.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER Dr. LEOPOLD PFEIL:

15) GE-480/02 Marktordnung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

16) GHJ2-25/02 Theaterkeller - Volksstraße 5; Sofortmaßnahmen wegen Pachtübernahme.

17) Schu-40/96 Neubau einer Volksschule im Stadtteil Resthof; Vergabe der Architektenleistungen für die Umplanung auf eine 8klassige Volksschule.

18) SchuPfl-73/94 HS 2 Ennsleite; ganztägige Schulform; Tarifordnung für den Betreuungsbeitrag; Euro-Anpassung.

19) GHJ2-39/02 1. Etappe Rollos und Vorhänge Hauptschule Promenade.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

20) Fin-192/00 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 09; Annahme Fördervertrag.

21) BauStr-18/01 Ausbau der Damberg- und Neustiftgasse; Grundeinlöse von der MAN Steyr AG.

22) BauStr-22/00 Begleitmaßnahmen Leitungsverlegung und Gehsteigsanierung auf der B 122 Blümelhuberstraße; Vergabe der Straßenbauarbeiten.

23) BauStr-13/01 Straßenneubau Neubaustraße; Neuvergabe der Restarbeiten.

24) BauStr-20/99 Straßenbau City-Point (Forum); Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten sowie Pflasterungsarbeiten samt Granitsteinlieferung; Neuvergabe der Restarbeiten.

25) BauStr-6/02 Belagserrichtung und Sanierung der Gußwerkstraße und Mannlicher Straße; Vergabe der Straßenbauarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

26) Fin-247/01 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2001; Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr.

27) Präs-469/97 Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates.

28) Präs-408/02 Gehaltszulagen- und Nebengebührenverordnung 2002 - GNGV 2002.

29) Präs-397/02 Einreihungsverordnung der Stadt Steyr 2002 - EV 2002.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf sie sehr herzlich begrüßen und eröffne die letzte Sitzung vor der Sommerpause. Ebenso herzlich begrüßen möchte ich die Vertreter der Medien. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Frau GR Ingrid Weixlberger und Herr GR Dr. Wilfried Wetzl gemeldet. Ich sehe sie nehmen die Funktion an. Danke. Entschuldigt ist unser Bürgermeister Ing. David Forstenlechner. Ich soll ihnen beste Grüße ausrichten und es geht ihm den Umständen entsprechend gut. Es ist sehr erfreulich, dass mit der Operation jetzt alles erledigt ist, dass er keine Nachbehandlung braucht. Aber aufgrund des nicht ganz leichten Eingriffes befindet er sich derzeit noch auf REHA und wird im August seinen Dienst wieder antreten. Herr GR Klausberger kommt etwas später.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 2), Behandlung von allfälligen Anfragen.

Frau GR Elfriede Reznar richtete mit Schreiben vom 26. 6. 2002 folgende Anfrage an Herrn Bürgermeister Ing. Forstenlechner, die ich, als Vertreterin des Bürgermeisters, verlesen und beantworten möchte:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der GR-Sitzung vom 6. Juli 2000 wurde mit Kreditüberschreitung ein Betrag von ATS 945.000,-- und in der GR-Sitzung vom 5. Oktober 2000 ebenfalls mit Kreditüberschreitung eine Aufstockung auf insgesamt ATS 950.000,-- für die Produktion des TV-Vorhabens „Wir bleiben zusammen“ beschlossen. Der Film sollte eine touristische Wirksamkeit erzielen und laut damaligem Bürgermeister Leithenmayr ein Pilotfilm für eine 13teilige Serie sein.

Gem. § 12 Abs. 2 des Statutes für die Stadt Steyr in Verbindung mit § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr ergeht daher an sie nachfolgende Anfrage:

1. Wie weit ist ihrer Einschätzung nach der Bekanntheitsgrad Steyrs gestiegen bzw. hat sich der Tourismus für Steyr aufgrund dieses Filmes erhöht, nachdem von der Stadt Steyr selbst nur 3 kurze Bilder gezeigt wurden?

2. Wann werden die 13 Nachfolgeserien in Steyr gedreht und in welchem Ausmaß wird hier die Schönheit der Stadt präsentiert?

3. Wurde mit der Filmgesellschaft ein neuerlicher Kontakt seitens des Bürgermeisters hergestellt, um das Projekt voranzutreiben?

Ich bitte um Beantwortung meiner Anfrage in der nächsten GR-Sitzung."

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Zu 1):
Der TV-Film „Wir bleiben zusammen" wurde im ORF und ZDF gesendet. Am Sonntag, 20. Mai 2001, lockte dieser Film 793.000 Zuseher vor die TV-Geräte, d.h. statistisch, dass jeder 8. Österreicher dieses Familiendrama mit „happy end" gesehen hat. Dieser Film war an diesem TV-Wochenende der absolute Spitzenreiter und übertraf sogar die US-Produktion „Die Firma", die lediglich 575.000 Zuseher hatte.

Vom Tourismusverband der Stadt Steyr wurde mitgeteilt, dass nach Ausstrahlung des Pilotfilmes verstärkt Anfragen nach Prospektunterlagen der Stadt Steyr verzeichnet wurden.
Der gegenständliche Pilotfilm, Gesamtkosten von immerhin 19 Millionen Schilling, war ein Mosaikstein im Gesamtbild der Fremdenverkehrswerbung in Steyr und hat so wie viele andere Aktivitäten des Tourismusverbandes zur Stärkung des Bekanntheitsgrades der Stadt beigetragen.

Zu 2):
Die Entscheidung, ob weitere Folgen gedreht werden oder nicht, ist von der Produktionsfirma noch nicht getroffen worden.

Zu 3):
Mit der Produktionsfirma hat es unmittelbar nach der Ausstrahlung des Filmes „Wir bleiben zusammen" Kontakt gegeben. Abgesprochen war, dass, sofern Nachfolgeserien gedreht werden, sich die Produktionsfirma wiederum an das Land, die Stadt Steyr und andere Förderungsgeber wenden wird.
Ich glaube es war damals die Bavaria-Filmgesellschaft dabei und noch eine Filmfirma. Ist die Frage damit beantwortet? Gut, dann kommen wir zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeisters.

Wieserfeldplatz-Markt: Start geglückt!

Äußerst zufrieden waren Veranstalter, Marktfieranten und Kunden mit dem Verlauf der ersten Markttage auf dem Wieserfeldplatz.

Mit Herrn Reichenpfader wurde vereinbart, dass die Kunden während der Verkaufszeit jeweils eine Stunde lang gratis in der neuen Tiefgarage auf dem Wieserfeldplatz parken können.

Wasserverlust reduziert:

Die Verluste in den Rohren des städt. Wasserwerks haben sich in den vergangenen Jahren durch technische Verbesserungen stark reduziert. Im Jahr 2001 sickerten nur noch 482.681 Kubikmeter Wasser, das sind 12,49 % der gesamten Fördermenge von 3,86 Millionen Kubikmetern, aus dem Rohrsystem. Europaweit gesehen ist dies ein durchaus akzeptabler Wert. Vor einigen Jahren lag die Verlustmenge noch bei 18 bis 19 % der gesamten Fördermenge.

Der vor kurzem von einigen Medien kolportierte Wasserverlust von etwa 900.000 Kubikmetern ist nicht richtig. Es wurde zu den normalen Verlusten auch die sogenannte ungemessene Netzabgabe dazugerechnet, das ist der Wasserverbrauch z. B. bei Rohrbrüchen, Rohrnetzspülungen, Hochbehälterreinigungen oder Feuerwehr-Übungen.

Theaterbesucher zufrieden mit Kultur-Angebot in Steyr

Gute Zeugnisnoten bekommt die Stadt Steyr von Theaterbesuchern für ihr Kulturangebot. Das ist das grundlegende Ergebnis einer Umfrage, die vom Magistrat der Stadt Steyr in Auftrag gegeben und vom Institut für sozialwissenschaftliche Forschung durchgeführt worden ist. Einige wichtige Eckdaten der Befragung: Fast neun von zehn der Befragten sind mit dem angebotenen Programm entweder „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“. Fast jeder zweite Befragte ist auch überzeugt, dass das Programmangebot besser geworden ist. Zu den beliebtesten Veranstaltungen zählen Konzerte, Kabaretts, Ausstellungen, das Musikfestival, Theater, Oper und Musical. Besonders lobend erwähnt werden die Schlosskonzerte. In der Reihung der beliebtesten Sparten führt die Oper vor Musical/Show/Tanz und der Operette. Neun von zehn der Befragten sagen, dass das kulturelle Angebot in Steyr abwechslungsreich ist, acht von zehn fühlen sich zeitgerecht und gut über das kulturelle Geschehen in Steyr informiert.

Die Qualität der Aufführungen wird als gut erlebt, 91 Prozent der befragten Theaterbesucher sind damit zufrieden. „Die Ergebnisse sind durchaus erfreulich und stellen der Kulturpolitik ein sehr gutes Zeugnis aus“, schreibt Dr. Marlies Tschemer, die Leiterin des Umfrage-Projektes im Abschlussbericht. Die Umfrage ist mit Hilfe von Schülerinnen der HBLA Steyr durchgeführt worden.
Ich kann auch dazu sagen, man sieht, es bewegt sich in der Kultur auch etwas Gutes.

Plauen in Steyr: Beeindruckt von der Herzlichkeit

Der Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer war mit den Fraktionsvorsitzenden Rainer Maria Kett, Wolfgang Hinz und Eckart George sowie dem Stadtrat Klaus Junghans vergangenes Wochenende in Steyr. Die Herren wurden von ihren Gattinnen begleitet. Die Abordnung aus dem Vogtland besichtigte unter anderem auch das neue Technologie-Zentrum Tic und das Museum Arbeitswelt. Ich vereinbarte mit den Gästen aus Deutschland für die Zukunft gemeinsame Aktivitäten auf kultureller, sportlicher und wirtschaftlicher Basis.

Wir kommen nun zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im Juni 2002 betrug 5,1 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,3 % niedriger. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,7 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im Juni 2002 2.087 Personen. Diese verringerte sich gegenüber dem Vormonat um 6,4 %, d. s. 143 Personen, und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 15,7 %, d. s. 283 Personen.

Im Juni 2002 sind 221 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 54 Stellen weniger sowie auch gegenüber dem Vorjahr um 120 Stellen weniger. Also, die Arbeitsmarktsituation ist momentan nicht sehr gut in Steyr. Die Arbeitslosenrate steigt.

Meine Damen und Herren, das waren die Berichte. Wir kommen nun zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Das ist ihnen ja ordnungsgemäß zugegangen. Die Berichte unseres Bürgermeisters wird Herr Vizebürgermeister Bremm bringen. Ich ersuche ihn um seine Berichterstattung.

Bevor wir aber in die Tagesordnung einsteigen, es ist mir ein Dringlichkeitsantrag gestellt worden.

Dringlichkeitsantrag gem. § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 28. Juni 2002 und der Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses vom 6. Juni 2002 wird beschlossen, dass in Steyr bis Ende 2003 ein Kulturentwicklungsplan nach den Maßgaben des vorgestellten Prozesses erstellt wird und die daraus resultierenden Leitlinien für die kommunale Politik der Stadt Steyr als Standard für Kunst und Kultur in Folge des Kultur-Entwicklungsgrades umgesetzt werden.

Die dafür erforderlichen Mittel werden bei der VA-Stelle 1/300000/728000 in Höhe von 22.000,-- Euro freigegeben.

Die erste Hälfte des Betrages wird 2002 in Form einer Kreditüberschreitung in Höhe von 11.000,-- Euro freigegeben.

Die zweite Hälfte, in Höhe von 11.000,-- Euro, wird im Voranschlag 2003 budgetiert.

Begründung der Dringlichkeit:

Auf Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses begannen Dr. Raimund Locicnik und Peter Klimitsch im Jänner 2002 mit der Erstellung eines Methoden-, Zeit- und Finanzierungskonzeptes für die Realisierung eines Kulturentwicklungsplanes für Steyr. Bereits in mehreren Arbeitssitzungen wurden dafür Eckdaten gesammelt und anschließend schriftlich festgeschrieben. Das schriftliche Konvolut wurde am 21. März dem Bürgermeister, dem Magistratsdirektor und dem Kulturstadtrat sowie im Anschluss daran den einzelnen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und schließlich auch noch am 6. Juni 2002 dem gemeinderätlichen Kulturausschuss präsentiert. In dieser letztgenannten Sitzung wurde unter anderem einstimmig festgelegt, dass ein diesbezüglicher Antrag in der GR-Sitzung vom 5. Juli 2002 behandelt werden soll.
Der Antrag befand sich allerdings nicht auf der Tagesordnung des Gemeinderates. Die Form des Dringlichkeitsantrages ist daher die einzige Möglichkeit, den Antrag, wie vorgesehen, auf die Tagesordnung des Gemeinderates zu bringen.
Die Dringlichkeit erklärt sie unter anderem daraus, dass, wie oben angeführt, die Arbeiten für den Kulturentwicklungsplan bereits längst begonnen haben und eine Beschlussfassung durch den Gemeinderat daher überfällig ist.
Dieser Antrag liegt mir vor. Es hat zu diesem Dringlichkeitsantrag jede Fraktion eine Wortmeldung. Der Entwicklungsplan war ja im letzten StS. Er ist ja nicht abgelehnt worden, zur Aufklärung, sondern, er ist zurückgestellt worden, weil keine Zahlen im Amtsbericht vorhanden waren. Wir hätten etwas beschlossen, wo wir nicht gewusst hätten, was uns das kostet und das kann nicht so sein. Er ist zurückgestellt worden, damit er berichtigt wird. Wenn Zahlen vorhanden sind, haben wir gesagt, dann wird er im nächsten StS auch beschlossen. Es war keine Debatte, dass er nicht beschlossen werden soll, sondern nur die Debatte, dass keine Zahlen vorhanden sind und der StS nicht einen Bericht, wo keine Zahlen vorhanden sind, beschließen kann.
Wünscht jemand das Wort? Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Also mir genügt das schon, was die Frau Vizebürgermeisterin gesagt hat. Das war der Grund auch für uns, dass wir das zurückgestellt haben. Aus dem Grund werden wir der Dringlichkeit die Zustimmung nicht geben, sondern wir wollen das ganz ordnungsgemäß im nächsten StS zur Behandlung haben und dort dann auch wahrscheinlich beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieser Beschluss wurde einstimmig am 6. Juni 2002 im Kulturausschuss beschlossen, d. h., die Empfehlung wurde beschlossen. Das hindert aber nicht die Verantwortlichen dafür zu sorgen und entbindet sie nicht von der Verpflichtung, einen Akt vorzubereiten, der beschlussfähig ist. Beschlussfähig, d. h., mit den notwendigen Zahlen, wie sie auch im Kulturausschuss genannt worden sind, dass sie auch im StS und im GR vorgelegt werden. Aus diesem Grund haben wir, da war ich auch ganz maßgeblich daran beteiligt, gesagt, so kann es ja nicht sein, das muss ordentlich gemacht werden. Wenn heute alle Zahlen vorliegen, habe ich auch kein Problem, wenn wir jetzt dafür stimmen, dass es als Dringlichkeitsantrag vorbereitet und angenommen wird, wenn die Zahlen und auch die Finanzierung allen Beteiligten zukommen. Dann habe ich kein Problem damit. Ich werde also für die Dringlichkeit stimmen, obwohl ich diesen Antrag nicht unterschrieben habe, weil wir im StS gesagt haben wir warten ab bis zur nächsten StS-Sitzung. Ich muss schon etwas dazu sagen. In diesem Hause passieren schon etwas eigenartige Dinge, die uns immer wieder in doch eher schwierige Situationen bringen und manche gute Vorhaben schon im Ansatz ersticken oder maßgeblich verzögern. Hier darf man schon einmal die Frage stellen: „Wer ist dafür verantwortlich?“ Wer ist für die Vorbereitung dieser Akten verantwortlich, zum einen und zum anderen, wer ist politisch dafür verantwortlich? Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Ja, ich darf mich meinen Vorredner anschließen. Wir haben ganz klar ausgemacht, wir sind alle dafür, wir werden dann auch die Zustimmung geben, aber natürlich brauchen wir schon einen Amtsbericht der beschlussfähig ist, wo wir wissen, wenn wir da jetzt ja sagen, dann kostet das so und so viel und zwar verbindlich. Nicht nur ein Arbeitspapier wo Zahlen drinnen sind, sondern, dass das auch im Amtsbericht ist. Wir werden ihn in der nächsten Woche im Nachtrag im Stadtsenat behandeln, positiv behandeln. Darum sehe ich auch keinerlei Notwendigkeit für eine Dringlichkeit, weil mit der Arbeit kann dann sehr wohl schon begonnen werden und die Auszahlung wird sehr wohl bis zur nächsten GR-Sitzung warten können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Die Grünen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste. Diese Geschichte ist eigentlich eine Fortsetzung der Kommunikationsprobleme im Kulturbereich die wir in den letzten Jahren eigentlich ständig erleben. Wir sitzen nicht im StS, wir waren bei dieser Debatte nicht anwesend. Wir waren aber im Kulturausschuss dabei, wo sehr detailliert und sehr genau der Ablauf und die Kosten des Kulturentwicklungsplanes diskutiert und dort auch beschlossen worden sind. Was ich nicht verstehe ist das, wenn es einen verantwortlichen Referenten gibt, wenn im StS auch Mitglieder sitzen die auch im Kulturausschuss sitzen, warum es nicht möglich ist, wenn auf einem Akt, wo halt zufällig vielleicht, oder aus welchem Grund auch immer, die Kostenzahl fehlt, warum das nicht möglich ist, diese Kostenzahl in der Sitzung dann nachträglich einzutragen und wir eine saubere Lösung schaffen, nämlich, dass wir den Kulturentwicklungsplan heute, eine Woche bevor dieser Kulturentwicklungsplan nämlich auch den Kulturvereinen vorgestellt werden soll, eine Entscheidung treffen. Denn was jetzt passiert, ist das, dass am Kulturentwicklungsplan gearbeitet wird und es eigentlich keinen Grundsatzbeschluss im Gemeinderat gibt. Das ist eine Vorgangsweise, die wir nicht teilen und aus diesem Grund stimmen wir diesem Antrag natürlich zu. Ich denke mir, es ist überhaupt kein Problem für uns, heute zu sagen, dieser Kulturentwicklungsplan kostet, das ist ja kein Geheimnis, S 300.000,-- in drei Etappen und Mittel sind auch in diesem Jahr im Budget vorgesehen und wir beschließen es, wie es im Budget vorgesehen ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
In zwei Etappen und es ist heuer im Budget nicht vorgesehen, es wäre ja eine Kreditüberschreitung. Das haben wir auch gewusst und das habe ich auch vorgelesen.
Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Dann weiß doch eh jeder die Kosten.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Wir wissen, dass es S 300.000,-- kostet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Jetzt wissen wir es.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse. Zuerst möchte ich mich bei jenen Personen bedanken, die diesen Dringlichkeitsantrag unterstützt haben, weil man ja insgesamt sechs Unterschriften braucht und es deshalb auf die Zusammenarbeit ankommt, so einen Antrag überhaupt einbringen zu können. Aus diesem Grund der Zusammenarbeit und der Kooperation möchte ich gar nicht darauf eingehen, wer in diesem Fall wieder möglicherweise Mist oder nicht Mist gebaut hat. Ich gebe es nämlich inzwischen auf, da irgendwo nach Schuldigen zu suchen. Faktum ist, wir brauchen diesen Kulturentwicklungsplan. Faktum ist, dass alle Fraktionen einstimmig gesagt haben, wir möchten diesen Kulturentwicklungsplan. Das ist keine parteipolitische Frage, alle Fraktionen wollen ihn. Der Kulturausschuss hat ihn einstimmig auch weiter empfohlen, er kommt als Antrag auf den GR. Die Zahlen waren allen auch im Endeffekt bekannt. Es ist jeder Fraktion der Plan vorgestellt worden. Es war immer die Rede von S 300.000,-- oder umgerechnet ungefähr 22.000,-- Euro, was das Ganze kosten wird. Wenn heute gesagt wird, die können eh weiter arbeiten ohne Beschluss, die arbeiten bereits seit Jänner daran. Seit Jänner wird an diesem Kulturentwicklungsplan, ohne dass es einen Beschluss gibt, gearbeitet.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Finden sie das richtig?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, aber ich finde es auch nicht richtig, jetzt haben wir die Möglichkeit es zu beschließen und außerdem meine sehr geehrten Damen und Herren, und das geht jetzt in Richtung StS, es ist hier um einen Grundsatzbeschluss gegangen und wir haben in diesem Gemeinderat schon sehr häufig Grundsatzbeschlüsse gehabt wo auch noch nicht einmal die finanziellen Mittel dort gestanden sind, weil es um einen Grundsatzbeschluss gegangen ist. Ich möchte nur erinnern z. B. an das Alten- und Pflegeheim Münichholz. Da war es genauso, da gibt es einen Grundsatzbeschluss, da steht von den Kosten noch gar nichts drinnen. Die Kosten waren aber bekannt, sie sind jeden bekannt, sie liegen auch vor. Das was ihnen als Dringlichkeitsantrag von der Frau Vizebürgermeisterin vorgelesen worden ist, ist auch kein parteipolitischer Antrag, sondern das ist ein Antrag der genau auf den Amtsbericht des Kulturamtes fußt, der auch von seinem Inhalt her durchgesehen worden ist von der Magistratsdirektion, d. h., das ist ein Antrag der Hand und Fuß hat. Die genauen Zahlen, da möchte ich jetzt nicht darauf eingehen, sie liegen aber vor. Es kann also bis, nachdem normalerweise der Dringlichkeitsantrag am Ende der Sitzung behandelt wird, ich habe hier die ganzen Zahlen vom Kulturamt die dort auch aufgelegen sind, d. h., es ist alles vorhanden und das lässt sich bis zum Ende der Sitzung kopieren. Ich hoffe, dass wir dann heute endlich diese Nachlässigkeit reparieren, dass wir diesen Grundsatzbeschluss nicht bereits vor ein paar Monaten gefällt haben. Aber wir sind es den Kulturschaffenden in Steyr einfach schuldig, diesen Kulturentwicklungsplan zu beschließen und nicht mit etwas Hinauszugehen, und da ist ja bereits ein Termin für eine Sitzung avisiert, wo die Kulturschaffenden eingeladen werden und wo ihnen der Kulturentwicklungsplan in seinen Stufen erklärt werden soll. Wie soll das funktionieren, wenn wir dazu noch nicht einmal einen Beschluss haben? Wir haben da nur eine Möglichkeit. Zu den Kulturschaffenden zu gehen und zu sagen, tut

uns Leid, wir verschieben diese Präsentation auf den St. Nimmerleinstag oder irgendwann einmal im September. Ich ersuche sie wirklich diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen. Es ist nichts anderes, als dass ein Antrag, der ohnedies vorgesehen war auf der Tagesordnung, nun tatsächlich in dieser Tagesordnung behandelt wird. Nicht mehr und nicht weniger. Ich bitte sie um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Eines muss man schon sagen. Wir hatten den ja vorige Woche im Stadtsenat behandelt und es waren aber alle Fraktionen für die Rückstellung bis der Akt vollständig auf der Tagesordnung ist. Frau Mag. Frech, auch das müssen sie zur Kenntnis nehmen, dass sich der StS einstimmig dafür ausgesprochen hat und dass wir gesagt haben, sobald wir die Unterlagen auf den Tisch haben, werden wir das auch beschließen. Es ist keine Fraktion gehen den Kulturentwicklungsplan gewesen und es will ihn auch keiner behindern.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Eben, dann kann man es auch heute beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Warum denn? Wir machen es eh nächste Woche. Ich muss eines sagen, es war auch keiner dagegen, dass er gesagt hat, er will das nicht machen. Wir waren alle dafür, dass wir gesagt haben, wenn wir die Unterlagen auf den Tisch haben, dann werden wir das ordnungsgemäß beschließen.
So, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Es geht jetzt darum, ob wir dem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen, ja oder nein. Wer für die Dringlichkeit ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 8 (4 FPÖ - GR Reznar, GR Fürweger, GR Dr. Wetzl, GR Toman; 1 ÖVP - GR Lengauer; 2 GAL, 1 LIF). Wer ist dagegen? 24 (SPÖ und 5 ÖVP). Wer enthält sich der Stimme? 2 (2 FPÖ). Danke, der Antrag wurde abgelehnt.
Ich ersuche jetzt Herrn Vzbgm. Bremm um seine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Gäste. Ich habe die Aufgabe, heute die Anträge des Herrn Bürgermeisters vorzutragen. Im ersten Antrag geht es um die Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Altbürgermeister Hermann Leithenmayr. Es ist ja im Amtsbericht ausführlich über die Tätigkeit des Herrn Altbürgermeisters Hermann Leithenmayr berichtet und angeführt. Es wir sich hier auch noch die Gelegenheit bei der Übergabe dieser Ehrenbürgerwürde ergeben, dass die Verdienste dementsprechend im Rahmen eines Sondergemeinderates gewürdigt werden. Aufgrund dessen möchte ich mich heute auf den Antrag selbst beschränken.

1) Präs-78/02 Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr an Altbürgermeister Hermann Leithenmayr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 10. April 2002 wird Herr Altbürgermeister Hermann Leithenmayr mit der Ehrenbürgerwürde gemäß § 5 Abs. 1, Stadtstatut Steyr, Lgb.-Nr. 9/1992 ausgezeichnet.

Die Eintragung im Ehrenbürgerbuch der Stadt Steyr hat wir folgt zu lauten:

„Die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner außerordentlichen Verdienste um die Stadt Steyr in seiner Amtszeit als Kommunalpolitiker von 1979 - 1983 und insbesondere als Bürgermeister von 1991 - 2001, wo er um die Weiterentwicklung der Stadt auf kulturellem, sozialem, wirtschaftlichem und dem Bildungssektor besonders bemüht war.“

Ich ersuche um die Debatte bzw. diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Vertreter der Presse. Ich weiß nicht, ob sie öfters einen Blick nach links werfen, bevor sie in diesen GR-Saal herein gehen. Da ist die Ehrenbürgertafel. Wenn man vor dieser Tafel steht, dann muss man bemerken, dass es in erster Linie Politiker sind, welche die Ehrenbürgerwürde der Stadt erhalten und Politiker, Politiker Ehrungen zuteilen lassen. Wenn man sich diese Tafel noch ein bisschen genauer anschaut, muss man feststellen, dass es 81 Ehrenbürger bis jetzt gegeben hat. Von diesen 81 Ehrenbürgern sind nicht 40 Frauen, wie es vielleicht der Verteilung in der Bevölkerung entsprechen würde, auch nicht 30, 20 oder 10, sondern von 81 Ehrenbürgern ist eine Frau dabei und das war die Schriftstellerin Enrica v. Handel-Mazzetti - von 81. Das hat mich schon sehr nachdenklich gestimmt. Das war vielleicht einmal in früheren Zeiten etwas was Usus war, Politiker ehren Politiker. Ich glaube aber, dass wir uns weiterentwickeln sollten und dass wir auch im Sinne von mehr Demokratie, von mehr Bürgernähe und auch des Anerkennens von ehrenamtlichen Leistungen, einen anderen Personenkreis in Zukunft bevorzugen sollte. In diesem Zusammenhang, sie werden wahrscheinlich das Gedicht von Berthold Brecht kennen „Die Fragen eines lesenden Arbeiters“. Ich erspare es mir, ihnen das Gedicht vorzutragen, aber es geht so darum, dass Brecht sich die Frage stellt: „Wer steht eigentlich immer hinter diesen großen Männern?“ Zum einen denke ich mir, sollte man weggehen von den großen Männern, hin zu den kleinen Bürgern, die sich sehr starke Verdienste um die Stadt gemacht haben. D. h., sie können schon aus meiner Wortmeldung merken, dass es mir hier nicht konkret um den Fall Hermann Leithenmayr geht sondern, dass ich möchte, dass mit der Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Hermann Leithenmayr eine Tradition zu Ende geht und durch etwas Neues ersetzt wird. Daher darf ich ihnen, Frau Vizebürgermeisterin, einen Zusatzantrag überreichen, den ich ihnen auch kurz zur Verlesung bringen möchte.

Zusatzantrag zum Antrag Präs-78/02 der Gemeinderatssitzung vom 5. Juli 2002

Der Gemeinderat möge beschließen:

Von der gängigen Praxis, dass automatisch jeder Steyrer Bürgermeister sowie darüber hinaus im Regelfall nur Mitglieder der landes- und Bundesregierung zu Ehrenbürgern ernannt werden, wird in Zukunft bewusst Abstand genommen.
Im Sinne einer modernen, bürgernahen Politik sollen primär verdienstvolle Persönlichkeiten aus den Bereichen Soziales, Kultur, Wirtschaft, Gesundheit, Wissenschaft und dergleichen mit der Ehrenbürgerwürde der Stadt Steyr ausgezeichnet werden.
Weiters sollen in Zukunft verstärkt Frauen mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet werden, da diese sich genauso verdient um die Stadt Steyr machen wie Männer.

Begründung:
Das Statut der Stadt Steyr sieht im § 5 vor, dass der Gemeinderat Personen, die sich um die Stadt besonders verdient gemacht haben oder die der Stadt in besonderem Maße zur Ehre gereichen, durch Ernennung zu Ehrenbürgern (Ehrenbürgerinnen) auszeichnen kann.

In den letzten Jahren war es gängige Praxis, dass jeder Bürgermeister mehr oder weniger automatisch die Ehrenbürgerwürde erhält und Landes- als auch Bundespolitiker mit der Ehrenbürgerschaft ausgezeichnet worden sind. An Nichtpolitiker wurde in den letzten Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten, keine Ehrenbürgerwürde verliehen.

Im Sinne einer modernen, bürgernahen Politik wäre es jedoch längst an der Zeit, dass man von einer Verleihungspraxis Abstand nimmt, bei der im Regelfall Politiker Ehrenbürgerschaften an Politiker verleihen. Vielmehr sollten in Zukunft verdienstvolle Persönlichkeiten aus dem Kultur-, Sozial-, Wirtschaft-, Gesundheits- und Wissenschaftsbereich mit der Ehrenbürgerwürde ausgezeichnet

werden.

Bisher wurden 80 Personen zu Ehrenbürgern der Stadt Steyr ernannt, aber nur eine einzige zur Ehrenbürgerin. Dies ist schlichtweg beschämend. Da nicht davon ausgegangen werden kann, dass es keine Frauen mehr gibt, die sich derart große Verdienste um die Stadt Steyr erworben haben, als dass die Verleihung der Ehrenbürgerschaft angebracht wäre, soll in Hinkunft vermehrt eine Verleihung der Ehrenbürgerwürde an verdienstvolle Frauen erfolgen. Gerade im derzeit laufenden „Jahr der Gleichbehandlung“ sind solche sichtbaren Zeichen ein unverzichtbarer Bestandteil gelebter Frauenpolitik.

Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich hoffe, dass sie meinem Zusatzantrag die Zustimmung geben und dass damit auch wirklich ein Zeichen gesetzt wird, dass wir Ehrenbürgerschaften wirklich an verdienstvolle Persönlichkeiten aus anderen Bereichen nehmen. Ich habe kein Problem damit, wenn auch in Zukunft wieder einmal ein Politiker Ehrenbürger wird, aber es sollte nicht die Regel, sondern die Ausnahme sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Was ich weiß, sind eh die Hälfte keine Politiker, die Ehrenbürger sind.
Wünscht noch jemand das Wort? Herr GR Hauser.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, geschätztes Präsidium, werte Gäste. Also, von der Grundargumentation kann ich der Kollegin Frech durchaus Recht geben. Was ich mir aber nicht nehmen lassen möchte ist, dass ich hier sage, es kann aber auch nicht so sein, dass Politiker plötzlich nur als unanständige Menschen dargestellt werden, ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Hab’ ich das gesagt?

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
... weil sie die Ehrenbürgerwürde bekommen, weil Politiker für Politiker irgendwelche Beschlüsse fällen oder dergleichen mehr. Das 2., auf was ich noch gerne hinweisen möchte ist, dass wir ja auch noch andere Würdigungen von Bürgerinnen und Bürgern in unserer Stadt haben z. B. Ehrenringe oder Ehrenmedaillen und da wird sehr großzügig auch mittlerweile umgegangen damit bzw. auch sehr viele Personen geehrt. Ehrenbürger ist halt eine sehr sparsame Art und Weise mit denen man umgeht. Ich glaube, der letzte Ehrenbürger war der Herr Bürgermeister Schwarz und dazwischen war niemand, wenn ich mich richtig erinnere, der diese hohe Würdigung der Stadt Steyr bekommen hat. Es sollen daher auch ganz besondere Menschen ausgezeichnet werden. Alle anderen Auszeichnungen, welche die Stadt noch hat, werden auch durchaus breiter vergeben, seien das aus dem Sozialbereich, aus dem Wissenschaftsbereich oder auch aus dem Kulturbereich. Ich erinnere mich, dass diese Menschen durchaus sehr zufrieden waren mit dieser Würdigung, welche die Stadt vergeben hat. Ich möchte schon darauf hinweisen, dass man also Politiker nicht immer gleich zu Menschen anderer Klassen hier macht bloß weil sie eine Würdigung erhalten. In diesem Sinne möchte ich auch untersteichen, dass ich natürlich dafür bin, dass Frauen zumindest gleich viel Auszeichnungen wie Männer bekommen. Das unterstütze ich sehr wohl, nur eines möchte ich hier wirklich in Abrede stellen, dass es unlauter ist, Politiker zu ehren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Herr Vizebürgermeister bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Das Verhältnis Hermann Leithenmayr und der FPÖ-GR-Fraktion in der Stadt Steyr war in den letzten 10 Jahren nicht immer ungetrübt. Es hat das eine oder andere gegeben und wir haben uns manchmal zusammengerauft und manchmal sind wir nicht zusammengekommen. Trotzdem sieht die Freiheitliche GR-Fraktion in der Tätigkeit von Hermann

Leithenmayr in den letzten 10 Jahren einen sehr wertvollen Beitrag für die Bereicherung bzw. die Entwicklung der Stadt Steyr an und wir anerkennen die Verdienste in den letzten 10 Jahren. Ausdrücklich möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass das sehr wohl diskutiert worden ist, dass es auch sehr unterschiedliche Meinungen gegeben hat. Wir haben uns auch bei den Vorbereitungen nicht immer eingebunden gefühlt, aber wir haben auch Meinungen gehabt, die völlige unnötige Geschichten, wie mit dem Hermann Leithenmayr-Platz, aber das sind heute alles nebensächliche Dinge. Es geht um ein Lebenswerk, wo ein Mann 10 Jahre seiner Hauptkraft in die Stadt gegeben hat und deshalb werden wir dem Antrag zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich bin sehr froh, dass mein Vorredner, unser Vizebürgermeister Dr. Pfeil, zum tatsächlichen Antrag zurückgekehrt ist. Es liegt uns ein Antrag vor, nämlich Altbürgermeister Hermann Leithenmayr die Ehrenbürgerschaft zu verleihen. Der Antrag oder der Zusatz- oder der Abänderungsantrag der Frau Kollegin Frech wäre meiner Meinung nach eher ein Antrag an die Geschäftsordnung oder an das Statut der Stadt Steyr, denn wenn jemand aus diesem Kreis eine bekannte Persönlichkeit, ob das jetzt eine Frau oder ein Mann ist, der sich große Verdienst um die Stadt gemacht hat, diese Würdigung zuteil lassen zu werden, dann kann er ja, wenn er die nötige Unterstützung in diesem Gremium findet, jederzeit einen Antrag einbringen. Ich glaube, das ist auch jetzt so geregelt und bedarf keiner Änderung. Das halt einmal nur zur Klarstellung. Wenn jemand 10 Jahre Bürgermeister dieser Stadt war, dann hat er nicht nur große Verdienste um diese Stadt, sondern glaube ich, wie der Kollege Hauser auch schon richtig gesagt hat, hat er sicherlich auch die Voraussetzung für diese Würdigung und die wollen wir ihm heute auch zuteil kommen lassen. Wir haben auch in der Sache oft härteste Auseinandersetzungen auf sachlicher Ebene mit dem Altbürgermeister Leithenmayr ausgefochten, was uns aber nie daran gehindert hat, auf menschlicher Ebene durchaus auch mit ihm kommunizieren zu können. Ich bin froh, dass heute dieser Antrag gestellt wird. Der Antrag der Frau Frech hat meiner Meinung nach mit diesem Antrag nichts zu tun. Niemanden hindert es daran einen Antrag zu stellen verdienstvolle Persönlichkeiten dieser Stadt hier in dieser Form hier zu würdigen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Wird ein Schlusswort gewünscht? Auch nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Es liegt ein Zusatzantrag vor, wir stimmen aber zuerst über den Hauptantrag ab. Wer dem Hauptantrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, FPÖ, GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 1 LIF.
Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Zusatzantrag. Wer dem Zusatzantrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 1 LIF. Wer ist dagegen? SPÖ, ÖVP, 7 FPÖ. Wer enthält sich der Stimme? 3 (2 GAL, 1 FPÖ - GR Reznar). Danke, dieser Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 2).

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Antrag geht es um Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Kultur-, Freizeit- und Jugendzentrums Ennsleite. Es ist hier eine Weiterleitung.

2) Fin-239/01 Bedarfszuweisungsmittel für die Sanierung des Kultur-, Freizeit- und Jugendzentrums Ennsleite; Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 13. Mai 2002, wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von Euro 45.784,-- an den Verein Kultur-, Freizeit- und Jugendzentrum Ennsleite, Josef Hafner-Straße 14, 4400 Steyr, für die Sanierung des Kultur-, Freizeit- und Jugendzentrums Ennsleite, zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei VASt. 5/259000/777000 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von Euro 45.784,-- für das Rechnungsjahr 2002 genehmigt.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen.

Ich ersuche hier um die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung. Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Antrag geht es auch um die Weiterleitung einer außerordentlichen Subvention an ASKÖ-Bezirk Steyr sowie ATSV Steyr im Ausmaß von 21.802,-- Euro. Ich ersuche auch hier diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

3) Fin-283/98 ASKÖ Bezirk Steyr/ATSV Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung von Club- und Schulungsräumen; Weiterleitung einer Landesförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 13. Mai 2002 wird dem ASKÖ-Bezirk Steyr und dem ATSV Steyr als Weiterleitung einer vom Land OÖ bewilligten zweckgebundenen Bedarfszuweisung für die Aufstockung bzw. Neuerrichtung von Club- und Schulungsräumen und die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen gewährt.

Die hiefür erforderlichen Mittel im Ausmaß von Euro 21.802,-- (i.W. einundzwanzigtausendachthundertzwei) werden bei der VASt. 1/269000/777000 in Form einer Kreditüberschreitung freigegeben.

Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den Bedarfszuweisungen zu erfolgen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Auch hier, einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um die Neuerrichtung der Bücherei, um die Übernahme einer Bürgschaft für ein Darlehen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr in der Höhe von 580.000,-- Euro. Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

4) Fin-147/02 Neuerrichtung Bücherei; Übernahme einer Bürgschaft für ein Darlehen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 10. Juni 2002, wird der

Übernahme einer Bürgschaft als Bürge und Zahler gem. § 1357 ABGB für ein Darlehen der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.m.b.H. bei der Volkskreditbank Steyr in der Höhe von Euro 580.000,-- gemäß beiliegendem Schuldschein und Bürgschaftsvertrag - vorbehaltlich der hiezu notwendigen aufsichtsbehördlichen Genehmigung zugestimmt. (Beilage)

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es um einen wichtigen Punkt und zwar um den Rechnungsabschluss. Meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt glaube ich kann man mit dem Rechnungsabschluss 2001 zufrieden sein. Wenn man bei den Zahlen sieht, dass wir gegenüber dem Budgetvorschlag, wo ein Minus von 9,5 Millionen Schilling budgetiert gewesen ist und im Abschluss ein Plus von 28,8 Millionen Schilling letztendlich herausgekommen ist. Ich glaube, dass das immer eine erfreuliche Entwicklung und eine erfreuliche Sache ist. Ich glaube, dass man diese, sicherlich in früheren Zeiten schon höheren Überschuss gewesen ist, dass trotz geringerer Spielräume der vergangenen Jahre und gerade im letzten Jahr, im Jahr 2001, der Wegfall der Getränkesteuer sich in unserem Budget der Stadt Steyr dementsprechend niedergeschlagen hat sowie die Änderung bei der Werbeabgabe. Also, aus diesem Gesichtspunkt sind die 28,8 Millionen noch um so erfreulicher zu sehen. Einige Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren haben wir uns jetzt in der Budgetsituation dementsprechend verbessert. Für die nächsten Jahre wird sich aber, wie wir heute wissen, die Situation nicht vereinfachen. Die finanziellen Mittel, die finanziellen Spielräume im öffentlichen Bereich werden ja bekannterweise geringer und die ganze Situation wird sich verschärfen. Zusätzlich noch dazu auch, dass immer mehr Aufgaben vom Bund und vom Land verstärkt zu den Kommunen verlagert werden, wie gerade im letzten Zeitraum die Verlagerung des Meldewesens, des Passamtes udgl. Also, es wird hier immer mehr auf die Kommunen zurückgelagert oder an die Kommunen verwiesen und das bringt auch finanzielle Belastungen für die Stadt mit sich.
Im Detail, meine sehr verehrten Damen und Herren, weist der ordentliche Haushalt gegenüber dem Budgetvoranschlag einen Überschuss von 19,3 Millionen Schilling aus. Weiters konnte auch der Gesamtschuldenstand nunmehr zum sechsten Mal hintereinander gesenkt werden. Der derzeitige Schuldenstand befindet sich bei 600 Millionen Schilling. Bei der Budgeterstellung ist noch von einem Gesamtschuldenstand von etwa 657 Millionen Schilling, per Ende 2001, ausgegangen worden, was eine Verringerung des Darlehenstandes gegenüber den Planzahlen um nicht weniger als 51 Millionen Schilling bedeutet.
Bei den Personalkosten, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Plus von insgesamt 3,29 % zu verzeichnen. Aufgrund der kollektivvertraglichen Vorrückungen sowie der Lohn- und Gehaltsrunde, stiegen die Personalkosten bei den aktiven Magistratsmitarbeitern im Vergleich zum Vorjahr um rund 2,7 %, von 282,2 auf 289,7 Millionen Schilling. Die Aufwendungen für Pensionen stiegen von 55,1 Millionen auf 59 Millionen Schilling, inklusive also Pensionen, Bezüge der Magistratsbediensteten, der Mandatare weist der Rechnungsabschluss für 2001 einen Personalaufwand von 365,8 Millionen Schilling aus. Im Vergleich zum Rechnungsabschluss 2000, wo 354,1 Millionen Schilling ausgewiesen wurden. Bemerkenswert ist, dass der Anteil des Personalaufwandes am Gesamtvolumen des o. H. laufend sinkt. Ich glaube, das ist eine Kennzahl die doch sehr beachtlich ist. Er betrug im Jahr 2001 nur noch 24,5 %, nachdem er 1994 noch bei 30,2 % gelegen ist. Ich glaube, dass diese Zahlen vergleichbar sind und nicht die absoluten Zahlen.

Die Schulden konnten im Rechnungsjahr 2001 wiederum gesenkt werden. Sparsame Ausgabenpolitik, modernes Finanzmanagement und konsequenter Budgetvollzug, wo auch wir uns als Mandatare dabei loben können, weil nämlich im Zuständigkeitsbereich der Politik bildeten die Basis für eine neuerliche, deutliche Reduzierung des Schuldenstandes und zwar nicht weniger als 31 Millionen Schilling, von 637 Millionen im Jahr 2000 auf 606 Millionen im Jahr 2001. Hier auch ein anderer Vergleich: 2001 betrug der Schuldenstand nur noch 39,98 % des o. H. Ich glaube, jetzt im

Vergleich zum Jahr 1994 sehen wir, dass wir hier wirklich in unserer Budgetpolitik äußerst erfolgreich gewesen sind. Also, man sieht hier, dass wir hier wirklich äußerst gut unterwegs gewesen sind und hoffen auch, das in der nächsten Zeit zu sehen. Im aktuellen Schuldenstand per 31. 12. inkludiert sind 73 Millionen Schilling Darlehen für Stadtwerke und für das Alten- und Pflegeheim Tabor und 55 Millionen Schilling beschlossen und noch nicht aufgenommene Darlehen und Barvorlagenrahmen, sodass im Rechnungsabschluss 2001 der Stadt ein Schuldenstand von nur 472,4 Millionen Schilling ausgewiesen ist, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 12.000,-- Schilling entspricht. Darin sind außerdem noch langfristige und durch den Wasserwirtschaftsfond großteils äußerst günstige Finanzierungskredite für den Kanalbau im Ausmaß von 177,8 Millionen Schilling enthalten.

Bei den Rücklagen haben wir derzeit einen Stand von 128,8 Millionen Schilling. Hier ist zwar ein geringfügiger Rückgang im Vergleich zum Jahr 2000, wo wir 154,1 Millionen Schilling hatten, zu verzeichnen. Trotzdem glaube ich, ist der derzeitige Rücklagenstand im Ausmaß von 128,8 Millionen Schilling äußerst positiv zu betrachten. Wir haben damit eine Finanzreserve auf die wir bei Bedarf jederzeit zurückgreifen können.

Wir haben im Rechnungsjahr 2001, meine sehr verehrten Damen und Herren, beachtliche Investitionen wiederum getätigt. In den Summen wurden im Rechnungsjahr 2001 allein über den ao. H. 179,8 Millionen investiert und damit sämtliche laufenden und neuen Projekte der Stadt finanziert. Die größten Ausgaben entfielen dabei auf den Bereich Straßen- und Brückenbau mit etwa 30 Millionen und den Kanalbau mit 24,2 Millionen Schilling. Weiters wurden für die Sanierung des Freibades, lieber Kollege Eichhübl, 16 Millionen Schilling, investiert. Für den Umbau des Rathauses waren, das war aber auch kein beachtlicher Betrag, 8,7 Millionen notwendig. Ich glaube aber, das Rathaus repräsentiert die Stadt und es ist äußerst gut gelungen. Zusätzlich konnten durch Verzögerungen beim Baufortschritt Ausnutzungen von Zahlungsfristen ect., bereits beschlossene Vorhaben, 2001 nicht mehr abgerechnet werden, weshalb der GR mit Beschluss vom 21. 3. 2002 die dafür reservierten Mittel in Höhe von 69 Millionen Schilling ins Finanzjahr 2002 übertragen hat.
Ein wesentlicher Punkt sind auch die Maastricht-Kriterien. Hier haben wir Maastricht-Überschuss erwirtschaftet. Nach dem Berechnungsschema zur Erfüllung der Maastricht-Kriterien für die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion ergibt der Rechnungsabschluss 2001 einen deutlichen Überschuss von 13 Millionen Schilling, womit in der Stadt Steyr, sowie auch bereits in den vergangenen 6 Jahren, die Vorgaben klar erfüllt wurden. Im Voranschlag für 2001 wurde noch mit einem Maastricht-Defizit in der Höhe von 62 Millionen Schilling gerechnet. Also insgesamt eine äußerst positive Entwicklung.
Ich möchte auch die Gelegenheit nützen, im Namen des Bürgermeisters, den zuständigen Beamten, allen jenen die für dieses Ergebnis ihren Beitrag geleistet haben, recht herzlich zu danken und möchte nun den Antrag an den GR stellen.

5) Fin-120/01 Rechnungsabschluss 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Steyr für das Finanzjahr 2001 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von S 1.181.822.201,77
im außerordentlichen Haushalt von S 188.853.808,36
somit insgesamt S 1.370.676.010,13

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke für das Finanzjahr 2001 mit Aktiva und Passiva in der Höhe von S 575.623.481,97 und die Bilanz des Alten- und Pflegeheimes Steyr mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 72.109.296,36 grundsätzlich genehmigt. Die o.a. Bilanzen werden nach Behandlung in

den Verwaltungsausschüssen dem Gemeinderat noch extra zur Beschlussfassung vorgelegt.

Ich ersuche darüber zu debattieren bzw. die Abstimmung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geschätzte Herren Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Vertreter der öffentlichen Medien, sehr geehrte Gäste dieser öffentlichen GR-Sitzung. Kollege Vzbgm. Bremm hat diesmal außerhalb seiner sonst üblichen Tätigkeit als Laie-Finanzreferent sich sehr bemüht in den schillerndsten Farben und euphorisch diesen Rechnungsabschluss ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, zu präsentieren. Erlauben sie mir aber, aus meiner Sicht, einige Anmerkungen dazu zu machen und nicht bewusst jetzt dieses helle Licht, diese helle Beleuchtung, etwas zurück zu drehen, aber doch auf den Boden der Tatsachen zurück zu finden.
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Vorlage eines Rechnungsabschlusses ist eine jährlich wiederkehrende Prozedur und ist ja eigentlich damit und dadurch begründet, dass, wenn Abweichungen des vom GR beschlossenen Budgets feststellbar sind, zum einen ein Nachtragsvoranschlag und zum anderen, schlussendlich so wie heute, ein Rechnungsabschluss dem GR zur neuerlichen Beschlussfassung vorzulegen ist. Allerdings sollten sich die Abweichungen im Rahmen und in Grenzen halten, um zu den vielzitierten Begriff der Budgetwahrheit zurück zu finden und wie gesagt, nicht zuviel davon abzuweichen. Der Amtsbericht zum Rechnungsabschluss 2001 beinhaltet wieder einen Vergleich in Prozenten zum Vorjahr und ist diesbezüglich schlüssig dargestellt. Kollege Bremm, ich habe es bereits erwähnt, ist ja primär darauf eingegangen. Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, ist für mich zumindest und für viele, die sich mit Finanzen intensiver beschäftigen, was ich ja nicht im Besonderen mache, ein Vergleich zum beschlossenen Budget, dem Nachtragsvoranschlag, und schlussendlich dem heute hier vorliegenden Rechnungsabschluss, wesentlich aussagekräftiger. Und daher erlaube ich mir, aus diesem Vergleich, den ich ihnen jetzt dargelegt habe, einige Zahlen zu nennen.
Zunächst zum o. H. Dieser o. H. hat ursprünglich Ausgaben und Einnahmen in Höhe von S 1.035.369.000,-- betragen und ist auch so vom GR Ende des Jahres 2000 beschlossen worden. Lt. Nachtragsvoranschlag erfuhr der o. H. eine Ausweitung von rund 7 % auf S 1.000.108.070,--. Der Rechnungsabschluss weist aber jetzt, meine Damen und Herren, und das möchte ich besonders unterstreichen, eine weitere Erhöhung auf, nämlich auf S 1.181.822.000,-- und das ist ein Anstieg vom ursprünglichen, vom GR beschlossenen Budget von insgesamt 14,14 %. Interessanterweise bietet sich beim ao. H. ein gänzlich anderes Bild. Da sieht es nämlich folgendermaßen aus. Die beschlossene Summe von S 205.236.000,-- wurde lt. Nachtragsvoranschlag auf S 237.996.000,--, also um rund 16 %, angehoben. Beim Rechnungsabschluss erfolgte jedoch eine Reduzierung auf S 188.853.808,-- um genau zu sein. Es wurden nämlich, wenn man die Begründung dafür sucht, Vorhaben in Höhe von S 69,048 Mio. Schilling, die ursprünglich beschlossen wurden, nicht umgesetzt und auf das Jahr 2002 übertragen. Die Rücklagen haben sich insofern verändert, als lt. Nachtragsvoranschlag von S 74.829.000,-- ausgewiesen wurde und nunmehr, nach dem vorliegenden Rechnungsabschluss, S 128,8 Mio. Schilling ausgewiesen sind. Ende des Jahres 2002, und da darf ich doch einen Vergleich des Vorjahres heranziehen, waren es noch S 154,1 Mio. Schilling. Der Darlehensstand wurde im Nachtragsvoranschlag noch mit S 502.793.000,-- beziffert und nach Rechnungsabschluss des Jahres 2001 auf S 472.450.700,-- reduziert. Das muss man auch der Wahrheit halber hier deutlich sagen.
Abgesehen davon, dass im Jahr 2000 noch ein Vermögenstransfer an die Stadtwerke für das Stadtbad und die Kunsteisbahn in Höhe von 15,4 Mio. Schilling bei den Einnahmen im o. H. enthalten waren, gibt es eine weitere Einmaligkeit der den Bereich der Stadtwerke betrifft und zwar ist erstmals, und zu meiner Freude, feststellbar, obwohl ja das seit Jahren vom Rechnungshof bei den x-fachen Überprüfungen kritisiert wurde, erstmals also wurden den Stadtwerken der sogenannte Reinhaltungsbeitrag nicht vorenthalten. Der macht immerhin im Jahr, je nach Wasserverkauf, zwischen 4 und 5 Mio. Schilling aus. Allerdings, und da kommt jetzt der Pferdefuß der ganzen

Angelegenheit, muss man einschränkend dazu sagen, dass es beim Herrn Finanzreferenten Dir. Lemmerer ja nichts umsonst gibt. Denn im Gegensatz dazu haben die Stadtwerke den vollen Verlustersatz für Bäder und Kunsteisbahn in der Höhe von 8,5 bis 9 Mio. Schilling jährlich übernommen. Bisher haben wir 50 % davon von der Stadt refundiert bekommen.
Meine Damen und Herren des GR, vieles, was im Budget aber auch im Nachtragsvoranschlag aber auch im hier vorliegenden Rechnungsabschluss 2001 festgeschrieben ist, wurde mit den Stimmen der Freiheitlichen GR-Fraktion im Interesse der Bürger unserer Stadt mitbeschlossen und auch mitgetragen. Dem Gesamtbudget 2001 konnte aber aus bekannten und gerechtfertigten Gründen und aus gerechtfertigter Kritik, wie ich meine, in mehreren Teilbereichen die Zustimmung nicht gegeben werden. Auch im vorliegenden Rechnungsabschluss, und das darf ich hier abschließend bemerken, finden sich Positionen, die unsere neuerliche Kritik hervorrufen. Ich nenne nur ein Beispiel, um das Ganze nicht zu sehr auszudehnen, nämlich den Ankauf von Grundstücken in Unterhimmel in einer Größenordnung von 21,9 Mio. Schilling. Sie wissen alle, wovon ich spreche. 21,9 Mio. Schilling wurden für Grundstücksankäufe präliminiert, ohne dass man ein Schätzgutachten dabei zu Rate gezogen hat. Ein Punkt, der wie ich hoffe noch beantwortet werden kann, betrifft die Schadensfälle in Höhe von 2,2 Mio. Schilling Vorwärts. Vielleicht könnte man da noch Aufklärung bekommen. Der Herr Finanzreferent Lemmerer wird ja durchaus, nehme ich an, in der Lage sein das zu beantworten.
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, bei der Abstimmung zum vorliegenden Rechnungsabschluss für das Jahr 2001 werden wir Freiheitlichen GR-Mandatare uns dieser Sache insofern nähern, als wir so, wie im Budget des Jahres 2001 die Zustimmung nicht gegeben haben, uns der Stimme enthalten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Gerhard bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Mit der Vorwärts, zu der letzten Frage, das sind die Zahlungen die wir aus dem Ausgleichsverfahren, was wir als Stadt auch seinerzeit mitvereinbart haben, zu bezahlen haben, das sind die 2,2 Mio. Schilling die daraus resultieren.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ist das jetzt die Aufklärung oder das Schlusswort?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Schlusswort.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe mich aber noch zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ich habe zwei Mal gefragt und es hat niemand die Hand gehoben.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Also, das bezieht sich auf das Ausgleichsverfahren, was wir ja noch in guter Erinnerung haben. Nur ein paar Sätze, oder einen Satz dazu, was du angeführt hast, Kollege Eichhübl. Natürlich, bei einem Voranschlag weiß man, dass das eine Vorgabe ist. Das sind Planungszahlen mit denen einmal in ein Geschäftsjahr gegangen wird. Der Nachtragsvoranschlag ist eine Nachjustierung, weil natürlich in einem Jahr, alles ist im Fluss, alles lebt, also, es wäre ja unmöglich einen Betrieb, wenn man die Stadt so vergleichen würde, mit diesem riesigen Budget, dass das starr und ohne Abweichungen eingehalten werden kann. Also, diese Abweichungen, diese Veränderungen im Laufe des Jahres schlagen sich dann im Nachtragsvoranschlag nieder.
Der Rechnungsabschluss, das sind die tatsächlichen Zahlen, das sind die Fakten und Daten, die sich

niederschlagen. Es ist in Wirklichkeit also nur ein Vergleich legitim zwischen Rechnungsjahr im vorher und dem laufenden Rechnungsjahr. Das sind zwei echte Vergleiche die man anstellen kann, so wie es in jedem anständig geführten Betrieb auch passiert. Da wird unter dem Jahr nur geschaut, wie weit man im Voranschlag liegt, aber die Bilanz wird am Ende des Geschäftsjahres gezogen. So ist das auch hier zu sehen. Ich glaube, da können wir über die Stadt Steyr sagen, dass wir sicherlich wieder gut unterwegs gewesen sind. Ich habe aber auch in meinen Ausführungen erwähnt, dass die Rücklagen sich im Vergleich zu 2000 geringfügig verändert haben. Das habe ich auch erwähnt und nicht hinunter geschluckt. Rücklagen, und das soll man auch so sehen, schafft man zu dem Zweck, wenn es gut geht, wenn man ein Geld übrig hat, dass man die dorthin verbucht und wenn man wieder etwas braucht, dass man auch Rücklagen entnehmen kann. Das sollen auch die Spielräume in der Budgetausübung mit sich bringen und auch ermöglichen.
Ich weiß schon, es ist noch bekannt, dass die Zustimmung 2001 von der F nicht gegeben worden ist. Wir nehmen das auch so zur Kenntnis, dass beim Rechnungsabschluss auch dieses Verhalten so ist. Ich möchte aber schon noch einmal zum Ausdruck bringen, dass wir sehr wohl im Rechnungsjahr 2001 wiederum gut unterwegs gewesen sind.
Ich ersuche um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL. Wer enthält sich der Stimme? 10 (9 FPÖ und 1 LIF). Ist jemand dagegen? Niemand. Danke, der Rechnungsabschluss wurde mit Mehrheit beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Antrag geht es um eine Gewerbeförderung für Energiesysteme Schloßgangl GmbH & Co KG, Johannesgasse 17, 4400 Steyr. Es geht hier um eine Gewerbeförderung in der Höhe von 68.000,-- Euro, verteilt auf 5 Jahre. Das ist ein 2%-iger Zinszuschuss.
Ich ersuche um die Debatte bzw. um die Zustimmung.

6) Fin-51/01 Energiesysteme Schloßgangl GmbH und Co KG, Johannesgasse 17, 4400 Steyr; Gewerbeförderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 19. Juni 2002, wird der Firma Schloßgangl GmbH & Co KG, Johannesgasse 17, 4400 Steyr, für die anlässlich der Errichtung eines Kompetenzzentrums für Passivhäuser im Stadtgut getätigten Investitionen in der Höhe von 1,95 Mio. Euro (exkl. MWSt.) zu dem durch die innovative, architektonisch und energietechnisch anspruchsvolle Bauweise entstandenen Mehrkosten in der Höhe von ca. 974.000,-- Euro ein 2%-iger Zinsenzuschuss berechnet anhand eines fiktiven Tilgungsplanes (Kapital: Euro 974.000,--; Laufzeit: 10 Jahre; halbjährliche Kapitalraten), auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung in der Höhe von ca. Euro 68.000,-- verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck werden bei VASt 5/782000/755000 Mittel in der Höhe von Euro 15.000,-- für das Rechnungsjahr 2002 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Herr Hoflehner bitte.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Kollegen. Selbstverständlich ist unsere Fraktion für die Gewerbeförderung für die Firma Schloßgangl. Ich nehme jedoch diese erfreuliche Tatsache zum Anlass, um einmal nachzufragen, wie es sonst bestellt ist um die Ansiedelungswilligkeit von anderen Betrieben im Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut. Man hört die unterschiedlichsten Dinge dazu, z. B. von der Firma M 1 - ja oder nein, von der Firma Büro Shop Steiner - ja oder nein, man hört von der Firma Porsche anfangs ja jetzt eher nein. Ich bitte um

Aufklärung darüber, wie es bestellt ist. Sollte die Entwicklung nicht planmäßig laufen, sollte man sich überlegen, ob man nicht die Konzepte ändert, Konzepte, die vielleicht in der Anfangsphase zu hochtrabend waren. Das sage nicht nur ich, sondern das sagt auch in dieser Form oder ähnlich die Firma Stockhammer & Stellnberger, Buchprüfungs-, Steuerberatungs GmbH. „Die Ertragslage zum Bilanzstichtag ist aufgrund der skizzierten Entwicklung als nicht zufriedenstellend zu bezeichnen und es müssen schon Zwischenkredite verlängert werden." Unsere Fraktion steht nach wie vor, genauso hinter TIC, und auch hinter Wirtschafts- und Dienstleistungspark Nord, aber nochmals meine Frage: „Wie schaut es aus mit weiteren Betrieben und sollte man nicht die Konzepte ändern?" Ich bitte sie, Frau Vizebürgermeisterin, als Vertreterin des Bürgermeisters, um eine Antwort. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Zum Büro Shop Steiner wird Herr Vzbgm. Bremm beim Schlusswort die Antwort geben. Ich glaube, es war ja vorgesehen, wie das beschlossen worden ist, dass man gesagt hat, man bemüht sich, dass man andere Betriebe nach Steyr bringt, damit man Arbeitsplätze schafft. Ich möchte eines sagen, Schloßgangl hat ja dazugebaut, hat auch eine andere Form gewählt und nimmt natürlich zusehends Leute auf. Büro Shop Steiner, da gibt es andere Schwierigkeiten und zwar mit dem Grund, aber das wird im Detail Herr Vzbgm. Bremm beantworten. Man ist nach wie vor bemüht, weil es sollen sich dort ja mehr Betriebe ansiedeln. Zu dem haben wir das ja gekauft. Sie haben jetzt zwei Namen gesagt und VW. VW hat am Anfang gesagt, da kann ich mich auch noch genau erinnern, ich habe öfters mit ihm telefoniert, dass man gesagt hat, man muss die Möglichkeit schaffen, weil ja da ein Werkstättenbetrieb auch dabei ist. Die haben ganz in die vorderste Etage wollen und der Werkstättenbetrieb wäre nach hinten versetzt worden. Es steht aber noch gar nicht fest, dass sie es nicht annehmen, nach meinem letzten Wissen. Für mich ist das noch in Verhandlung. Sie haben sich einmal interessiert, das ist sehr richtig, für einen anderen Standplatz, sind aber davon wieder abgekommen. Und über M 1 , das wird auch der Herr Vzbgm. Bremm beantworten.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Das sind aber alles keine neuen Firmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, Frau Reznar, wir wären auch an neuen, zusätzlichen Firmen interessiert, aber es war halt so, dass sich bis jetzt keine neuen Firmen in Steyr angesiedelt haben. Wir haben ja ursprünglich darüber gesprochen, dass wir eine neue Mischform hineinbringen, Betriebe, die wir noch nicht haben. Aber Herr Vzbgm. Bremm wir die zwei Punkte noch aufklären. Bitte Gerhard, das Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich glaube, gerade in der Frage Betriebsansiedelung ist das ein Thema, das nicht einfach so zum Abhandeln ist. Es wäre aus der Sicht der Stadt natürlich erfreulicher, wenn der Zulauf von Nicht-Steyrer-Firmen größer wäre. Das wäre ja in Wirklichkeit der größere Erfolg dabei. Wir befinden uns aber, und wenn man so ein bisschen durch Österreich fährt, mit allen größeren Regionen in einem gigantischen Wettbewerb. Es werden nur diese Konzepte ein bisschen anders genannt, aber in Wirklichkeit bemüht sich jede Region um zusätzliche Ansiedelungen. Das ist halt nicht ganz so einfach.
Zu den konkret angesprochenen Projekten, zum Thema M 1, da gibt es ganz konkrete Gespräche. Es ist aber auch nicht ganz einfach, weil die Konzeptionen der Firmen die sich ansiedeln wollen, und im konkreten M 1, sind im letzten Schritt, wo wir das realisieren wollten, ist das Konzept wieder geändert worden. Der Wunsch von M 1 war nicht, dass sie im Gebäude des TIC unter kommen, sondern dass sie ein eigenes Verwaltungsgebäude errichten um dort halt mehr Möglichkeiten zu haben. Also, es ist nach wie vor so, dass die Ansiedelung von M 1 auch ernst ist und die Gespräche und die Vorbereitungen dazu laufen. Es gibt auch mit Mannlicher sehr konkrete Gespräche, dass sich Mannlicher auch in diesem Bereich drüben ansiedeln, dass die dort auch hingehen.
Porsche hat die Frau Vizebürgermeisterin Mach erwähnt.
Zum Thema Büro Shop, da ist die Situation etwas schwierig, weil man nämlich in der letzten Zeit draufgekommen ist, durch die Grundablöse des Landes für die Straßenerrichtung hat sich ergeben,

dass ein kleiner Teil des Grundes von Herrn Fuchs, dass das in unseren Grund hereinragt, was im Stadtgutbereich ist, und die Planungen vom Büro Shop Steiner vorerst so sind, dass er jetzt auch den Grund vom Stadtgut bräuchte und aber auch den Grund vom Fuchs brauchen würde. Der Grund vom Fuchs steht aber noch nicht zur Verfügung, weil sich ja der in einer Vereinbarung mit dem Land OÖ befindet, dort sind die Endvermessungen noch nicht abgeschlossen, dort sind die Grundablösen noch nicht über die Bühne gegangen. Was sich dort noch an Schwierigkeiten ergeben wird ist, dass der Grundpreis, den der Herr Fuchs aufgrund der Ablöse für die Straßen erhalten hat, dass jetzt dort der Restteil, der hereinsteht, dass der ja anders zu bewerten wäre und die Verhandlungen zwischen Land OÖ und Herrn Fuchs in den nächsten 4 bis 6 Wochen erst stattfinden werden. Also wir schauen da als Stadt natürlich, dass dort die Dinge vorangetrieben werden, aber wie gesagt, das liegt im Einflussbereich des Landes. Ich habe gestern den Herrn Dr. Schmoll beauftragt, beim Land noch einmal anzuklopfen und dort noch einmal vorzusprechen. Er hat mich heute informiert, dass in den nächsten 4 Wochen mit den Grundeigentümern, es betrifft ja dort mehrere, die Verhandlungen, die Gespräche geführt werden. Wir hoffen, dass dort ein Ergebnis zu erzielen sein wird. Aber es gibt dort im Grundpreis gewaltige Differenzen. Sie kennen sie ja im Detail sehr gut, sie sitzen ja auch in den Aufsichtsgremien des TIC und sie wissen ja auch, wie dort die Gespräche und die Geschäfte des TIC auch laufen, besser als ich.
Ich ersuche um Abstimmung.

GR Klausberger kommt um 15.42 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für die Förderung der Firma Schloßgangl ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um das Projekt „Steyr 2010“, Förderung.

7) Fin-159/02 Projekt „Steyr 2010“; Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 19. Juni 2002, wird der FAZAT Steyr GmbH. im Stadtgut A 1, 4400 Steyr, zum Projekt „Steyr 2010“ eine Förderung in der Höhe von Euro 21.000,-- gewährt.

Zu diesem Zweck werden bei VASt 1/289000/757100 die erforderlichen Mittel für das Rechnungsjahr 2002 freigegeben.

Ich ersuche, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Vzbgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Projekt „Steyr 2010, diese Förderung sollte man doch einer etwas kritischeren Würdigung unterziehen. Es ist ganz interessant, was die Ziele dieses Projektes „Steyr 2010“ sind. Ich weiß nicht, ob es jemand von ihnen durchgelesen hat und ob jemand diese Sätze verstanden hat. Ich habe es nicht verstanden, ich habe wahrscheinlich möglicherweise ein zu eingeschränktes Gesichtsfeld. Also die Ziele folgendermaßen, die wir heute gemeinsam mit der Förderung beschließen:

· Gemeinsame Festlegung über die Positionierung des Innovations- und Wissensstandortes Steyr sowie seiner mittelfristigen Entwicklungspotenziale und Ableitung von Leitzielen und strategischen

Handlungsfeldern.
· Aufzeigen bereichsübergreifender Themen und Projektfelder.
· Dauerhafte und akzeptierte Formen der Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Akteuren des Innovationsnetzwerkes zu entwickeln, festzulegen und die Einbindung in überregionale Programme und Netzwerke zu sichern.
· Schaffung der Basis für organisatorische Gestaltungsformen, die ein kontinuierliches Monitoring der Umsetzungsprozesse, Updating und Weiterentwicklung von Strategie, Themen und Netzwerk unterstützen.

Wir haben diesem Antrag im zuständigen Ausschuss die Zustimmung gegeben, weil wir keine Chance auslassen wollen, dass die Stadt Steyr alle möglichen innovativen Ressourcen nützt. Dazu gehört auch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur. Ich hoffe nur, dass das FAZAT dann der richtige Ansprechpartner ist und bleibt und dass die Förderung nicht nur eine Geldbeschaffungsaktion für das
FAZAT ist. Ansonsten hätte dieser Antrag bzw. diese Überlegung genauso gut Platz finden sollen oder müssen im derzeit im Beschluss befindlichen Stadtentwicklungsprogramm, wo wir auch sagen wollen, wohin gehen wir, wo stehen wir und wie schaut die ganze Sache in 10 Jahren aus. Aber was mir auf alle Fälle in diesem Antrag fehlt ist, wann ist mit einem Werk, mit einem Ergebnisbericht zu rechnen? Dieses Jahr, nächstes Jahr, in fünf Jahren, in 10 Jahren? Keine Silbe davon, wann wir mit einem Ergebnis rechnen dürfen. Das ist schon sehr, sehr mangelhaft. Also, ich bin schon sehr gespannt und wir unterstützen das, aber ich bin schon sehr gespannt, was da heraus kommt. Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also verstanden habe ich die Ziele schon, sie sind zwar vielleicht ein bisschen wenig konkret formuliert. Ich glaube, die Kurzfassung worum es geht, und das haben wir auch im Ausschuss kurz angesprochen, ist, ein Leitbild für die Region zu erarbeiten und vor allem auch nämlich für alle jene Projekte die in den letzten Jahren entstanden sind, dass sie eben nicht auseinanderdriften sondern, dass es wirklich eine Kooperation, Koordination, ein Networking gibt von den einzelnen Einrichtungen, die hier auch genannt worden sind, sei es das FAZAT, das Tic, die Fachhochschule usw. Das ist für mich auch völlig in Ordnung. Was ich allerdings nicht verstehe ist der eine Punkt, warum jetzt dieses Leitbild, warum diese Prozesse, die hier angeführt sind, umgerechnet immerhin ungefähr brutto 1 Mio. Schilling kosten, ohne dass es eine Detaillierung eines Finanzplanes gibt. Also was kostet da jetzt wirklich diese 1 Mio. Schilling? Das entzieht sich meiner Kenntnis, das war auch im Akt nicht dabei. Ich denke mir, bei so einer Summe sollte man vielleicht schon ein bisschen genauer differenzieren. In einem muss ich ihnen Recht geben, Herr Kollege Pfeil, ich gehe auch davon aus, dass es in erster Linie auch eine Förderung ist für das FAZAT, das steht ja auch im Amtsbericht so drinnen, und auch der Finanzdirektor, Herr Lemmerer, hat mir in der Sitzung durchaus auch auf meine Frage - „Ja wäre das denn nicht billiger gegangen?“ - geantwortet: „Na, hätte schon sein können.“ Also, es ist nicht wirklich wahr, dass das unbedingt die eine Million kostet. Was mich allerdings wiederum positiv stimmt ist der eine Punkt, dass wir ja ohnedies dem FAZAT, aufgrund dieses Syndikatsvertrages diese 75.600,-- Euro, weil die zitierten 63.000,-- sind ja ohne Steuer und die Steuer müssen wir ja noch dazurechnen, etwas zahlen hätten müssen, aufgrund dieses Syndikatsvertrages. Da ist mir noch lieber man gibt eine Leistung, als es gibt keine Leistung. Aber ich ziehe auch in Zweifel, ob wir tatsächlich diesen Betrag gebraucht hätten. Wenn ich mir anschaue wie viele Vorhaben in der Stadt Steyr oft schon an 10.000,-- Euro scheitern, wäre es mir schon recht, wenn man da vielleicht ein bisschen weniger dafür ausgeben müsste.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Herr Mag. Lemmerer, nimmst du bitte Stellung dazu.

OMR MAG. HELMUT LEMMERER:
Wertes Präsidium, werte Mitglieder des Gemeinderates, das Problem ist natürlich bei solchen Sachen derartige Broschüren und es gibt ja zu dem ein Konzept dazu, das auch im Akt war ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber kein Finanzkonzept.

OMR MAG. HELMUT LEMMERER:
Ich bin zwar jetzt überrascht, weil in dem Konzept ist auch ein Kosten- und Finanzierungsplan enthalten. Aber da werden natürlich solche Sachen, sie kennen alle den Mag. Ortner, der das immer sehr blumig darstellt. Ich glaube die Frau Mag. Frech hat es wirklich auf den Punkt gebracht, es geht darum, ein Leitbild und eine Strategie für diesen Bereich zu erstellen und die Vernetzung der einzelnen Einrichtungen auch mittel- und langfristig zu gewähren.
Für die Stadt Steyr sind damit keine zusätzlichen Kosten verbunden. Es war natürlich auch die Frage, dass durch dieses Konzept auch Mittel des Bundes und des Landes in gleicher Höhe für Steyr lukriert werden konnten, die sonst nicht zur Verfügung stehen würden und daher war es also unser Ansinnen, dieses Konzept auch weiter zu verfolgen.
Vom Zeitplan her, also auch das ist im Konzept drinnen, ist geplant, dass diese Studie im ersten Halbjahr 2003 vorliegen soll.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Ich glaube Herr Mag. Lemmerer hat das ausführlich beantwortet. Wir haben es uns alle notiert, die Studie muss im ersten Halbjahr 2003 vorliegen. Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt bringe ich einen Antrag von der Frau Kollegin Elfriede Reznar.

8) Präs-422/02 Freiheitliche Gemeinderatsfraktion; Antrag betreffend Verkauf der Bethlehem-Münzen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die in Verwahrung der Stadt Steyr befindlichen Bethlehem-Münzen sollen in einer Aktion verkauft und der Erlös als Soforthilfe für die Partnerstadt Bethlehem zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:
Die Partnerstadt Bethlehem ist derzeit in einer akuten Notlage. Hier ist die Stadt Steyr mit tatkräftiger Hilfe gefordert. Eine parteiübergreifende Aktion zum Verkauf der Bethlehem-Münzen wäre ein Zeichen der Solidarität und könnte im Zusammenhang mit „Hilfe für Bethlehem“ der Partnerstadt zukommen.

Wir haben ja dieses Thema in der letzten GR-Sitzung auch in einer Anfrage an den Bürgermeister behandelt. Es ist von Herrn Bgm. Forstenlechner ja auch in seiner Antwort auf die ganze Problematik hingewiesen worden und auf die weitere Vorgehensweise. Dass das hier eine parteiübergreifende Aktion ist, also, ich möchte da vorweg sagen, es hat vorher keine Parteiaktion gegeben, weil wenn es jetzt eine parteiübergreifende Aktion ist, dann müsste es vorher eine Parteiaktion gegeben haben. Das war nie der Fall. Das Thema der Bethlehem-Münzen ist in einer Vereinbarung seinerzeit festgelegt worden. Leider Gottes, und wir wissen das ja eh sehr genau, hat sich der Verkauf dieser Münzen, aufgrund der tragischen Ereignisse in Bethlehem, nicht so vollziehen lassen wie seinerzeit die Fachleute, nicht die internen sondern die externen Fachleute gemeint haben, geglaubt haben. Ich möchte hier noch dazu anführen, in der Frage Bethlehem-Hilfe, dass es ja sehr schwierig ist zu eruieren und Ansprechpartner zu finden. Das ist ja fast unmöglich. Es ist aber mittlerweile doch gelungen ein konkretes Projekt zu realisieren und zwar eine

Wasseraufbereitungsanlage soll nach Bethlehem transferiert werden. Da gibt es konkrete Gespräche. Das soll aus den Mitteln die derzeit zur Verfügung stehen bezahlt werden. Darüber hat uns Herr Bürgermeister Forstenlechner, bevor er ins Krankenhaus gegangen ist, noch informiert.
Zum konkreten Antrag selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich einen Abänderungsantrag einbringen, unterstützt von der ÖVP und den Grünen, damit man das auch konkretisiert, wie die Aktion stattfinden soll. Es ist ja in ihrem nur eine parteiübergreifende Aktion. Mit diesem Begriff kann man eigentlich sehr wenig anfangen. Wenn wir hier einen Antrag beschließen, dann soll er ganz genau konkretisiert werden, was meinen wir, wie kann man vorgehen um doch diese Münzen an den Mann zu bringen oder zumindest einen neuerlichen Versuch starten und auf breitere Füße zu stellen um hier erfolgreich zu sein.

Der Abänderungsantrag lautet:

Abänderungsantrag zum Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion vom 20. Juni 2002.

Zum TO. Punkt 8) der Sitzung des GR der Stadt Steyr am Donnerstag, 4. Juli 2002 bezüglich Aktenvorgang Präs-422/02 - Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion betreffend den Verkauf der Bethlehem-Münzen - wird gem. § 9 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr und seiner Ausschüsse nachstehender

Abänderungsantrag

gestellt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Verkauf der in Verwahrung der Stadt Steyr befindlichen Bethlehem-Münzen soll konkret im Weihnachtspostamt Christkindl am Christkindlmarkt, in der Christkindlwelt, in der Weihnachtsausstellung, durch Münz-Handelshäuser, im Tourismusverband Steyr und in Steyrer Banken erfolgen.

Der Reinerlös dieser Verkaufsaktion wird für Projekte in Bethlehem zur Verfügung gestellt.

Begründung:
Da der Antrag der Freiheitlichen GR-Fraktion vom 20. Juni 2002 keine konkreten Vorschläge enthält wie der Verkauf im Einzelnen durchgeführt werden soll, soll mit diesem Abänderungsantrag sichergestellt werden, dass konkret festgelegt wird, in welcher Art und Weise und an welchen Verkaufsstellen die Bethlehem-Münzen zum Verkauf angeboten werden sollen.

Um Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag wird ersucht.

Ich darf dir, Frau Vizebürgermeisterin, den Abänderungsantrag überreichen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Frau GR Reznar bitte.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es war mir ja jetzt sowieso klar, dass sie auf diesen Zug aufspringen müssen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Der ist ja bei der letzten GR-Sitzung schon weggefahren.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Irgendwo ist es ja selbstverständlich, dass wir eine Aktion starten müssen, die einfach auch Hand

und Fuß hat. Ich hätte mir gewünscht, dass wir auch gemeinsam darüber gesprochen hätten und es ist wiederum so passiert, dass sie uns ausgeklammert haben. Ich habe hier die konkreten Vorschläge vorliegen, wie ich mir das vorgestellt hätte und sie decken sich in etwa mit ihrem Abänderungsantrag. Eines wollte ich aber dazu schon sagen. Die Weihnachtsgeschäfte abzuwarten ist vielleicht nicht unbedingt die ganz glücklichste Lösung. Es im Weihnachtsgeschäft zu verkaufen wohl, aber eine Vorfinanzierung der Stadt Ster für diesen Verkauf hätte ich mir gewünscht und wünsche ich mir nach wie vor, denn es kann ja nicht sein, dass es der Partnerschaft Bethlehem jetzt so geht wie es vielleicht schon manchen anderen von uns gegangen ist - geht es dir gut hast du Freunde, geht es dir schlecht sind die Freunde weg und sie gehen lieber auf die andere Straßenseite um dich nicht grüßen zu müssen. So soll es unserer Partnerstadt nicht gehen. Wir sind, 36 Gemeinderäte und Gemeindemandatare, hinter dieser Partnerschaft gestanden, dazu stehen wir, und es ist auch erfreulich, dass wir so dazu stehen. Aber ich verstehe auch unter Partnerschaft eine gewisse Patenschaft. Wenn wir jetzt diese Vorfinanzierung leisten und damit eine Soforthilfe starten können, ist es auf jeden Fall auch noch Zeit in der Weihnachtszeit eben mit diesen von ihnen genannten Aktionen den Verkauf der Münzen zu rechtfertigen und zu forcieren. Das ist ohne weiteres möglich. Ich nehme ja an, dass 36 von diesen Münzen bereits im Saal sind. Was ich noch fragen wollte, wir haben freundlicherweise so eine kleine Münze einmal als Weihnachtsgeschenk vom Bürgermeister bekommen. Meine Frage ist jetzt auch die: „Gibt es von diesen kleinen Münzen auch noch Münzen oder sind die nur für die Gemeindemandatare geprägt worden?“ Ich denke mir, mit einer Vorfinanzierung sind wir in der Lage, der Partnerstadt Bethlehem einfach jetzt auf die Sprünge zu helfen und deshalb bitte ich sie auch mit dem Zusatzantrag meinem Antrag die Zustimmung zu geben, dass wir auch ein Zeichen setzen, dass wir Partnerschaft auch wirklich ernst nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau Reznar, das ist für uns selbstverständlich. Sobald wir etwas runtergeben können, sind wir als Gemeinderat eh aufgefordert, einen Beschluss zu fassen und finanzielle Hilfe ...

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Aber es ist bis jetzt noch nichts passiert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Aber wir können momentan nichts machen. Wir sind ja laufend in Verbindung, dass wir sagen, wir können momentan noch nichts runter bringen. Den Beschluss für die Summen können wir auch nicht machen, weil wir bekommen ein Liste, wie können wir helfen. Das Wichtigste, wie man allgemein hört, ist einmal die Medikamentenlieferung. Ich glaube, dass man das kurzfristig mit einer Dringlichkeitsverfügung oder Bürgermeisterverfügung machen kann. Wenn man das so sieht, werden ja alle dafür sein, wenn man heute so etwas macht. Damit können wir auch Medikamente runter bringen, die sie dringend brauchen. Ihr Antrag beinhaltet ja im Grunde nichts, wie das vor sich gehen soll.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Und warum sind wir dann nicht eingebunden? Wir hätten ja darüber miteinander diskutieren können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das haben wir ja jetzt eh. Sie können ja jetzt mitstimmen, dann ist die Einbindung da.
Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Gäste. Also, es ist schon sehr traurig, dass man im Prinzip für Selbstverständlichkeiten Anträge braucht in dieser Stadt. Das ist wirklich traurig. Es geht nicht darum, ob wir jetzt nach Bethlehem fahren können bzw. was nach Bethlehem überweisen, sondern es geht eigentlich darum, dass wir Münzen haben, die wir nicht verkauft haben. Dass es dieses Problem gibt, hat das Kontrollamt bereits vor einem Jahr festgestellt. Da war die Überprüfung der Bethlehem-Medaillen. Ich habe damals auch brav mitgeschrieben und

das war sehr kurios. Vor einem Jahr hat das Kontrollamt bereits festgestellt, dass diese Münzen noch immer da sind, dass kaum etwas verkauft worden ist. Das Kontrollamt hat bereits gesagt, es mögen Maßnahmen getroffen werden, dass diese Münzen verkauft werden. Zum damaligen Zeitpunkt hat man aber nicht einmal gewusst, wie viel sie wert sind. Und zwar deshalb, weil man den Silberwert nicht eruieren konnte, deshalb, weil man sie gar nicht wiegen konnte, weil die Münzen eingeschweißt sind. Auf die Idee, dass man sie einfach herausnimmt aus der Folie und dann einfach einmal hochrechnet, ist man auch nicht gekommen. Es war, wie gesagt, alles ziemlich dubios. Damals hat das Kontrollamt, das lässt sich nachlesen, wir haben heute auch den Prüfbericht wieder in der Summe zu beschließen, gesagt, bitte macht etwas damit. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es wirklich so ein Problem ist, ein Produkt zu verkaufen. Es geht um nichts anderes. Es geht darum, dass wir ein Produkt haben, das wir verkaufen sollen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wieso haben sie die Münzen denn nicht verkauft?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geben sie mir einen Auftrag Herr Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ich habe 50 gekauft.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich habe auch welche gekauft. Es geht aber nicht darum, dass jeder Einzelne von uns welche kauft, das ist sehr schön, aber das wird das Problem nicht lösen, weil es sind mehr Münzen als 36, sondern dass man die Sache professionell angeht. Das hat man über ein Jahr lang hinweg verschlafen. Man hätte das ja an den Dritten delegieren können, mit Provisionsbasis oder was auch immer. Es ist traurig, dass man da heute einen Antrag braucht, dass man endlich was tut und dann noch einen Abänderungsantrag, dass man endlich einmal sagt, so und Weihnachten verkaufen wir sie am Postamt. Das hätten wir vor einem Jahr schon tun können. Eines denke ich mir, dass lässt sich in der Sache schon ein bisschen sehen, das Kontrollamt zeigt etwas auf, durchaus zu recht, und es passiert nichts mehr. Es ziehen Jahre ins Land, oder ein ganzes Jahr halt zumindest, und es passiert nichts. Das ist echt traurig, dass man darüber im GR Anträge braucht und man nicht in irgendeiner Fraktionssitzung schon vor einem Jahr gesagt hat, so und jetzt setzten wir uns hin und nicht nur immer irgendwelche Reden zu schwingen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau Mag. Frech, sie können sehr gut überall Kritik üben. Zeigen sie es einmal vor und hätten die Münzen verkauft. Sie haben die Möglichkeit da welche zu kaufen. Kritik zu üben ist im Leben das Leichteste. Selber etwas umzusetzen ist immer schwerer.
Danke, nächster zu Wort gemeldet ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wer war zuständig für den Verkauf der Bethlehem-Münzen? Hat es überhaupt einen Zuständigen in der Stadt Steyr gegeben?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
In der Beantwortung war das alles drinnen, mit wem wir den Vertrag haben. Der Herr Vizebürgermeister hat sich zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist schon erstaunlich. Wir streiten um die Sache aber geschehen tut nichts. Zu Beginn dieses Jahres habe ich ein Gespräch mit Bürgermeister Forstenlechner in dieser Sache gehabt, auf meinen Wunsch hin, und ich habe ihn auch eingeladen bei uns im Service-Club, Lions 1, Steyr, einen Vortrag zu halten und da ist dieses Thema auch zur Debatte gestanden. Es wurde dort auch die Idee geboren, dass man vielleicht in einer gemeinsamen

Aktion, durch alle Service-Clubs, diese Möglichkeit schafft, dass Service-Clubs in der Weihnachtszeit diese Münzen verkaufen können. Es gab dann einen Brief des Bürgermeisters, einen allgemein formulierten Brief des Bürgermeisters, an alle Steyrer Service-Clubs, wo sie um Hilfe für Bethlehem gebeten werde, dass sie alle Aktionen in Richtung Bethlehem ausrichten sollen. Aber dann ist eher bei den Clubs ein Vakuum entstanden, niemand hat gewusst, ja was passiert jetzt vonseiten der Stadt, und es ist auch keine Antwort mehr gekommen. Der Abänderungsantrag, der heute vom Kollegen Bremm vorgelegt worden ist, sieht ja vor, dass es um die Weihnachtszeit verkauft werden soll, am Christkindlpostamt, am Weihnachtsmarkt, über Münzhandelhäuser. Aber bitte schön, wer soll denn das dort verkaufen? Wer soll sich dort hinstellen und zu welchen Bedingungen? Da wäre es doch wirklich gescheiter, man lässt das Ganze sehr offen, wie in dem Antrag von der Frau Reznar, und verhandelt mit den Clubs, und die sind auch bereit, zumindest zwei, die ich weiß, sind bereit, sich für diese Aktion einzusetzen, dass man wirklich aktiv verkauft, nicht einfach hinter den Schalter legt. Das haben wir schon gehabt. Hinter den Schalter legen ist einfach zu wenig. Das muss eine konzedierte Aktion sein, wo ein eigener Stand aufgebaut wird, da stehen die Steyrer Bürger dahinter, wir unterstützen die notleidende Bevölkerung in unserer Partnerschaft Bethlehem. Da muss eben die Stadt Steyr in Vorleistung treten. Der Einkaufspreis lag ja damals bei den Münzen, Mag. Lemmerer korrigieren sie mich wenn das nicht stimmt, ich glaube bei S 270,-- in etwa und der Verkaufspreis war damals auf
S 499,-- festgesetzt. Es wurden nur wenige Stücke verkauft. Wenn das Sinn geben soll, kann das nur sein, die Stadt nimmt die Patenschaft darüber, über die Summe von S 500,--, ich spreche noch in Schilling, die Service-Clubs nehmen sie in Kommission und dann wird es Weihnachten verkauft. Ich bin überzeugt davon, dass wir alle loskriegen. Natürlich müssen auch noch, und darum ist auch der Antrag wirklich ganz offen formuliert, Verhandlungen mit den Beteiligten an der Entstehung dieser Münzen geführt werden, weil da gibt es ja auch Verträge mit dem Künstler, mit dem Herrn Trsek, usw. und das muss natürlich vorher geklärt werden. Aber ich denke, dass wir in der Sache nicht streiten brauchen, sondern dass wird das gemeinsam beschließen sollen, wie der ursprüngliche Antrag von der Frau Reznar war und dann können wir Weihnachten vielleicht wirklich stolz auf unsere Stadt Steyr sein.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir wollen ja gar nicht über das Thema streiten. Ich glaube da sind wir uns eh einig, dass wir was unternehmen und dass wir uns bemühen. Die Service-Clubs, was mir der Herr Bürgermeister gesagt hat, wie er vorstellig geworden ist, haben auch zugesagt, dass die nächste Spende für die Bethlehem-Hilfe gespendet und der Stadt zur Verfügung gestellt wird. Nur kann man das Geld erst verwenden, wenn man weiß, was die Leute da unten brauchen. Momentan können wir nicht einmal Medikamente reinbringen, weil es einfach nicht möglich ist. Wir haben uns da ausführlich erkundigt.
Nächster ist Herr StR Oppl.

STADTRAT WALTER OPPL:
Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt weiß ich nicht, debattieren wir wie wir der Bevölkerung in Bethlehem helfen können, wenn es so weit ist, oder debattieren wir jetzt, wie wir jetzt mit aller Gewalt die Münzen verkaufen können. Für mich ist es jetzt nicht primär, dass wir die Münzen verkaufen, sondern für mich ist es primär, jener Sachverhalt, wenn es eben möglich ist, dass wir so schnell wie möglich unserer Partnerstadt helfen. Dass wir das können und dass wir das machen, haben wir ja schon einmal bewiesen. Wir haben auch schon mehrfach in diesem Gremium debattiert, in der letzten GR-Sitzung war es ja in der „Aktuellen Stunde“ ebenfalls ein Thema, wo der Bürgermeister auch berichtet hat, dass er in Verbindung mit der - wie heißt sie gleich, helft mir bitte - ...

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Österreich-arabische!

STADTRAT WALTER OPPL:

Danke Herr Kollege Eichhübl. Es sind sicherlich da diesbezüglich ebenfalls schon Schritte eingeleitet. Nur ich persönlich sehe nicht recht viel Sinn darin, wenn wir jetzt irgendwelche Beträge da fixieren, noch dazu zu einem Zeitpunkt, wo da unten noch geschossen wird, wo regelrecht Krieg ist und wir überhaupt nicht die geringste Möglichkeit haben, zum jetzigen Zeitpunkt irgendeine Hilfe hineinzubringen. Sie kommen gar nicht nach Bethlehem hinein Frau Reznar.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Aber die Münzen sollen bis Weihnachten verkauft werden.

STADTRAT WALTER OPPL:
Es geht nicht darum, ob wir die Münzen jetzt verkauft haben oder nicht. Es geht alleine darum, wenn es soweit ist, dass Hilfe gewährt werden kann, dass wir auch helfen. Da bin ich überzeugt, dass wir das auch 100 %ig machen. Wenn wir die Münzen verkaufen, sehe ich das persönlich als zusätzliche finanzielle Mittel, aber alleine mit dem werden wir wahrscheinlich eh nicht auskommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Da hast du Recht. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Frau Kollegin Reznar, ich möchte da zum Abänderungsantrag, weil sie den bekritteln - „das ist halt wieder einmal so, dass mit uns das nicht abgesprochen wird im Vorfeld“ - etwas sagen. Frau Reznar, sie haben auch im Vorfeld mit uns nicht geredet, ob wir heute einen gemeinsamen Antrag bringen könnten. Sie haben den Antrag eingebracht. Also, wir sind uns da keiner Schuld bewusst. Nur dass wir das klar gestellt haben.
Zum Vorwurf der Kollegin Frech, ich lese ihnen noch einmal den Absatz vor, der in der letzten GR-Sitzung vom Bürgermeister, aufgrund der Anfrage von der Frau Reznar, vorgelesen worden ist. Ich lasse ihnen das dann auch kopieren. Weil nämlich der Vorwurf -„was ist geschehen und da ist nichts passiert“ - das ist nämlich auf das Schärfste zurückzuweisen. So kann man da nicht reden und es einfach so darstellen, wie wenn wir die Münzen drucken lassen hätten und dann wäre nichts mehr geschehen und die Stadt hat nichts getan.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Wenn etwas passiert wäre, dann bräuchte man den Antrag nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Also es ist ja wirklich nichts geschehen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Es ist das Ergebnis der Bemühungen, die von allen Seiten da waren, nicht eingetreten, was wir uns erhofft haben. Da gebe ich ihnen Recht. Aber das sind andere Hintergründe.
„Aufgrund des Beschlusses des Gemeinderates vom 4. November 1999 wurde hinsichtlich des Verkaufes der Münzen ein Kooperationsvertrag mit Mag. Robert Trsek, Gestalter der Münze, abgeschlossen, der wiederum die Firma LIBRA Trading & Consulting GmbH. mit dem Aufbau des Vertriebes, der Betreuung und Überwachung des Vertriebskonzeptes für Vertriebspartner sowie dem Setzen von Marketingaktivitäten betraute, - also, da ist schon was geschehen, da sind ganz konkrete Schritte gemacht worden, wo auch beauftragt wurde, das professionell abzuwickeln - wobei als Hauptabsatzmarkt für die Städtepartnerschaftsmedaillen der Verkauf in Bethlehem geplant war und nach Einschätzung der Firma LIBRA - nicht der Firma Steyr - hätten die Münzen in Bethlehem innerhalb eines Zeitraumes von zwei Jahren verkauft werden können. Aufgrund von Anfangsschwierigkeiten in der Logistik (Zollformalitäten, Transport ect.) und in der Folge den bekannten politischen Unruhen in der Stadt Bethlehem, ist dieser Markt bis heute nicht zur Verfügung gestanden, sodass bisher nur der Verkauf kleinerer Mengen in Österreich und benachbarten Ausland möglich war.

Aufgrund der anhaltenden politischen Situation ist für die Weihnachtszeit 2002 geplant, mit größeren Münzhandelshäusern Verkaufsaktivitäten zu starten, wobei damit zu rechnen ist, dass dafür entsprechende Provisionszahlungen zu leisten sind. Vielleicht ist das möglich, dass die das unentgeltlich machen. Das wäre wünschenswert, weil der Reinerlös dann in einem anderen Ausmaß sein könnte. Aus diesem Grund muss auch noch das Einvernehmen mit Herrn Mag. Robert Trsek als Kooperationspartner hergestellt werden."
Also, es sind da schon konkrete Schritte vorgeschlagen worden. Ich glaube, dass wir, wie es eh schon erwähnt worden ist, uns da nicht um die Sache streiten brauchen, sondern dass wir schauen, wie das an den Mann gebracht werden kann und dass es nicht unbedingt notwendig ist, eine Bühne im GR dazu zu benützen, sondern man sollte schauen, wie das verkauft werden kann. Ich ersuche trotzdem dem Abänderungsantrag, wo das konkretisiert ist, die Zustimmung zu geben. Wobei ich natürlich glaube, dass die angeführten Firmen und Möglichkeiten, dass das nicht eingeschränkt ist auf diese, sondern wenn es andere Möglichkeiten gibt, dass die sehr wohl genutzt werden können und dass Service-Clubs sehr wohl diese Medaillen verkaufen können. Es hat jeder nach seinen Möglichkeiten die Gelegenheit, diese an den Mann oder an die Frau zu bringen. Da sollte es keine Einschränkung geben. Das soll nicht gedacht werden, dass das taxativ angeführt ist und darüber hinaus ist es nicht möglich, sondern jeder kann verkaufen und das wäre wünschenswert.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich möchte noch einen Satz dazu sagen. Die Firma LIBRA gibt es in dieser Form gar nicht mehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Herr Kollege Bremm, wer wird dafür verantwortlich sein, dass dieser Abänderungsantrag auch tatsächlich umgesetzt wird?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wenn der GR etwas beschließt, dann ist das ein Beschluss, und dann muss das umgesetzt werden.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Der GR beschließt diesen Antrag und der Magistratsdirektor, als oberster Beamter, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Herr Bürgermeister muss schauen, was der GR beschlossen hat, dass das auch umgesetzt wird. Das steht auch in den Statuten drinnen. Sonst können sie eine Anfrage stellen, warum der Beschluss nicht umgesetzt worden ist.
Wir kommen jetzt zur Abstimmung des Abänderungsantrages. Wer dem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? 1 Enthaltung (LIF). Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen. Jetzt brauchen wir über den Hauptantrag nicht mehr abstimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
In meinem nächsten Antrag geht es um die Aufnahme der Stadt Steyr in die Liste „Weltkulturerbe". Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

9) K-1/02 UNESCO; Aufnahme der Stadt Steyr in die Liste „Weltkulturerbe".

Der Gemeinderat möge beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, FA Für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung, vom 7. Juni 2002, strebt die Stadt Steyr die Aufnahme in die UNESCO „Liste des Weltkulturerbes" an und wird die notwendigen Verfahrensschritte setzen.

Ich ersuche diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Herr GR Lengauer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:
Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herrn Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Ich denke dieser Grundsatzbeschluss, den wir heute wahrscheinlich einstimmig fassen werden, ist ein ganz entscheidender Beschluss für die Stadt Steyr. Ich denke auch, dass mit diesem Beschluss viele Wünsche oder die Wünsche vieler, vieler Steyrer und auch vieler, vieler Politiker in Erfüllung gehen. Ich freue mich, dass nun doch die Arbeit des Kulturausschusses bis in den Gemeinderat gelangt ist und eigentlich dieses Mal sehr, sehr schnell. Wir haben uns dezidiert und konsequent 2 ½ Jahre mit diesem Thema beschäftigt. Ich danke allen Kolleginnen und Kollegen im Kulturausschuss, die das vehement und mit Eifer betrieben haben. Vor 4 Jahren haben wir das erste Mal darüber gesprochen. Dr. Kaiser hat dann Vorarbeiten geleistet und seit 2 ½ Jahren ist Dr. Kaiser immer wieder mit den Behörden auch im Gespräch gewesen und hat uns immer wieder auch im Kulturausschuss über diese Vorarbeiten berichtet. Nun ist es so weit. Der Kulturausschuss hat diesen Wunsch und das Ersuchen an die Fraktionsobmännerkonferenz weitergegeben und die Fraktionsobmännerkonferenz hat befunden, dass das wichtig ist und somit ist dieser Antrag da. Vielleicht noch eine Klarstellung, warum die Stadt Steyr unter dem Titel „Eisenstraße mit Erzberg und Stadt Steyr“ um das Weltkulturerbe ansucht. Das hat den Grund, dass die UNESCO nun aufhört Einzelprojekte und Einzelstädte in das Weltkulturerbe zu übernehmen, sondern man von der UNESCO ausgeht, Gebiete, Landschaftszusammenhänge aufzunehmen. Um eben unserer Stadt doch eine ganz, ganz große Chance für die Aufnahme bieten zu können, hat Dr. Kaiser nun auch mit den Beamten des Landes und des Bundes diesen Titel erarbeitet. Wir hoffen, dass wir dort dann auch wirklich aufgenommen werden, was sicherlich touristisch, kulturell für die Stadt Steyr eine riesige Bedeutung hat. Natürlich, und das dürfen wir nicht verschweigen, werden da und dort einige Aufgaben, auch städtebaulich, dazukommen. Ich danke und bitte um Aufnahme und um 100 %ige Zustimmung. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächste ist die Kollegin Feller-Höller. Bitte.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER:
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, ich kann mich im Wesentlichen meinem Vorredner, dem Kulturausschussvorsitzenden GR Lengauer, anschließen. Es liegt uns nun endlich der Antrag vor, an den GR, dass Steyr die Aufnahme in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes anstrebt. Man könnte in dem Zusammenhang auch sagen, was lange währt wird endlich gut, oder gut Ding braucht Weile. Ich habe mich sehr lange und sehr umfangreich in dem Zusammenhang mit Dr. Kaiser unterhalten und wir sind sogar auf 7 Jahre gekommen, seit dem Beginn, dass Dr. Kaiser am Magistrat tätig ist, und es war eines seiner ersten Anliegen, seiner Aufgaben, die er in Angriff genommen hat und die ersten Kontakte, die er in diese Richtung geführt hat, gehen bereits auf das Jahr 1995 zurück. Es sind schlussendlich 7 Jahre, dass wir heute hier in der Lage sind, diesen Antrag, wie ich hoffe einstimmig, zu beschließen. Alles andere hat Herr GR Lengauer schon ausgeführt. Ich denke mir, es ist das Thema ein sehr gutes Thema, länderübergreifend in das Weltkulturerbe aufgenommen zu werden. Eisenerz, der Erzberg, die Region, die Steiermark, Niederösterreich, Oberösterreich schließen sich hier zu einer Thematik zusammen, von der ich glaube, dass sie sowohl die Vergangenheit als auch die Zukunft sehr gut umschließt und auch in kultureller Hinsicht es wert ist, in dieser Form einen Antrag zu stellen. Ich habe eigentlich nur die eine Bitte an sie alle, bemühen wir uns, dass wir dieses Thema tatsächlich im vollen Umfang auf die Schiene bringen, dass es uns wirklich gelingt 2004 in das Weltkulturerbe aufgenommen zu werden. Ich bin in dieser Hinsicht sehr optimistisch. Unser Bürgermeister, David Forstenlechner, als Mitglied des Vereins Eisenstraße, wird sicherlich auch noch für Steyr das Seine dazu beitragen, die anderen Gemeinden, die anderen Länder mit uns gemeinsam auf diesen Weg zu bringen. Ich glaube, wir können alle sehr stolz sein und mit viel Verantwortungsgefühl diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Reznar. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Ich denke, der ganze Kulturausschuss weiß, dass ich mich seit Jahren, dass mein Herz daran hängt, Steyr als Weltkulturerbe irgendwann einmal vielleicht noch zu erleben. Ich habe vor Jahren an verschiedene Persönlichkeiten, hochrangige Persönlichkeiten, geschrieben. Da habe ich einen Brief an den Dr. Bacher, an den Dr. Achleitner, an den Dr. Semsroth, an den Dr. Arch. Roland Rainer, an den Prof. Hirtzecker. Ich darf ihnen nur ein paar Kleinigkeiten aus den Retourschreiben vorlesen. Da schreibt z. B. der Herr Prof. Achleitner: „Natürlich gehört Steyr für mich zu den interessantesten und schönsten Städten Mitteleuropas. Nicht nur seiner pittoresken Topographie und Stadtlandschaft, seiner mittelalterlichen und barocken Bausubstanz wegen usw. Steyr ist also eine Stadt mit einem positivem Verhältnis zur eigenen Geschichte und wenn dieses Verhältnis immer wieder bewusst gemacht und von vorausblickenden Bürgern erkämpft werden musste und sicherlich auch muss.“ Der Prof. Hirtzecker schreibt: „Ihre Initiative zur Aufnahme der Stadt Steyr in den Statuts eines Weltkulturerbes unterstütze ich mit aufrichtiger Begeisterung.“ Das Bundesdenkmalamt schreibt: „Allein diese Tatsache spricht für eine Würdigung dieses städtebaulichen Juwels.“
Ich freue mich daher ganz besonders, dass jetzt auch der GR hinter diesem Vorhaben steht und möchte in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch dem Dr. Kaiser einen herzlichen Dank aussprechen, dass er dieses Projekt zu seiner großen Aufgabe gemacht hat. Steyr ist es wert.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wird ein Schlusswort gewünscht. Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im letzten Antrag geht es um den Bericht der Kontrolle und Revision, Jahresbereicht 2001.

10) Rp-1/01 Fachabteilung für Kontrolle und Revision; Vorlage des Jahresberichtes 2001 gem. § 39 Abs. 3 StS.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der von der FA Kontrolle und Revision der Stadt Steyr vorgelegte Jahresbericht für 2001 wird gem. § 39 Abs. 3 StS zur Kenntnis genommen. (Beilage)

Ich ersuche diesen Bericht zur Abstimmung zu bringen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Der Jahresbericht der FA für Kontrolle und Revision, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, spiegelt ja nicht, zumindest auf Anhieb, das wider, was eigentlich dieser Abteilung gebühren würde. Wenn man sich, meine sehr geehrten Damen und Herren, nur diese Unterlage ansieht, die hauptsächlich aus den Überschriften besteht, so ist nicht auf Anhieb die Bedeutung, die Leistung dieser Magistratsabteilung erkennbar. Allerdings muss ich sagen, wenn man sich mit dieser Angelegenheit näher befasst, beispielsweise die Protokolle, die ja anlässlich jeder Ausschusssitzung zu erhalten sind, durchliest, den Schriftverkehr dieser FA studiert, dann kommt man zu einem sehr positiven Schluss. Denn es ist ja nicht nur so, dass es dort Bedienstete und Beamte des Hauses gibt die Freude daran haben andere zu kontrollieren und womöglich aufzuzeigen, jetzt haben wir wieder jemanden beim Schlafittchen erwischt, sondern es sind ja sehr viele Vorschläge dieser Abteilung umsetzbar und wurden auch umgesetzt, die zum einen

zu einer wesentlich verbesserten der Verwaltungsabläufe geführt haben aber andererseits auch zu einer Budgetverbesserung führen und geführt haben. Das meine sehr geehrten Damen und Herren ist die eine Ebene der Beamten und Bediensteten dieses Hauses.
Die andere Ebene besteht aus politischen Mandataren und da erlauben sie mir, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ich einige kritische Anmerkungen mache. Ich sage aber gleich vorweg, dass es mir nicht darum geht, die Mitglieder dieses Ausschusses pauschal zu verurteilen, zu diskriminieren oder zu diskreditieren, sondern ich nütze die Gelegenheit, um wieder einmal hinzuweisen, dass gerade aus diesem sensiblen Bereich, wo sehr viele vertrauliche Gespräche und Berichte abgefasst werden, immer wieder Meldungen an die Öffentlichkeit kommen. Das nicht nur in mündlicher Form, sondern auch durch Weitergabe von Schriftstücken. Es werden auch Untersuchungsergebnisse falsch widergegeben. Obwohl die Frau Kollegin Vizebürgermeisterin Mach im Eingang bei der Berichterstattung auf die Thematik Wasserversorgung, Wasserverluste hingewiesen hat, möchte ich das nochmals wiederholen, denn das war wieder ein Anlassfall, dass falsch berichtet wurde und es dadurch zu Zeitungsmeldungen gekommen ist, die nicht den Tatsachen entsprechen. In diesem Zusammenhang, das sage ich auch sehr deutlich, ist auch der Kollege Apfelthaler, als Vorsitzender dieses Ausschusses, genannt worden, der kritisiert, dass die Stadtwerke zwar 4 Millionen Kubikmeter Wasser im Jahr, ich sage jetzt die Zahl bewusst nicht genau, sondern rund 4 Millionen Kubikmeter Wasser fördern, aber nur etwa 3 Millionen Kubikmeter Wasser verkaufen und hat daraus den Schluss gezogen, dass 1 Million Kubikmeter Wasser irgendwo im Sande versickert. Das ist nicht der Fall. Ich sage es nochmals sehr deutlich, obwohl wie gesagt bereits im Zuge der Berichterstattung der Frau Vizebürgermeisterin darauf hingewiesen wurde. Es ist nicht berücksichtigt worden, dass, nachdem von Wasserverlusten von mehr als 30 % gesprochen wurde, in diesen 30 % tatsächliche Netzverluste von rund 12,4 % beinhaltet sind, und das ist eine Menge von 445.000 Kubikmeter Wasser und das entspricht durchaus, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, einer internationalen Norm. Natürlich kann man es besser machen. Ich möchte aber schon sehr deutlich darauf hinweisen, dass im Bereich des Wasserwerkes etwa 200 Kilometer Rohrnetze verlegt sind, die teilweise natürlich sehr alt sind, die aber im Zuge von Kanalbaumaßnahmen oder anderen Straßenbaumaßnahmen sukzessive erneuert werden und es ist daher gelungen, diesen Prozentsatz, der noch vor einigen Jahren an Wasserverlusten von etwa 19 % zu beziffern war, auf diese 12,4 % zu drücken. Nicht berücksichtigt wurde, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei dieser rund 1 Million Liter Wasser, die nicht verrechnet wurden, die sogenannte umgerechnete Netzabgabe und darin sind enthalten Rohrbrücke, die Reinigung von unseren 8 Hochbehältern, das ist eine Menge von Wasser, da ist auch das Wasser der Feuerwehr dabei die Übungen durchführen mussten und Rohrnetzspülungen udglm. Aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist eine gewisse Menge dabei, die nicht eruiert werden kann, aufgrund der Zählerstandserhebungen, die ja in einem Zeitraum von etwa 4 bis 5 Wochen stattfindet.
Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf, wie gesagt, diesen Antrag zum Anlass nehmen, um nochmals eingehend zu ersuchen, dass man derartige Meldungen unterlässt, weil sie sicherlich nicht dazu dienen, die Teilbetriebe im öffentlichen Bereich der Stadt positiv darzustellen. Im Gegenteil. In der Privatwirtschaft würde man sogar von Geschäftsschädigung sprechen. Ich sage es nochmals sehr deutlich, es gibt dort Mitarbeiter die sich wirklich sehr bemühen. Es gibt auf der anderen Seite aber auch ein Budget, das hier von ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, immer beschlossen wurde, das immer vorgesehen hat, dass entsprechende Netzerneuerungen durchgeführt werden. Ich kann hier nochmals, und nicht ohne Stolz, es ist ja nicht mein Verdienst, ich stehe dem vor, ich bemühe mich natürlich auch meine Ideen einzubringen, aber dahinter stehen die Menschen die sich sehr bemühen, im Wasserwerk. Ich darf hier nochmals eine Zahl nennen die zum Nachdenken anregt und die vielleicht dort oder da Mandataren Anlass gibt nicht negativ über diesen Bereich zu sprechen, sondern positiv. Wir versorgen vonseiten des Wasserwerkes, weil wir ja in einem Wasserverbund drinnen sind wo auch die Gemeinden St. Ulrich und Garsten mitbeliefert werden, etwa 50.000 Menschen mit Trinkwasser über eine Rohrnetzlänge, wie ich bereits gesagt habe, von nahezu 200 Kilometer Länge. Wenn man bedenkt, dass ein Mensch pro Tag etwa 173 Liter Wasser benötigt, dann ist das eine stolze Leistung.
Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem habe ich weiter nichts hinzuzufügen. Dem vorliegenden Antrag auf Kenntnisnahme des Jahresberichtes für Kontrolle und Revision gebe ich die Zustimmung.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Mag. Frech. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wenn man sich diesen Jahresbericht 2001 so anschaut, der dann sehr dünn ist, weil er nur aus Überschriften besteht, gebe ich dem Kollegen Eichhübl sehr stark Recht, wenn er zu Beginn betont hat, wie viel Arbeit da dahinter steckt, seitens des Kontrollamtes. Hier wird auch sicherlich sehr viel gute Arbeit geleistet. Was mich allerdings immer etwas traurig stimmt, ist die Tatsache, dass Vorschläge des Kontrollamtes, Kritik des Kontrollamtes nicht weiterverfolgt wird. Das Kontrollamt leistet eine gute Arbeit, gibt Verbesserungsvorschläge und dann bleibt alles auf einmal stehen. Ich möchte nur ein Beispiel aus diesem Jahresbericht 2001 bringen. Das beginnt mit einer eher philosophischen Frage, nämlich was bedeutet oder welcher Zeitbegriff steckt hinter dem Wort „umgehend“. Unter umgehend versteht der eine vielleicht morgen, der Nächste übermorgen, der Nächste vielleicht in einer Woche oder in zwei Wochen. Umgehend lässt sich aber feststellen, zumindest anhand dieser einen Überprüfung, dass es zumindest so lange dauert wie eine Schwangerschaft, nämlich 9 Monate und umgehend bekommt man normalerweise keine Kind. D. h., 9 Monate sind inzwischen ins Land gezogen, obwohl das Kontrollamt geschrieben hat: „Aufgrund dieser Feststellung ist die umgehende Anpassung der Verträge erforderlich.“ Und zwar ist es um die Überprüfung der Mietverträge für den Stadtsaal und das Alte Theater gegangen. Da gibt es eine Reihe von Kritikpunkten, die will ich ihnen im Einzelfall jetzt gar nicht zur Kenntnis bringen, sie können das im Prüfbericht nachlesen, es geht darum, dass unter anderem z. B. die unterschiedlichen Mietkonditionen zwischen Stadtsaal und Alten Theater sachlich nicht nachvollziehbar sind. Es geht darum, dass das Kontrollamt z. B. stark kritisiert, dass Nebenvertragsinhalte einen höheren Wert haben als Hauptvertragsinhalte, dass man also mehr an Nebengebühren zahlen muss, als alleine für die Miete, dass man nicht einmal weiß, wie man gewisse Dinge abrechnet und das macht schon einen Unterschied, weil in der einen Art und Weise werden S 7.500,--, das war noch in der Schillingphase, und im anderen Fall S 15.000,-- usw. Das sind sehr viele Kritikpunkte des Kontrollamtes. Ich habe heute angerufen, na ja, wie schaut das jetzt aus, gibt es inzwischen diese neuen Verträge, weil wie gesagt, dieser Bericht stammt vom 19. 10. 2001, also würde ich davon ausgehen, dass inzwischen diese Verträge überarbeitet worden sind. Heutiger Stand, Anruf am Kulturamt war: „Nein, die Verträge sind noch so wie sie waren, lt. GR-Beschluss vom 18. 6. 1998 bzw. 17. 9. 1998.“ Das Einzige was man geändert hat ist die Umrechnung auf Euro. Da würde ich mir schon wünschen, dass umgehende Dinge, die vom Kontrollamt als umgehend bezeichnet werden, schneller als in 9 Monaten erledigt werden. Vor allem, sie sind noch nicht erledigt. Es werden wahrscheinlich wieder ein paar Monate ins Land ziehen, bis es soweit ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Nachdem mein Vorredner, Herr StR Eichhübl, schon eine fulminante Laudatio auf den Kontrollausschuss und seine Mitarbeiter gehalten hat, bleibt mir ja nicht mehr allzu viel übrig. Ich möchte mich aber gerne anschließen. Danke schön für ihre Arbeit, und auch danke schön an sämtliche Angestellte jeweils ihrer Abteilung.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Danke an die Presse für die positive Berichterstattung.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Haben sie etwas zu sagen Herr Mayrhofer? Das wäre mir neu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir haben eh noch nicht das Schlusswort. Es kann sich jeder zu Wort melden.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Was hingegen aber die Ausführungen des Herrn Stadtrat über die Wasserverluste seiner Abteilung anbelangt, nachdem er sich ja stark dafür ins Zeug geworfen hat, bin ich mir da nicht ganz so sicher, ob er denn alles gesagt hat, was er sozusagen auch als negativ empfindet, weil im Prinzip, lieber Herr Stadtrat, haben sie uns ja auch nur einen Teil der ganzen Wahrheit gesagt. Was sie unter Rohrbrüche, Feuerwehr und was weiß ich was angeführt haben, ist das auch nur ein gewisser Prozentsatz von dem Teil der uns in Wahrheit dann verlustig gegangen ist. Und verpritschelt ist verpritschelt, Herr Stadtrat. Es geht uns eine große Menge an Wasser ab und ein Teil davon wird von der Feuerwehr verwendet und ein Teil davon geht an die Rohrbrüche. Ich sehe es nicht so negativ wie sie es vielleicht betrachten, weil sie es als persönlichen Vorwurf irgendwie sehen oder so, oder weil sie irgendetwas verteidigen müssen. Gerade im Gegenteil, ich glaube, damit könnte man auch signalisieren, dass unsere Netze, unsere Wassernetze unter Umständen an manchen Stellen brüchig sind, die man dann vielleicht durch bessere Rohre ersetzen könnte ect. Sehen sie es einmal in der Art und Weise, weil eines ist auf jeden Fall auch klar, das was wir als Trinkwasser beziehen, in Steyr, wahrscheinlich in Zukunft noch kostbarer werden wird, als wir es jetzt haben. Wenn wir jetzt hergehen, nicht sich orientieren nach europäischem Standard, weil das ist für mich kein Maßstab, sondern nach dem orientieren, dass so wenig wie möglich von diesem Wasser verloren geht, das wäre die richtige Voraussetzung um zu sagen, okay, bei den 12 % oder meinetwegen bei den 17 %, das entspricht in etwa dem was europaweit so passiert. Aber das darf ja im Großen und Ganzen nicht die Perspektive für die Zukunft sein. Wenn es noch weniger wäre, durch noch bessere Leitungen, noch mehr Aufmerksamkeit, wäre es mir ehrlich gesagt auch recht.
Ich bedanke mich auf diesem Weg noch einmal. Die Laudatio hat bereits der Herr Stadtrat gehalten, und wie gesagt, es war nur ein Teil dessen, was sie vorgetragen haben, aber der Gutteil von dem Wasser, oder der Schlechtteil, wie man es nimmt, ist leider verpritschelt worden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Kollege Apfelthaler jetzt muss ich aber schon etwas sagen. Wenn du sagst wegen schlechter Leitungen. Es kann irgendwo ein Ventil undicht sein und da rinnt es ein ganzes Jahr aus und das ist eine Menge. Also ich möchte mich jetzt nicht nur auf die Leitungen konzentrieren. Bei einem Rohrbruch weiß oft keiner ob das mit Leitungen zusammenhängt oder nicht. Da haben schon sehr viele x-tausend Schilling zahlen müssen, weil ein ganzes Jahr das Wasser ausgeronnen ist. Das möchte ich jetzt auch einmal sagen, weil ich habe geglaubt mich zerreißt es, wenn er sagt, das hängt nur mit den schlechten Leitungen zusammen.
Es liegt mir eine weitere Wortmeldung vor. Kollege Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätzte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Mitglieder des Präsidiums, des Gemeinderates, geschätzte Gäste. Also ein Loblied haben wir schon gehört und ich denke mir, dass vor allen Dingen die positive Wirkung im Kontrollamt, ja nicht nur die Überprüfung jener Dinge ist die passiert sind, sondern vor allen Dingen die positive Wirkung dahingehend, dass es Veränderungen gibt, dass es Weiterentwicklung gibt und ich denke mir, das fällt sogar ein Stück halt unter Controlling. D. h., dass hier Prozesse verbessert werden bzw. halt versucht wird von vornherein durch präventive Haltungen hier gewisse Verluste hintanzuhalten bzw. abzuwenden. Auf der anderen Seite möchte ich aber auch gerne das unterstützen was der Kollege Eichhübl gesagt hat, dass also manchmal so mit dem Hinausgehen an die Öffentlichkeit mit solchen vertraulichen Dingen halt aus meiner Sicht es immer sehr schwierig macht, denn wenn es eine Namensnennung gibt ist es relativ leicht zu verifizieren wer es war. Wenn es keine Namensnennung gibt, gibt es also sozusagen überall diese Verdachtsmomente wer denn diese Vertraulichkeit gebrochen hat. Da denke ich mir, dass es unter anderen ja eine Maßnahme gegeben hat, deren sich nicht alle anschließen aber doch einige in diesem Ausschuss, dass man also diese Prüfberichte nicht mitnimmt, sondern am Tisch liegen lässt und zurücklässt und wenn das halt alle tun würden, dann wäre es nicht so einfach Schriftstücke nachher 1:1 in den Medien wiederzufinden. Daher appelliere ich hier, dass diese Dinge, also letztlich auch

dort zurückbleiben und dass sich alle an diese Vereinbarung, die wir ursprünglich einmal geschlossen haben, hier auch halten sollten. Wobei ich schon zugebe, dass diese Vereinbarung für jeden schon freiwillig war.
Ein wesentlicher Punkt aus meiner Sicht ist das, was die Kollegin Frech angeschnitten hat, mit diesen Nicht-Veränderungen die da passieren. Da hat sie leider Gottes genau etwas in den Mund genommen, das man halt letztlich auch begründen kann, warum denn diese Dinge sich nicht verändern lassen, denn Verträge lassen sich halt nicht vor dem Ende ihrer Laufzeit so mir nichts dir nichts verändern. Hier sind ja Verträge geschlossen worden, die gewisse Laufzeiten haben und wo Vereinbarungen geschlossen wurden und die kann man halt nicht einseitig abändern bloß weil es dich freut oder weil jemand berechtigterweise durchaus auch draufgekommen ist, dass es hier Dinge gibt, die in Wirklichkeit besser gestaltet hätten werden können. Ich denke mir daher, man sollte vielleicht auch das eine oder andere Mal zur Kenntnis nehmen, dass solche Dinge nicht einseitig veränderbar sind und dann nicht ständig die Magistratsbediensteten oder wer immer dafür auch noch sonst zuständig sein möge hier letztlich bezichtigen, dass sich nichts bewegt. Denn im Großteil muss man sagen ist die Arbeit in den Magistratsabteilungen, und zwar in allen Magistratsabteilungen, sehr positiv und ich denke mir, dass wir in Wirklichkeit stolz sein können auf unsere kommunale Verwaltung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke Kollege Hauser. Nächster ist Herr StR Eichhübl zum 2.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Mir geht es jetzt wirklich nicht darum mit dem Kollegen Apfelthaler einen persönlichen Streit jetzt vor diesem GR auszufechten, aber nachdem er gesagt hat ich hätte nur die halbe Wahrheit gesagt was die Wasserverluste betrifft, muss ich mich einfach nochmals zu Wort melden. Herr Kollege Apfelthaler, ich kann ihnen nur eines versichern, es gibt keine Geheimnisse. Es gibt eine genaue Aufstellung darüber wie viel Wasser gefördert wird, wie viel Wasser gekauft wird. Ich sage es jetzt noch einmal sehr deutlich Herr Kollege Apfelthaler, auch wenn ich den anderen Mandataren auf die Nerven gehe, die es inzwischen verstanden haben.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Und zwar geht es darum, dass wir 3,864.412 Kubikmeter Wasser fördern und verkaufen 2,655.104 Kubikmeter. Davon ist der tatsächliche Netzverlust 482.681 Kubikmeter. Die Differenz, die noch entsteht, in der Größenordnung von 444.000 Kubikmeter ist die sogenannte ungemessene Netzabgabe. Wie gesagt, da sind eben verschiedene Dinge enthalten wie Rohbrüche, Rohrnetzspülungen, Hochbehälterreinigungen, Wasser für die Feuerwehr usw. Aber auch bitte nochmals die Zählerstandserhebung und die ist deswegen nicht außer Acht zu lassen, weil man ja berücksichtigen muss, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass diese Zählerstandserhebungen einen Zeitraum von 4 bis 5 Wochen beansprucht und wir pro Tag, ich sage es jetzt wirklich noch einmal, pro Tag 10.587 Kubikmeter Wasser fördern. Also können sie sich ausrechnen, wie viel das bereits ist. Ich gebe ihnen aber vollkommen Recht, ja natürlich kann man das besser machen, das habe ich auch erwähnt in meiner ersten Wortmeldung. Natürlich kann man sich nicht zufrieden geben, dass man jetzt sagt, na ja bei uns rinnen halt 448.000 Kubikmeter in den Sand. Natürlich, wie gesagt, sind wir bestrebt, Verbesserungen zu machen, aber es hängt halt alles auch irgendwo von den Baumaßnahmen und vom Budget ab. Ich freue mich, Herr Kollege Apfelthaler, auf ihre Unterstützung bei den nächsten Budgetverhandlungen, wenn man jetzt statt den Kanälen für den Kollegen Mayrhofer - ich tu es eh nicht, ich sage es jetzt nur - nur mehr Rohrnetzleitungen erneuert. Das wäre zwar auch nicht ganz passend, weil da macht uns die Bevölkerung wieder den Vorwurf jetzt graben wir wieder auf. Spaß beiseite, ich bitte nochmals das zu berücksichtigen. Man kann alles verbessern, aber Herr Kollege Apfelthaler, sie sind ja eigentlich vom Sinn der Sache deswegen abgekommen, weil ich gemeint habe, dass es mir darum geht, dass hier aus diesem sensiblen Bereich des Kontroll- und Prüfungsausschusses Meldungen an die Öffentlichkeit gehen und das ist die

primäre Aussage Herr Kollege Apfelthaler. Wenn sie dann noch dazu, aus welchen Gründen auch immer, falsch weitergegeben werden, dann ist es umso schlimmer und das ist die Quintessenz aus dieser Angelegenheit. Ich danke ihnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau Mag. Frech zum 2. Bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Leider ist uns der Kollege Hauser abhanden gekommen, aber ich nehme an, sie werden es ihm mitteilen und weiter geben. Es hat vielleicht doch einen Sinn, wenn man die Prüfberichte mitnimmt, weil dann kann man sie lesen und dann passieren nicht solche Missverständnisse, wie jenes das er zuerst gebracht hat. Es ist natürlich klar, dass ich Verträge nicht einseitig abändern kann. Aber hier geht es um einen Vertrag, den die Stadt jedes Mal neu schließt, und zwar über ihr Altes Theater, über ihren Stadtsaal und das kann ich natürlich jederzeit ändern und das hat man aber trotzdem nicht gemacht. D. h., die Begründung die der Kollege Hauser gebracht hat ist in diesem Fall schlichtweg nicht passend. Wir sind der Vertragspartner und jedes Mal gibt es neue Vertragspartner die von uns etwas mieten. Vielleicht richten sie im das aus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der Kollege Hauser hat ja auch gemeint, dass die Zeitungen die Unterlagen haben bevor überhaupt die Sitzung fertig ist. Darum ist es gegangen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Der Kollege Hauser hat sich aber auch auf die Verträge bezogen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, er hat auch die Verträge erwähnt. Wir werden ihm das ausrichten.
Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Darf ich nur statt dem Schlusswort was sagen, ich habe nämlich vorher eine Falschmeldung gemacht in der Frage Bethlehem. Es ist nicht eine Wasseraufbereitungsanlage, sondern der Filter wird aufbereitet. Nur dass das klargestellt ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Kontrollbericht die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Danke, der Antrag wurde einstimmige angenommen.
Ich würde jetzt eine ½ Stunde Pause vorschlagen. Wir treffen uns um 17.00 Uhr wieder.

GR Andreas Kupfer verlässt um 16.35 Uhr die Sitzung.

PAUSE VON 16.35 UHR BIS 17.10 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Pfeil übergebe, möchte ich dem GR noch mitteilen, dass mir die Kollegin Weixlberger eine Zeitung gegeben hat und da wird der Film „Wir bleiben zusammen“ am 20. 7. in ORF 2 gesendet.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Es geht darum, wann es einen neuen Film gibt und nicht dass man den alten Film wieder sieht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Es wurde gesagt, wenn der Film gut anläuft, kann es sein, dass 13 Folgen gemacht werden, aber es ist nie gesagt worden es werden 13 Folgen. So, jetzt übergebe ich den Vorsitz an Vzbgm. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich habe den Vorsitz übernommen und ersuche die Kollegin Vzbgm. Mach ihre Anträge vorzubringen. Wenn der Herr Eichhübl dann auch zuhört, können wir anfangen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Sehr geehrte Herrn Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. In meinem ersten Antrag geht es um eine Erhöhung der Sozialhilfe-Barleistungen. Es ist so, dass ja vom Land ein Erlass gemacht worden ist. Es steht eh sehr ausführlich eigentlich im Amtsbericht drinnen. Aufgrund, wie ich ja in meinem Vorwort gesagt habe, dass die Arbeitslosigkeit immer mehr zunimmt, wird natürlich gerade in diesem Bereich von dem Geld auch mehr zur Auszahlung gebracht werden. Mein Antrag an den GR lautet:

11) SH-169/02 Sozialhilfe - Barleistungen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 10. Mai 2002 wird für die Auszahlung von Sozialhilfe-Barleistungen auf der VASt. 1/411000/768300 zusätzlich ein Betrag in Höhe von 140.000,-- Euro (Euro einhundertvierzigtausend) im Wege einer Kreditüberschreitung genehmigt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir haben ja im Sozialausschuss über diesen Erlass auch ausführlich diskutiert. Aber eines sollte uns schon bewusst sein, dass das Land einfach einen Erlass hinausgibt, sich damit sehr leicht tut, weil es für die Finanzierung nicht aufkommen muss, die Stadt Steyr aber jetzt immerhin diese 140.000,-- Euro zusätzlich aufbringen muss. Das aber nicht nur heuer, sondern wahrscheinlich auch im nächsten, im übernächsten Jahr usw.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ich ersuche um mehr Ruhe. Herr Dr. Alphasamer, man hört das so laut rüber. Ich würde sie auch ersuchen, etwas leiser zu diskutieren. Danke.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Also, Faktum ist, das Land OÖ macht einen Erlass, wonach die Stadt Steyr Mehrkosten in der Höhe von ungefähr derzeit 140.000,-- Euro hat. Das wird sich in den nächsten Jahren so weiter fortziehen. Faktum ist aber auch, dass unser Sozialhilfebudget nicht weiter wächst. D. h., es besteht die Gefahr, dass wir dazu auf der einen Seite für manche Gruppen mehr an Sozialhilfeleistungen ausgeben,

andere hingegen möglicherweise weniger bekommen, bzw. die Sozialhilfepraxis restriktiver gehandhabt wird. Ich habe mich diesbezüglich auch lange mit dem Beamten unterhalten und habe eines nicht verstanden und die Frage stelle ich an die Frau Vizebürgermeisterin Mach. „Hat es ein Gespräch mit dem Land gegeben - ich gehe ja davon aus, es ist nicht nur Steyr davon betroffen, sondern auch Linz und Wels - warum man jetzt plötzlich auf diesen Erlass beharrt, warum man die bisherige Praxis umwirft?“ Ich glaube schon, dass sich auch die Städte ein bisschen dagegen wehren müssen, wenn ständig von oben herunter irgendwelche Aufgaben oder irgendwelche Erlässe kommen, die sich dann finanziell in der Stadt Steyr zu Buche schlagen. Ich habe wirklich Angst davor, dass dann möglicherweise Härtefälle nicht mehr erfasst werden können wenn man auf der anderen Seite dann plötzlich 140.000,-- Euro mehr hinaufnimmt. Alleine dieser Punkt, dass jetzt praktisch auf die Arbeitslose hinaufgezahlt wird, Arbeitslose bekommt man nur 12 Mal, die Sonderzahlung in der Sozialhilfe 14 Mal, dann ist es wahrscheinlich auch nicht ganz verständlich. Mich würde es wirklich interessieren, ob es Gespräche gegeben hat oder nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Danke. Frau Durchschlag bitte.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich war ursprünglich auch so leicht echauffiert wie die Kollegin Frech, weil ich mir gedacht habe, das kann doch nicht sein, dass sozusagen da einfach der Stadt da etwas aufs Auge gedrückt wird. Ich habe mich dann mit dem zuständigen Beamten des Landes lange unterhalten und die Erklärung bekommen, dass es von vornherein im ESG 98 so gedacht war, dass in dem Fall die Rechtsauslegung der Stadt Steyr eine etwas andere war im Gegensatz zum Magistrat der Stadt Wels, die das anders ausgelegt haben, die von vornherein offensichtlich der Rechtsauffassung des Landes entsprochen haben, und dass es jetzt nicht einfach ein Erlass ist wo das Land sagt, wir drücken euch etwas auf das Auge, sondern es geht um eine Präzisierung einer Rechtsvorstellung. Das ist das eine, musste ich mich belehren lassen. Auf der anderen Seite ist es natürlich schon so, dass hier das Geld, das jetzt vermehrt ausbezahlt wird, ja eigentlich denen zugute kommt, die es brauchen. Das sind Menschen die in Notsituationen sind. Es ist schon klar, dass ein Sozialbudget eines ist, das naturgemäß, würde ich fast sagen, immer größer wird. Aber hier kommt wirklich das Geld eigentlich denen zugute, die es dringend brauchen. Ich denke mir, in dem Fall wird man dann auch nicht wirklich gut sich überlegen können, ob man das an so einer Stelle einspart.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Diese Diskussion haben wir ja schon fast ausführlich im Sozialausschuss gehabt. Ich möchte vielleicht noch ein paar Sätze dazu sagen. Es hat eine Untersuchung der Statutarstädte Linz, Wels und Steyr gegeben und da ist man dann draufgekommen, dass Steyr im erhöhteren Maße, also am meisten von allen Statutarstädten quasi diese Einmalentschädigung nimmt. Ich nehme einmal an, der Herr Dr. Starzengruber hat das im Sozialausschuss genau definiert, dass das primär auch als Einsparung gedacht worden ist, weil diese einmalige Entschädigung natürlich in keinem Verhältnis mit diesen Zahlungen steht, die per Bescheid ausgestellt werden dürfen. Das ist fast ein Unterschied von 1:5, wenn ich mich erinnern kann. Was noch dazu kommt, jeden Bescheid kann man natürlich anfechten, was auch nicht unbedingt angenehm ist für den Beamten, sage ich jetzt einmal, wenn er einen erstellt und der wird angefochten. Auf der anderen Seite hat man natürlich auch gesehen, dass in der Sozialszene in OÖ diese einmaligen Leistungen fürs Überleben einfach zuwenig darstellen. Es ist den Menschen nicht besonders geholfen, wenn man sie mit 1.000,--, 1.500,-- oder 2.000,-- Schilling wieder wegschickt, weil für ein richtiges Fuß fassen dann wieder im Leben dieser Betrag einfach zuwenig ist. Es kostet uns viel mehr Geld, zugegebener Maßen, und ich glaube, dass das über die Zeit betrachtet bessere Erfolge bringt als diese Einmalentschädigungen. Ich kann es nicht 100 %ig behaupten, nur ich glaube die Fachleute am Land und im Bund sind wahrscheinlich ähnlicher Meinung und diese

Rechtsauslegung der Stadt Steyr insofern kritisiert haben und noch einmal dezidiert darauf hingewiesen haben, dass diese Einmalzahlungen quasi nur ein Tropfen auf dem heißen Stein sind und dass es weitaus besser ist Bescheide auszustellen mit dem vollen Umfang, weil ich glaube, dass das auf Dauer gesehen zielführender ist als wie ein paar Tropfen auf dem heißen Stein. Aber es kostet halt vielmehr Geld das uns letzten Endes im Budget auch belastet, zugegebener Maßen, und wir können nicht mit Sicherheit sagen, aber ich vermute im hohen Maße, dass es zielführender ist, aber halt auf einen mittel- und längerfristigen Zeitraum.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Danke. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Zur Frau Mag. Frech möchte ich sagen, selbstverständlich hat es mit den anderen Städten Gespräche gegeben, aber ein Erlass ist zum Umsetzen. Wir haben auch mit LR Ackerl die Gespräche geführt. Der Erlass ist eigentlich deswegen auch erstellt worden, weil man muss sagen, dass sehr viele Teilzeitkräfte im Handel beschäftigt sind, die nicht sehr viel verdienen. Wenn sie dann in die Arbeitslose kommen und dann vielleicht in den Notstand, dann sind sie weit entfernt vom Existenzminimum, vom Mindesteinkommen. Dazu ist jetzt dieser Erlass gemacht worden, dass zumindest das Mindesteinkommen für solche Menschen gesichert ist. Man muss es von dieser Seite sehen, dass man sagt, das ist heute ganz wichtig, weil es sind sehr viele alleinerziehende Frauen die haben dann nicht einmal das Mindesteinkommen. Wir wissen ja alle, dass die Leute im Handel ja sehr wenig verdienen und wenn sie nur Teilzeitkräfte sind, dann wirkt sich das natürlich noch mehr aus und die Arbeitslosigkeit steigt überall. Das war auch eine Überlegung, dass darum dieser Erlass vonseiten des Landes erstellt worden ist. Nicht nur wenn wir heute einen Fehler gemacht hätten, nicht wir, sondern auch unsere Sozialabteilung, wären wir vom Rechnungshof kritisiert worden. Wir sind nicht kritisiert worden, wir sind gelobt worden, dass mit dem Geld sehr sparsam umgegangen wird. Also von der Rechtsmeinung ist nichts Negatives gewesen. Wir wissen eh, sehr viele Rechtsmeinungen ergeben immer etwas anderes. Ich glaube, wenn das nicht richtig gewesen wäre, hätten wir eine Kritik vom Rechnungshof und das war nicht der Fall. Der Hauptgrund ist eigentlich der, den ich vorher erwähnt habe, weil eben sehr viele Leute arbeitslos sind, weil die Arbeitslosigkeit immer mehr steigt und wegen der Teilzeitkräfte, die sehr wenig verdienen, ist dieser Erlass erstellt worden, damit die zumindest den Lebensunterhalt gesichert haben, in dem Ausmaß mit dem Mindesteinkommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Danke, das war das Schlusswort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Danke, einstimmig zur Kenntnis genommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um die Fahrzeuganschaffung Aktion „Essen auf Rädern“. Wir haben diesen Punkt auch ausführlich im Sozialausschuss behandelt. Wir wissen ja alle, dass die Pflege und auch das Essen auf Rädern immer mehr gebraucht wird, weil ja die Lebenserwartung unserer älteren Mitbürger steigt und darum brauchen sie auch unsere Hilfe, Unterstützung und Betreuung.
Der Antrag des StS an den Gemeinderat lautet:

12) SH-159/02 Fahrzeuganschaffung Aktion „Essen auf Rädern“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Soziales vom 6. Juni 2002 wird, im Zusammenhang mit der Durchführung der Aktion „Essen auf Rädern“,

1) der Auftragsvergabe zur Lieferung von einem Zustellfahrzeug der Type Toyota Hiace -

Kastenwagen an die Firma Bramberger, 4400 Steyr-Gleink, Ennser Str. 41, zum Anbotspreis von Euro 20.247,-- (Euro zwanzigtausendzweihundertsiebenundvierzig)

2) den Ausgaben, die mit der Adaptierung des Zustellfahrzeuges verbunden sind (Einbau der Befestigungsvorrichtungen, Beschriftung usw.) im Ausmaß von ca.
Euro 3.800,-- (Euro dreitausendachthundert)

3) dem Ankauf von 70 komplett gefüllten E.a.R.-Boxen zum Gesamtkaufpreis in Höhe von Euro 9.800,-- (Euro neuntausendachthundert)

4) einer Aufstockung des Zustellpersonals beim ÖRK von 6 Mitarbeitern und den dadurch entstehenden Kosten für die Zeit von Sept. bis Dez. 2002 in Höhe von
Euro 3.700,-- (Euro dreitausendsiebenhundert)

5) der folgenden Vereinbarungsänderung:

I. Die Stadt Steyr beabsichtigt, im Rahmen der Sozialen Dienste die Aktion „Essen auf Rädern“ dergestalt auszudehnen, dass täglich bis zu 250 Personen mit einer warmen Mahlzeit versorgt werden können.

II./1. Abholung von täglich bis zu 250 Portionen Mittagessen im Umfang des jeweiligen Bedarfes von der Küche des APT-Tabor und die Zustellung an die Abnehmer.
II./2. Einsatz von fünf (anstatt vier) Zustellfahrzeugen

zugestimmt.

Zu den genannten Zwecken wird eine Kreditüberschreitung bei der

VSt. 1/423000/040000 im Ausmaß von Euro 24.100,--, bei der VSt. 1/423000/400000 im Ausmaß von Euro 9.800,-- und bei der VSt. 1/423000/728000 im Ausmaß von Euro 3.700,-- bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmittel zu erfolgen.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wer hat eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Ich sehe das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe. Stimmenthaltung? Einstimmigkeit zu protokollieren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. In meinem nächsten Antrag geht es um die Subvention für die Generalsanierung Kultur-, Jugend- und Freizeitzentrum Ennsleite. Das haben wir ja heute bereits einmal gehabt und zwar die Zuweisung vonseiten des Landes.

Der Antrag lautet:

13) Fin-137/02 Kultur-, Jugend- und Freizeitzentrum Ennsleite; außerordentliche Subvention für die Generalsanierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 28. Mai 2002 wird dem Kultur-, Freizeit- und Jugendzentrum Ennsleite für die geplanten Sanierungsmaßnahmen des Zentrums in der

Josef-Hafner-Straße 14 im Gesamtbetrag von voraussichtlich Euro 305.300,-- eine einmalige, außerordentliche Subvention in Höhe von 122.000,-- Euro (Euro einhundertzweiundzwanzigtausend)

auszahlbar in 3 Jahresraten, und zwar

die 1. Rate im Jahr 2002 in Höhe von Euro 45.800,--
die 2. Rate im Jahr 2003 in Höhe von Euro 45.800,-- und
der Restbetrag im Jahre 2004 in Höhe von Euro 30.400,--

gewährt.

Die erforderlichen Mittel für die 1. Rate 2002 können im Wege der Freigabe aus der VASt. 5/259000/777100 entnommen werden.

Auch hier ersuche ich um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Gibt es Wortmeldungen zu diesem Antrag? Ich sehe das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Wer enthält sich der Stimme? Wer ist dagegen? Einstimmigkeit ist zu protokollieren. Nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
In meinem nächsten Antrag geht es um den Jahresabschluss 2001 für das Alten- und Pflegeheim Tabor. Er ist uns ja von den beiden Herren der Donauberatung ausführlich präsentiert worden. Wir sind auch aufmerksam gemacht worden, dass wir nächstes Jahr sicher mehr im Voranschlag brauchen, weil der Abgang steigen wird. Ich möchte dazu vorab schon sagen, es ist natürlich so zu berechnen, dass wir wissen, dass die Pflegefälle immer extremer sind, dass sie immer mehr Zeitaufwand brauchen und wenn ich heute bedenke, dass jemand 24 Stunden betreut wird, dann muss ich dazu eines sagen, dann braucht er nicht nur 3 Bedienstete sondern fast 4 Bedienstete. Es gibt nur einen 8 Stunden Tag für einen Bediensteten und man muss natürlich auch noch einen Urlaub und Krankenstand einrechnen; also weiß man, wenn man das hochrechnet, was verdienen 3 ½ oder 4 Kräfte und was verdienen wir mit einem Bewohner. Es ist auch davon gesprochen worden - und da waren sich auch alle Fraktionen einig - dass es derzeit keine Erhöhung bei den Gebühren geben soll, bis einmal ein gewisser Umbau erfolgt ist. Wir haben ja noch 3-Bett-Zimmer, die heute nicht mehr dem Standard entsprechen und darum ist es uns ja auch bewusst gewesen, dass dadurch der Abgang nicht geringer ist sondern steigt. Dazu haben aber alle Fraktionen, die im Verwaltungsausschuss tätig sind, Stellung genommen.

Antrag des Verwaltungsausschusses des APT an den Gemeinderat.

14) Fin-149/02 Alten- und Pflegeheim Tabor - Jahresabschluss 2001

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Jahresabschluss 2001 des Alten- und Pflegeheimes Tabor wird in der vorliegenden Form genehmigt. (Beilage)

Ich ersuche auch hier um ihre Zustimmung bzw. um Diskussion.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Einen Satz noch. Ich möchte mich natürlich schon im Namen aller bei den Bediensteten des Alten-

und Pflegeheimes herzlich bedanken, weil die Arbeit, die sie jeden Tag machen, ist eine sehr anstrengende und für uns sehr wertvolle Arbeit. In diesem Sinne kann ich allen, die im Altersheim tätig sind, herzlich danken.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wer ist für diesen Antrag? Gegenstimmen? Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

Ich danke der Frau Kollegin Mach und gebe den Vorsitz wieder zurück.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, ich übernehme wieder den Vorsitz und erteile dem Herrn Vizebgm. Dr. Pfeil das Wort für seine Berichterstattung.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht heute um einen Antrag, der sehr lange diskutiert worden ist und der in der Fülle sehr umfangreich gefasst worden ist, obwohl natürlich bei so einem umfangreichen Werk die vielleicht notwendige Präzision für das nicht eingeschulte Auge fehlt, aber den Rahmen - für die Stadt Steyr die nächsten Jahre mit einer Marktordnung auszukommen - vorgibt. Wir sprechen von einer Marktordnung 2002, seit über 20 Jahren hat die alte Marktordnung gedient und ist nicht mehr auf Höhe der Zeit gewesen. Wie ich eingangs gesagt habe, ist das ein Rahmenkonzept, wo sich die einzelnen Märkte dann etablieren und finden können. Natürlich gibt es hier einige Neuerungen, besonders hervorheben möchte ich den Weihnachtsmarkt, der bisher nur über Bescheid bewilligt worden ist. Der Antiquitäten- und Kuriositätenmarkt, der auch von Einzelbescheidbewilligungen gelebt hat und auch den neuen Markt am Wieserfeldplatz möchte ich ganz besonders hervorheben, weil hier ein Stadtteil mit einem neuen Wochenmarkt belebt werden kann. Ich sage das wirklich von ganzem Herzen, weil hier war auch früher das Marktzentrum und das Bauernmarktzentrum. Ich glaube, dass mit den sehr engagierten Beamten, die sich hier sehr gut eingesetzt haben und Marktbeschicker gesucht und gefunden haben, dass ein sehr schönes Bild am Wieserfeldplatz zustande gekommen ist. Ich hoffe, dass es über den Sommer, in der etwas schwierigeren Zeit für die Märkte, dass es gut weiter geht und dass der Markt von Erfolg begleitet wird.
Eine mögliche Diskussion kann es sicherlich über den Standort Flohmarkt auf der Promenade geben, aber ich glaube, auch hier ist ein sehr guter Kompromiss erzielt worden, mit dem es auch eine Belebung vom Zentrum geben kann, wie in anderen Städten auch, und auch eine Hebung des Niveaus.
Was mir absolut fehlt - und das sage ich auch ganz offen - das ist ein neuer Standort für das Jahrmarktgelände. Wenn man zu einem traditionellen Jahrmarkt 2-mal im Jahr steht, dann wird wahrscheinlich das Restgelände bei der Bezirkssporthalle nicht ausreichend sein. Es fehlt auch die Ausweisung eines Zirkusgeländes, auch ein Manko für eine Stadt in der Größe der Stadt Steyr, dass wir in der Zukunft keinen Zirkus mehr beherbergen können. Was mir am meisten Leid tut, ist die Situation am Stadtplatz, dass es nicht gelungen ist, den Markt in seiner ursprünglichen Größe zu erhalten. Ich bin grundsätzlich der Meinung - und möchte das bei jeder Gelegenheit betonen - dass der Markt der Frequenzbringer für die Innenstadt schlechthin ist. Ein durchgezogener Markt wäre die notwendige Voraussetzung dafür. Es haben leider schon einige Marktbeschicker aus Platzgründen die Stadt Steyr verlassen, sie fahren nicht mehr an. Wir haben das mit sehr gemischten Gefühlen zur Kenntnis genommen und es wird der Tag vielleicht gar nicht mehr so weit weg sein - wie ich vor Jahren schon einmal gesagt habe - dass wir den Marktbeschickern keine Standgebühr mehr abnehmen werden, sondern dass wir sie bezahlen werden, damit sie kommen. Derzeit haben wir, wie sie alle wahrscheinlich wissen, am Wieserfeldplatz die Situation, dass wir bis Weihnachten keine Standgebühr einheben, um diesen Markt zu beleben. Mein Wunsch ist, dass wir im Rahmen der Verträge, die dann auch mit den Schanigärtenbetreibern geschlossen werden sollen - die haben ja immer noch keinen Vertrag und es gibt auch noch keine Verordnung darüber - dass hier der Markt wiederum seine Bedeutung und Größe findet.

Es ergeht der Antrag des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses an den Gemeinderat.

15) GE-480/02 Marktordnung 2002

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 3. Mai 2002 wird die in der Anlage beigeschlossene Marktordnung 2002 genehmigt.

Die Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung an den Amtstafeln der Steyr in Kraft. (Beilage).

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem doch sehr wichtigen Werk für die Stadt Steyr.
VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke. Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich kann mich den Worten vom Kollegen Pfeil wirklich nur anschließen. Ein Markt ist eine Belebung und eine Attraktivität für jeden städtischen Bereich. Nicht nur hier am Stadtplatz sondern selbstverständlich auch auf den anderen Standorten in unseren Stadtteilen, ob das jetzt Münichholz, Ennsleite, Wieserfeldplatz oder Tabor ist. Das heißt, wir sollten wirklich versuchen unsere Märkte zu unterstützen, wo es irgendwie geht. Ich habe nur, wie im Stadtsenat auch schon vorgebracht, als Tourismusreferent ein Problem mit der Situierung des Flohmarktes auf der Promenade. Jeder, der den bestehenden Flohmarkt auf dem Jahrmarktgelände kennt und sich schon einmal angeschaut hat, weiß, dass das kein Antiquitäten- oder Trödelmarkt ist, sondern wirklich ein Flohmarkt, bei dem vor allen aus den Fahrzeugen heraus verkauft wird. Das Erscheinungsbild ist wirklich nicht so, dass man sagt, es fördert eine touristische Belebung in der Stadt, oder es ist etwas was auch von der städtischen Bevölkerung im innerstädtischen Bereich so gerne gesehen wird. Die Möglichkeit, auf der Promenade aus dem Auto heraus zu verkaufen, ist einmal sowieso nicht gegeben. Das setzt aber dann voraus, dass man Stände zur Verfügung hat, oder Stände zur Verfügung stellt. Beides ist - nach Rücksprache mit der Fachabteilung - nicht vorgesehen, das heißt, wir haben keine Stände und können so etwas natürlich auch nicht anbieten. Ich glaube, dass man sich wirklich überlegen soll - und darum bringen wir auch einen Abänderungsantrag ein - dass wir die Situierung des Flohmarktes nicht auf der Promenade vornehmen, sondern dafür einen anderen Standort suchen, weil wir glauben, dass es besser wäre, ihn auf einen Standort zu geben, wo man nach wie vor z. B. mit dem PKW hinfahren kann, nach wie vor diese Art des Flohmarktes, so wie er jetzt gehandhabt wird, auch zu machen und das nicht hier auf dieser Mittelpromenade zu machen, was dazu führt, wenn ich ein Schlechtwetter habe, dass die Leute dann durch die Wiese laufen und wir haben Flurschäden usw.

Wir stellen daher den Abänderungsantrag.

Abänderungsantrag zur Marktordnung 2002

Gemäß § 9 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr wird folgende Abänderung beantragt:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Den § 2 unter Pkt. 6 Flohmarkt/b dahingehend zu ändern, dass der Flohmarkt nicht auf den Standort Handel-Mazzetti-Promenade verlegt wird. Der Magistrat wird beauftragt, eine neue Ersatzfläche anzubieten.

Diese Vorgangsweise ist sinnvoll, da es sich bei dem erwähnten Flohmarkt nicht um eine Qualitätsveranstaltung handelt, sondern um Privatverkäufe, meist aus dem Auto heraus. Dass das für

einen städtebaulich neuralgischen Punkt wie die Promenade und auch aus touristischen Gründen nicht tragbar ist, wird für jeden ästhetischen Menschen nachvollziehbar sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir wollen also kein buntes Geschehen in unserer Stadt.
Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Auch wenn ich dem Kollegen Mayrhofer inhaltlich nicht Recht gebe, bin ich ihm für diesen Abänderungsantrag doch sehr dankbar, weil er im Prinzip das Dilemma von so einer Marktordnung sehr gut zeigt. Was ist ein Markt? Ein Markt ist das Zusammentreffen von Angebot und Nachfrage und das sollten wir als Stadt Steyr bestmöglich fördern. Ob man dazu wirklich - und das habe ich auch im Ausschuss gesagt - eine Marktordnung braucht, die sich bemüht genau die Wochentage festzulegen, genau die Standorte festzulegen, ganz unverrückbar steht der Flohmarkt auf der Handel-Mazzetti-Promenade oder wo anders, das ist eigentlich relativ in Zweifel zu ziehen und zwar deshalb, weil wir jedes Mal, wenn wir nur eine kleine Änderung in diesem Marktgeschehen vornehmen, dann müssen wir eine Verordnung ändern. Das kann es nicht sein. Ich glaube, es ist sehr viel einfacher - gerade um auf diesen Abänderungsantrag zu kommen - zu sagen, probieren wir es doch einmal aus und wenn wir sehen, es funktioniert auf der Promenade nicht, dann machen wir es halt wo anders. Aber das gleich in eine Verordnung zu gießen, das halte ich nicht für besonders sinnvoll, weil wir uns damit selbst mehr Regeln auferlegen. Ich glaube, dass man das auch außerhalb einer Verordnung regeln kann, dass der Markt ordentlich funktioniert. Ich habe auch gesagt, ich finde es nicht sinnvoll, am Wieserfeldplatz vorzuschreiben, dass der Markt Donnerstag und Samstag ist. Das einzige sachliche Argument, das im Ausschuss gekommen ist, das war immer so, das ist Tradition. Na gut, die Tradition war auch der Ferkelmarkt am Wieserfeldplatz und wir haben ihn nicht mehr, weil sich die Gegebenheiten geändert haben. Noch etwas, es gibt Hauptgegenstände und Nebengegenstände am Markt; warum das eine Hauptgegenstand und das andere Nebengegenstand heißt und was das für einen Sinn haben soll, das weiß ich auch nicht. Ich habe netterweise erfahren, dass ich auch ein Waldgeher sein kann und wenn ich Schwammerl pflücke, dann darf ich sie auch auf dem Markt verkaufen. Ich glaube, dass man da nicht so viel Arbeitsaufwand benötigt, um einen funktionierenden Markt zustande zu bringen. Ich möchte nicht wissen, was das im Endeffekt an Arbeit der Beamtenschaft gekostet hat, das herzustellen und auch zu versuchen das einzuhalten. Was konkret jetzt den Abänderungsantrag des Kollegen Mayrhofer anbelangt, da muss ich sagen, wir haben auch im Ausschuss darüber diskutiert, da bin ich leider nicht einer Meinung. Ich glaube, dass es durchaus auch eine Qualitätssteigerung des Flohmarktes geben kann, wenn er auf der Promenade ist, weil genau dieser Punkt wegfällt, dass man aus dem Auto heraus verkaufen kann. Außerdem würde ich mir eben wünschen, dass durch diese Situierung auf der Promenade ein Synergieeffekt der Umwegrentabilität für den Stadtplatz entsteht.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Warum nicht? Wenn dort am Sonntag Vormittag ein Flohmarkt stattfindet, dann gibt es sicherlich auch für die Lokale am Stadtplatz einen Anreiz aufzusperren und Kunden von dort abzuziehen. Also ich sehe das durchaus auch aus touristischen Gründe nicht so schlecht. Nur für mich bleibt wirklich die Frage über, muss ich eine Marktordnung mache, wo ich genau solche Details regle, oder lasse ich es nicht vielleicht über den Markt regulieren und schaue, wie es funktioniert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Es steht ja eh drinnen, tägliche Märkte. Und dass es bei uns Tradition ist, die Märkte immer donnerstags und samstags zu halten, wo der Markt auch am meisten Umsatz macht, da stelle ich mich doch dann hin, wenn ich weiß, da kommen die meisten Leute, weil das eigentlich eingebürgert ist. Aber mir liegen ja noch ein paar Wortmeldungen vor.
Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Nach 20 Jahre Dauer haben wir jetzt wieder ein Konvolut vor uns liegen, wo wir froh sein können, dass das festgeschrieben ist. Ich denke mir, im Großen und Ganzen können wir da ohne weiteres mitgehen. Über die einzelnen Punkte können wir ja noch diskutieren, aber ich glaube, dass es ganz gut ist, dass das einmal vorliegt. Was mir aufgefallen ist, das ist unter § 3 Abs. 3; sie kennen ja alle die seltsame Berührtheit, wenn wir heute z. B. auf einen Flohmarkt gehen und uns schaut der Adolf Hitler aus irgendwelchen Fahrkarten oder ähnlichem entgegen.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Oder z. B., aber der ist nicht verboten. Der gute Hitler ist verboten, das hat aber leider keinen Einfluss auf unsere Marktordnung gefunden, weil es steht nämlich seltsamerweise drinnen: Modellhafte Nachbildungen von Schieß- und Sprengwaffen; da handelt es sich aber um die modellhafte Nachbildung. Wenn aber wirklich einmal so ein Ding dort liegt - und das ist mir auch schon öfters passiert, weil ich auch ein fleißiger Flohmarktgeher bin - oder auch Literatur aus dem 2. Weltkrieg bzw. ideologisch eingefärbte, meistens in braun eingefärbte Werke über den Führer, findet man auch - nur man findet sie nicht als dezidiert verboten in der Marktordnung. Das geht mir ein bisschen ab.

Diskussion verschiedener Mandatare.

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Dafür gibt es aber eh ein Gesetz!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, aber es gibt mehrere Gesetze was den Markt selbst anbelangt, die auch über Bundes- oder Landesgesetze geregelt sind, aber wir reden jetzt über die Steyrer Marktordnung und ich denke mir, dort sollte die Geschichte auch Einfluss finden. Ich muss eines dazu sagen, ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wenn man vor 10 Jahren auf den Steyrer Flohmarkt gegangen ist, dann hat man das noch sehr oft gesehen, heute trifft man es Gott sei Dank nur mehr vereinzelt an, meistens hinter irgend einer „Budel“, aber es gibt es noch nach wie vor. Das wäre vielleicht noch ein Detail, wenn man das hineinnehmen täte, dass sämtliche Militaria und längst verflossene Diktatoren dort keinen Zugang mehr finden. Was den Abänderungsantrag des Herrn Kollegen Mayrhofer anbelangt, ich denke mir, die Promenade ist durchaus okay. Wenn wir jetzt wieder hergehen und sagen, die Promenade ist nichts, dann müssen wir doch an die Leute denken, die die Möglichkeit auf den Flohmärkten haben, dort zu verkaufen. Das ständige hin und her, dort dürft ihr nicht, oder dort müsst ihr bald weggehen, aber wir haben noch nichts Gescheites und wir denken noch darüber nach, das macht den Flohmarkt kaputt. Wir sollten es einfach auf der Promenade probieren und wenn es auch ein Sonntag ist, das macht ja im Prinzip nichts, weil ich glaube, für die Touristen bzw. den Spaziergeher ist ein Flohmarkt eher eine Bereicherung und nicht etwas Störendes. Wer den Naschmarkt in Wien kennt, so ein buntes Treiben und so eine Bereicherung des städtischen Lebens, das würde ich mir in Steyr auch wünschen. Probieren wir es doch auf der Promenade, machen wir die Geschichte einmal.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Dieser Autoverkauf, die Leute wollen ja hinfahren und ihre Sachen dort verkaufen. Aber wenn wir sie dazu bringen, vielleicht einen Teil einer Parkfläche zu reservieren - am Sonntag geht das vielleicht leichter - dass sie dort die Möglichkeit haben, dann nehmen sie ihre Tapetentische und gehen dorthin, warum soll das nicht gehen. Ich glaube, am Sonntag ist dort - populistisch ausgedrückt - tote Hose und sind wir froh, wenn dort etwas passiert. Eines muss ich auch noch negativ anmerken, dieser Markt, der früher in Münichholz war, mit diesen Antiquitäten, mit diesen alten Autos und Mopeds, den haben wir ja leider verloren. Das war eine Spitzengeschichte, haben wir aber leider verloren und ist in Garsten draußen. Der Herr Bürgermeister freut sich wie ein Schneehase, dass er das hat und wir schauen bittern Geschmackes nach Steyr.
Also, ich bin jetzt nicht für irgendwelche Nachdenkpausen oder sonst etwas, ich denke mir, wir müssen den Leuten, die dort oben verkaufen, etwas anbieten - aber nicht nur denen, sondern auch der Steyrer Bevölkerung, die das gewohnt ist, dass sie jeden 2. Sonntag dort hinauf geht. Also, machen wir diese Promenadengeschichte, das ist durchaus okay.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr Vizebgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Wie schon angeführt worden ist, haben wir dieses Thema auch im Stadtsenat diskutiert, von vorne bis hinten, von hinten bis vorne, weil gerade bei der Neubeschlussfassung der Marktordnung soll man ja auf alle Dinge Rücksicht nehmen. Wir sind der Meinung, dass es vielleicht nicht der optimalste Platz ist, möglicherweise ergeben sich einmal Möglichkeiten, wo so ein Flohmarkt besser geeignet wäre. Wir sehen es aber nicht ganz so negativ wie der Kollege Mayrhofer, weil wir glauben, dass schon aufgrund der Zentrumsnähe eine zusätzliche Belebung - die sich natürlich in Grenzen halten wird - aber dass doch eine zusätzliche Belebung im Stadtzentrum ins Leben gerufen wird. Wir haben die Meinung vertreten und wollen sie auch heute so vertreten, dass diese Marktordnung - wie sie jetzt vorliegt - dass man sie heute beschließt. Das ist ja nicht eine Ordnung die unwiderruflich ist, wenn wir irgendwann zu der Auffassung kommen, dass wir ein besser geeignetes Grundstück haben, dann kann man diese Marktordnung in diesem oder anderem Punkt jederzeit abändern, aber wir glauben auch, dass wir in dieser vorgemerkten und von Herrn Dr. Pfeil präsentierten Form beschließen sollten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Kollege Apfelthaler, würdest du bitte zuhorchen.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Offensichtlich schwingt der Kollege Apfelthaler als bewährter „Gutmensch“ heute wieder einmal gewaltig die Faschismuskeule, denn wenn wir von der Marktordnung 2002 zum Flohmarkt kommen, wo er offensichtlich Angst hat, dass dort eventuell verbotene Dinge verkauft werden könnten, dann darf ich dir in Erinnerung rufen, dass es ein Uniform- und Abzeichengesetz und ein Wiederbetätigungsverbot in Österreich gibt, das kurioser Weise zwar zulässt, dass man den einen Massenmörder großartig verherrlichen und verkaufen darf, den Herrn Stalin, und die anderen nicht, aber das ist da geregelt, da brauchen wir uns überhaupt keine Sorgen machen. Wenn du Angst hast, dass dort derartige Dinge passieren, dann brauchst du nur bei der Polizei anrufen und die regeln das dann. Wir haben da keinen Handlungsbedarf, irgendwelche Zusatzparagraphen hinein zu geben.

Zum Abänderungsantrag vom Kollegen Mayrhofer; da muss ich ehrlich sagen, habe ich nicht sehr viel Freude. Ich glaube, man sollte das dort oben wirklich einmal probieren. Wenn uns die Qualität des Flohmarktes nicht passt, oder wir Angst haben, dass dort aus dem Kofferraum heraus verkauft wird - ich weiß nicht, wie weit das stimmt, es ist mir in dieser Dimension noch nicht aufgefallen - falls das so ist, dann kann man sich das ja immer noch überlegen. Ich darf aber in Erinnerung bringen, dass sowohl in Linz als auch in Wels seit vielen Jahren jeden Samstag ein Flohmarkt am Hauptplatz stattfindet, der sich nicht nur großer Beliebtheit erfreut, wirklich von vielen Menschen besucht wird, sondern auch von der Qualität nicht so schlecht ist. Ich glaube, wir sollten es probieren, dass wir auch in Steyr einen so ähnlichen Markt bekommen. Ich glaube, dass die Chance auf der Promenade derartiges zu errichten, ein Schritt in die richtige Richtung ist. Wir sollten uns, glaube ich, nicht mit einem Abänderungsantrag wieder auf eine neue Standortdiskussion einlassen, die das Ganze wieder nur verschiebt. Bis jetzt haben wir das jahrelang dort oben gemacht, alle die dort oben das wirklich als Flohmarkt betrieben haben - nicht aus dem Kofferraum heraus - fragen schon, wo es einen neuen Standort gibt. Ich glaube, wir sollten den Sommer jetzt schon nützen, dass man denen einen neuen Standort anbietet. Über die Qualität werden wir schwer diskutieren können, wenn es irgendwelche Unzulänglichkeiten gibt, kann man vielleicht - soweit es überhaupt möglich ist - darauf eingehen. Der Standort an sich, im Umfeld des Stadtplatzes - und mich wundert, dass du als Wirtschaftskammerobmann auf einmal da dagegen bist - ist, glaube ich, ein guter Standort, der bietet sich meiner Meinung nach sehr gut an. Ich würde diesen Abänderungsantrag ablehnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Obwohl ja allgemein bekannt ist, dass ich von der Frau Kollegin Frech sehr angetan bin, ...

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
... muss ich ihnen doch heute folgendes ins Stammbuch schreiben - deswegen habe ich mir eigens einen Kugelschreiber mitgenommen.
Sie haben heute bei ihrer Wortmeldung den eindeutigen Beweis geliefert, dass sie Kritik nur der Kritik willen äußern. Denn umgekehrt, gäbe es keine Marktordnung, dann höre ich sie schon: Ja wie das hier zugeht, da braucht man eine Regelung, das gehört reglementiert.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein wirklich nicht!

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
In den verschiedenen Bereichen haben sie immer wieder diese Anforderung gestellt, Frau Kollegin Frech. Jetzt plötzlich, weil es eine Marktordnung gibt, kritisieren sie diese. Wobei ich schon eines ganz deutlich sagen möchte, dass sich viele wirklich über Jahre hinweg bemüht haben, eine Marktordnung zu erstellen. Das ist halt ihre Art und Weise, aber sie erlauben mir, dass ich nicht ganz ihrer Meinung bin. Nochmals, ich bin sehr froh darüber, dass es eine Marktordnung gibt und ich sehe das ja nicht als starres Konzept, sondern als eine Richtlinie, wie man eben eine Ordnung in dem Bereich des Marktgeschehens hineinbringen kann. Es kann ja durchaus dort und da - und das steht auch festgeschrieben - durch Verordnungen Abweichungen davon geben. Das ist ja kein starres festgeschriebenes Konzept. Der Herr Vizebgm. Dr. Pfeil, unser Fraktionsobmann, hat ja schon darauf hingewiesen, dass sich wirklich viele den Kopf darüber zerbrochen und bemüht haben, weil es eben Anforderungen gegeben hat, hier gewisse Grundreglements zu schaffen, eine Marktordnung zu erstellen. Es ist aus den verschienensten Gründen in den letzten Jahren nicht gelungen, jetzt ist es gelungen und ich glaube, wir sollten alle froh darüber sein und diesem Antrag vorbehaltlos die Zustimmung geben. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich verhehle aber nicht, dass ich in der Stadtsenatssitzung entgegen der Meinung unseres Fraktionsobmannes, in

Anlehnung an die Wortmeldung des Herrn Mayrhofer, ebenfalls der Meinung war, dass der Standort Promenade für den Flohmarkt, der zurzeit oder bisher am Gelände gegenüber der Kaserne stattgefunden hat, nicht ganz passend ist. Ich war deshalb der Meinung, weil ich mir dieses Geschehen einige Male angesehen habe - und es mir jetzt gar nicht darum geht, die Beschicker dieses Flohmarktes in Bausch und Bogen in Misskredit zu bringen - aber es war halt so, dass einige doch aus der Rolle gefallen sind und dort die ganze Abwicklung eigentlich nicht so stattgefunden hat, wie ich es mir vorgestellt habe. Ich muss aber sagen, ich habe mir dann einiges überlegt und bin eigentlich zu dem Entschluss gekommen, dass es sicherlich einen Versuch wert ist, diesen Flohmarkt auf der Promenade durchzuführen, weil es durchaus möglich ist, dass es dadurch eine gewisse Selektierung durch die Marktbeschicker selbst gibt. Ich glaube, dass es doch einen Versuch wert ist, da bin ich ganz offen, dass ich meine Meinung dahingehend revidiere. Ich glaube, Kollege Mayrhofer, ihr Abänderungsantrag ist durchaus gut gemeint, das stelle ich nicht in Abrede, aber jetzt muss ich wirklich fragen, sie haben nämlich gefordert, dass sich die Beamtenschaft des Hauses um einen Ersatzplatz umschauen soll. Jetzt gibt es dann einen Ersatzplatz und wie steht man dann zu dem? Ich nehme an, das wird dann immer Kritik hervorrufen. Da wird der eine oder andere sagen - vielleicht sogar aus ihrer Sektion - das ist dort auch nicht ganz passend. Also, wir würden dann wieder zu dem Ausgangspunkt zurückkehren wo wir heute sind. Daher glaube ich, ist es doch sinnvoller, dass wir einen Probeballon starten, die Dinge, die sich entwickeln, eben abwarten und dann kann man ja entsprechende Einschränkungen machen. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit, ihnen besonders Frau Kollegin Frech.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Hack bitte.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Sehr geehrte Frau Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein Aspekt ist in der ganzen Geschichte noch nicht angesprochen worden, das ist der Aspekt, dass dieser Flohmarkt am Sonntag um etwa 5.00 Uhr in der Früh ganz zentral, mitten im Wohngebiet stattfinden würde und das jeden zweiten Sonntag im Monat. Also, ich möchte nur darauf hinweisen, dass das wahrscheinlich sehr problematisch werden wird. Es ist oben am Jahrmarktgelände wesentlich einfacher gewesen, weil die Häuser und die Bewohner nicht so nahe an der ganzen Geschichte sind.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Ja, am Samstag, aber nicht am Sonntag. Ich wünsche den Verantwortlichen am Sonntag um 5.00 Uhr in der Früh viel Glück.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Man muss aber auch sagen, ein Flohmarkt fängt ja auch bald an. Wenn der Gewerbeflohmarkt am Stadtplatz ist, dort wohnen auch Leute.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Da ist es 7.00 Uhr in der Früh!

Zwischenruf: Das ist einmal im Jahr!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
So weit wohnen die Leute dort auch nicht herbei. Dort oben sind auch schon sehr viele Vereine. Frau Mag. Frech hat sich gemeldet, sie will natürlich gerne zum Herrn StR Eichhübl Stellung nehmen. Die lobenden Worte haben ihr so gut getan.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen. Ich muss sie enttäuschen, ich muss mit dem Kollegen Hack beginnen. Lieber Kollege Hack, ihre Bedenken gegenüber den Anrainern finde ich zwar sehr in Ordnung, aber als Bewohner des Stadtplatzes bin ich es z. B. gewöhnt, dass ich an jedem Donnerstag und Samstag bereits zwischen 5.00 Uhr und 6.00 Uhr durch das Aufstellen geweckt werde, und das ist sehr wohl ein Wohngebiet. Ich bin es auch gewöhnt, wenn der Antiquitätenflohmarkt ist, bereits um 6.00 Uhr geweckt zu werden, wobei ich sagen muss, dass die sehr lautlos sind, darüber wundere ich mich immer wieder, wie gut die das schaffen. Das ist anscheinend auch eine Sache der Betreiber des Flohmarktes. Es wohnen sicherlich am Stadtplatz - Gott sei Dank - noch ein paar Menschen mehr, als dort oben auf der Promenade. So ganz passt das also sicherlich nicht. Natürlich muss ich auch noch etwas zu meinem Freund, Kollegen Eichhübl, sagen.

Zwischenrufe: Ah!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Ich muss ja auch ein bisschen was für ihr Seelenheil tun.
Ganz einfach, Kollege Eichhübl, sie können - die Gelegenheit gebe ich ihnen hiermit - meine Kritik gerne entkräften, indem sie mir einfach ad hoc erklären, warum ich jetzt bei einem Antiquitätenflohmarkt Getränke ausschenken darf, bei einem Christbaummarkt aber nicht. Wenn sie mir das bitte ad hoc erklären können.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Beim Christbaummarkt darf man keinen Alkohol ausschenken.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Nein, keine Getränke. Beim Antiquitätenmarkt dürfen sie Getränke ausschenken, beim Christbaummarkt nicht - laut dieser Verordnung. Hat das eine Logik?

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Vielleicht haben die Leute im Winter nicht so viel Durst.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Meine Damen und Herren, es war ja teilweise ganz amüsant, die verschiedenen Argumente zur Marktordnung 2002 zu hören. Sie verzeihen mir, wenn ich nicht auf alle Argumente eingehe, sie haben sich teilweise wiederholt, teilweise haben sie sich auch widersprochen, weil die einen verlangen eine Präzisierung, den anderen ist es zu genau. Das zeigt, dass wir schon in etwa in der Mitte richtig liegen. Es ist auch ganz interessant, dass mit sehr wenigen Ausnahmen lediglich bei der Marktordnung über ganz ein kleines Detail gesprochen worden ist, nämlich der Standort Flohmarkt. Wir wissen alle, warum dieser neue Standort gesucht worden ist und jetzt ist es vielleicht gar nicht so einfach. Die verschiedenen Abteilungen haben sich wirklich angestrengt, den geeigneten Standort zu suchen. Da gab es ja verschiedene Vorschläge, aber alle sind bei näherer Betrachtung nicht zum Zug gekommen, oder sind aus verschiedenen Gründen ausgeschieden. Ich wäre schon sehr gespannt, wenn der Herr Mayrhofer hier nicht nur kritisiert, sondern auch etwas beitragen würde und sagen, wir hätten einen Standort, der vielleicht näher oder besser geeignet wäre. Der Herr Apfelthaler hat eingeworfen, vielleicht am Damberg oben. Ich weiß es nicht, es muss ja auch die Infrastruktur rundum passen. Ein Wort auch noch zu den Tageszeiten. Natürlich ist der Flohmarkt Samstag oder Sonntag, wenn sie das aufmerksam gelesen haben, derzeit ist er am Sonntag eingeführt, aber wir lassen uns auch hier die Möglichkeit offen, einen Samstag heranzuziehen. Da habe ich überhaupt

kein Problem damit, wenn die Abwicklung am Samstag erfolgt, wenn es sich zeigt, dass der Samstag besser geeignet wäre. Wenn es sich zeigen sollte, dass beispielsweise am neuen Markt am Wieserfeldplatz der Zulauf so großartig ist, dass wir über den Donnerstag und Samstag hinausgehen können, dann ist das überhaupt keine Frage, dass wir das von heute auf morgen mittels Einzelbescheid von Montag bis Sonntag machen. Überhaupt kein Problem, nur jetzt sind wir schon einmal froh, wenn das einmal ins Laufen kommt und da sollte man nicht über das Ziel hinausspringen. Ansonsten sind alle Argumente von selbst widerlegt worden, teilweise widersprochen worden und ich ersuche um breite Zustimmung zum Hauptantrag. Ein Wort noch zum Standort Promenade. Ich denke, dass es unter den derzeitigen Standorten die beste Wahl ist und auch dazu beiträgt, die Qualität des Flohmarktes in der Stadt zu fördern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen nun zur Abstimmung über den Abänderungsantrag. Wer dem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 6 (ÖVP). Wer ist dagegen? FPÖ, SPÖ, GAL. Stimmenthaltung? 1 (LIF).

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Hauptantrag. Wer dem Hauptantrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. FPÖ, SPÖ, GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 7 (ÖVP und LIF).
Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Berichterstatter, Herrn Vizebgm. Dr. Pfeil und ersuche nun den Kollegen Vizebgm. Gerhard Bremm um seine Berichterstattung.

BE:VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. In meinem ersten Antrag geht es um Sanierungen - Sofortmaßnahmen des Theaterkellers wegen der Pachtübernahme.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

16) GHJ2-25/02 Theaterkeller - Volksstraße; Sofortmaßnahmen wegen Pachtübernahme

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 2. April 2002, mit welcher wegen Dringlichkeit gemäß § 49 (7) des Statutes für die Stadt Steyr Nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 2. April 2002 wird den Auftragsvergaben zu den Instandsetzungsarbeiten im Theaterkeller, Volksstraße 5, an die

1. Fa. Gruber, St. Ulrich
2. Fa. EBG, Steyr
3. Fa. Schlossgangl, Steyr
4. Fa. Gast, Steyr
5. Fa. Seywaltner, Steyr
6. BFI Steyr
7. Fa. Weichselbaumer, Steyr
8. Gaswerke Steyr
9. Fa. Neumüller, Wolfern sowie
10. Unvorhergesehenes

sowie einer Kreditüberschreitung in der Höhe von € 37.000,-- (Euro siebenunddreißigtausend) exkl. USt. bei der VA-Stelle 1/891200/614000
(Restaurant Theaterkeller - Instandhaltung) zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 37.000,--

notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Die Bürgermeisterverfügung deswegen, weil im Zuge der Neueröffnung des Kinos auch der Theaterkeller vermietet worden ist. Da das Lokal ja längere Zeit zugesperrt gewesen ist, waren eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen notwendig und ich ersuche deshalb, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht dazu jemand das Wort?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Dass man diese Maßnahmen hat treffen müssen, das ist schon okay. Ich verstehe nur eines nicht, es hat bereits am 15. Februar ein Schreiben vom Herrn Röber gegeben, wo er darauf hinweist, dass das Kongresszentrum am 30. April aufsperrt. Das heißt, man hätte das ohne große Dringlichkeit bereits im letzten Gemeinderat beschließen können. Es hat ja seit dem 30. April eine Gemeinderatssitzung gegeben, am 16. 5 und da hätte das auch schon drinnen sein können. Warum man immer alles über Dringlichkeit machen muss, obwohl die Dinge eh zeitgerecht vorliegen, das verstehe ich nicht ganz.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Punkt geht es um die Vergabe der Architektenleistungen für die Umplanung der Volksschule Resthof. Das ist ja auch hier im Gemeinderat schon ein längeres Thema gewesen. Aufgrund der aktuellen Geburtenentwicklung ist es notwendig geworden, dass die Volksschule Resthof von einer ursprünglich 12-klassigen in eine 8-klassige Volksschule umgeplant werden muss. Es ist auch mit dem Land Oberösterreich so abgestimmt worden.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

17) Schu-40/96 Neubau einer Volksschule im Stadtteil Resthof; Vergabe der Architektenleistungen für die Umplanung auf eine 8-klassige Volksschule

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 18. Juni 2002 wird der Auftrag für die oben angeführten Ziviltechnikerleistungen mit einem Gesamtbetrag von € 82.740,75 inkl. USt. an Herrn Architekt DI Harald Körner mit € 49.920,27 und die Firma Werkraum ZT-OEG mit € 32.820,48 vergeben.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von € 73.000,-- (iW dreiundsiebzigtausend) werden bei der VASt. 5/211000/010100 freigegeben.

Der Restbetrag von € 9.800,-- ist im Budget 2003 vorzusehen.

Ich ersuche, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Vizebgm. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Auch hier leider ein klassischer Fall von Geldvergeudung. Hier haben wir mit Beschluss des Gemeinderates vor genau 2 Jahren beschlossen, dass wir eine 12-klassige Volksschule im Stadtteil Resthof errichten wollen. Es wurde damals alles einstimmig vergeben, alle Gemeinderäte haben sich gefreut, obwohl damals schon bekannt war, dass unter Umständen diese geplante 12-klassige Schule eventuell zu groß wird. Es kam dann 2001 eine Überprüfung der tatsächlichen Schülerzahlen, die dann in diese Schule kommen sollen und es stellte sich heraus, dass es tatsächlich so ist. Es hat nun wiederum ein Jahr gedauert, bis dann - ohne Verhandlungen - das beauftragte Architektenteam um eine - meines Erachtens - sehr gewaltige Honorarleistung diesen Auftrag kürzen sollte. Ich habe kein Verständnis dafür, dass wir für eine Umplanung 82.000,-- Euro inkl. USt. in die Hand nehmen sollen. Das ist auch nicht durch irgendeine Honorarordnung der Architektenkammer gedeckt, die auch keinesfalls bindend ist. Ich frage, ob hier überhaupt Verhandlungen stattgefunden haben. Wenn man bedenkt, wir haben auch die Bezirkssporthalle umgeplant und da hat es bei weitem nicht so viel gekostet, das waren aber auch ganz andere Dimensionen. Hier ist ja nur etwas weggekommen und nicht geändert worden. Also, das ist schon ein sehr leichtfertiger Umgang mit Steuermitteln und ich werde mich hier der Stimme enthalten. Ich betone aber noch einmal, wir unterstützen alle die Schule im Resthof, nur wenn wir so planen, dass nach 2 Jahren nichts passiert, außer dass wir wieder ein Haufen Geld in die Hand nehmen, damit diese Schule - die eh noch nicht gebaut ist - umgeplant wird, da habe ich wenig Verständnis dafür.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir werden beim Schlusswort genau erfahren, warum das so war.
Wünscht noch jemand das Wort?
Kurzes Schlusswort, Herr Referent?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Volksschule Resthof hat ja schon eine längere Geschichte, wir beschäftigen uns mit diesem Thema schon seit November 1997, wo mit dem Land Oberösterreich der Raumbedarf abgestimmt worden ist; wo der Architektenwettbewerb im April 1998 ausgeschrieben worden ist. Also es ist schon länger als 4 Jahre aus, wo wir diese Schule in der Jury als Siegerprojekt auserwählt haben. Seit diesem Zeitpunkt gibt es natürlich sehr unterschiedliche Situationen und das Land OÖ hat seit ca. 1 ½ Jahren massiv darauf aufmerksam gemacht - und auch in ihrem gesamten Schulprojekt sind sie auf die Vollbremse gestiegen, weil man die Entwicklung bei den Geburten gesehen hat und aus dem Grund ist es von uns sehr wohl sehr vorsichtig angegangen worden, um in unserer Verantwortung diese Schule nicht mit 12 Klassen zu errichten, das wäre nämlich die Konsequenz wenn wir sie nicht umplanen würden, dann müssten wir eine 12-klassige errichten. Ich glaube, dass das Geld, das hier notwendig ist, kein hinausgeschmissenes ist. Es wäre uns auch lieber gewesen, wenn wir 1997 schon sagen hätten können, 8-klassige oder 12-klassige, das stimmt und das hält auch. Es hat sich halt in relativ kurzer Zeit so manches verändert und die ganze Vorbereitung ist auch mit dem Land so abgestimmt. Auch vom Land sind die Zahlen bestätigt worden, dass wir keine 12-klassige sondern eine 8-klassige Schule brauchen und aus diesem Grund ist es notwendig, die Umplanungen zu machen. Zur Umplanung selbst, Herr Dr. Pfeil, nachdem es ein Architektenwettbewerb gewesen ist, ist es nicht möglich, einen anderen Architekten mit der Umplanung zu beauftragen oder hier eine Ausschreibung zu machen, wer der billigste ist. Das ist nicht möglich, es ist hier dieser Architekt zu nehmen.

Ich ersuche sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, ÖVP, GAL, 2 FPÖ.
Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? 8 (LIF, 1 ÖVP - Lengauer, 6 FPÖ - Dr. Pfeil, Toman, Reznar, Fröhlich, Dr. Wetzl, Ing. Hoflehner).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im nächsten Antrag geht es um die Tarifordnung der Ganztagsschule auf der Ennsleite.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

18) SchuPfl-73/94 HS 2 Ennsleite, ganztägige Schulform; Tarifordnung für den Betreuungsbeitrag; Euro-Anpassung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 7. Juni 2002 wird die beigeschlossene Tarifordnung für ganztägige Schulformen beschlossen.
Diese Tarifordnung tritt mit Schuljahr 2002/02 in Kraft.

Gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr hat die Kundmachung durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Jemand dagegen, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Im letzten Punkt geht es um den Ankauf der 1. Etappe für Rollos und Vorhänge in der Hauptschule Promenade. Dort sind ja die Fenster erneuert worden und seitens der Altstadtpflege ist von Außenjalousien abgeraten worden bzw. wurde gesagt, dass keine Außenjalousien angebracht werden sollen. Damit aber gewissen Unterrichtsstunden abgehalten werden können, wo mit Overhead und dergleichen gearbeitet wird, sind Verdunkelungsrollos und Vorhänge notwendig.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

19) GHJ2-39/02 1. Etappe Rollos und Vorhänge - Hauptschule Promenade

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 07. 06. 2002 wird der Auftragsvergabe zur 1. Etappe der Ausstattung mit Rollos und Vorhängen der Hauptschule Promenade, Promenade 16, an die

Fa. Baumgartner, Linz - Rollos und Vorhänge (€ 9.114,-- inkl. USt.)

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von: € 9.200,-- inkl. USt. von der VA-Stelle 5/270000/010000 (Volkshochschule Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

und um Mittelfreigabe von € 9.200,-- inkl. USt. (neuntausendzweihundert) bei der VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Aufgrund von Kosteneinsparungen bei der VA-Stelle 5/270000/010000 (Volkshochschule Gebäude) werden die zur Kreditübertragung beanspruchten Mittel bei dieser VA-Stelle in diesem Ausmaß nicht benötigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 9.200,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht dazu jemand das Wort? Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Sind wir froh, dass wir sie endlich kriegen - wir Steyrer die Rollos. Vor allen Dingen haben die Vorhänge dort ja noch die Erfindung des Plastiks miterlebt, sind dort teilweise nur mehr in Fetzen heruntergehängt. In dem Zusammenhang fällt mir noch etwas ein.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Nach dem der Ausschuss von Schule und Sport durch einen anderen Ausschuss abgelöst worden ist, haben wir eigentlich überhaupt keine Wahrnehmung mehr, was sich in dem Bereich Schule und Sport abspielt. Es gibt keinen Jahresbericht, es gibt keinen Halbjahresbericht, geschweige denn ein Vierteljahresbericht. Wir haben vor 4 Jahren einmal darüber gesprochen, wie es denn wäre - falls es den Ausschuss nicht mehr gäbe - dass wir wenigstens Berichte darüber bekommen. Der ist mindestens genauso geheim, wie die Tätigkeit der Liegenschaft, da wissen wir eigentlich auch nicht, was sich so im Laufe des Jahres abspielt.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ja, manchmal tauchen ganz interessante Sachen auf. Ich weiß nicht, lieber Stadtrat Gerhard Bremm, vielleicht erinnerst du dich daran, dass es einen Bericht geben soll, oder dass wir einmal darüber gesprochen haben. Vor allen Dingen was mir überhaupt abgeht, bei einer Budgetverhandlung hat es auch einmal geheißen, gibt es einen Plan, was denn mit den einzelnen Schulen die uns gehören geschieht, welche Renovierungsmaßnahmen dort stattfinden, welche Schule als nächste drankommt etc.? Das wäre ja nicht uninteressant, im Gemeinderat zu wissen, wann die nächste Schule drankommt, denn dann könnte man sich auch ein bisschen richten.
Abschlusssatz; Es gibt noch einzelne Klassenräume in der Hauptschule Promenade, wo zwar die Rollos und die Vorhänge neu gemacht worden sind, die aber vom Anstrich bis hin zu einzelnen Löchern in den Mauern noch in einem Zustand sind, die genauso renovierungsbedürftig wären. Frage an dich, lieber Stadtrat, wann gedenkst du da etwas zu machen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau GR Koppensteiner bitte.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Herr Apfelthaler, ich bin sehr froh, dass sie auf den Schulzug aufspringen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Der redet ja in eigener Sache, normalerweise wärst du ja befangen.

GEMEINDERÄTIN MARIA KOPPENSTEINER:
Die Personalsituation auf der Promenade soll jetzt nicht erwähnt werden, sondern das Thema, wie der Zustand unserer Schulen ist, was mittel-, kurz- und langfristig zu tun ist usw. Darum bemühen wir uns jetzt seit 3 Jahren, zusammen mit der Personalvertretung beim Herrn Stadtrat. Wir haben jedes Jahr ein Gespräch, wir haben ein Gespräch mit dem Herrn Bürgermeister im Herbst gehabt, anschließend hat der Herr Stadtrat die Schulen besucht. Hat in den Schulen mit jeweils einem Personalvertreter und dem Herrn Direktor eine Erhebung durchgeführt und die Wünsche der Direktoren entgegengenommen. Ende Mai oder Anfang Juni hat er eine zweite Runde gemacht und uns als Personalvertreter eingeladen, wo wir auch unsere persönlichen Schulbesuche mit dem, was der Herr Stadtrat festgestellt hat, verglichen haben und sind zu mehreren Ansichten gekommen. Da war einmal, dass die Ausstattung, was Tische und Sessel nach moderneren Richtlinien betrifft, relativ weit fortgeschritten ist, ich würde sagen, dass wir derzeit bei einem ca. 90 %igen Deckungsgrad sind. Dass es von der baulichen Situation her wirklich nicht gut bestellt ist, das ist wirklich eine Tatsache. Vielleicht habe ich mich verhört, aber ich glaube schon, dass wir so auseinander gegangen sind, dass wir die Schulen nur mit einem Sonderbudget wirklich sanieren können. Wo wir nicht sagen, da machen wir nur ein Fenster und irgendwo ein Rollo, sondern es muss im nächsten Budget wirklich zum Thema Gebäude ein Sonderbudget da sein, um das, was derzeit an den Pflichtschulen ist, in den gröbsten Zügen sanieren zu können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Ein kurzes Schlusswort ist da natürlich schon noch notwendig. Ich glaube, dass jetzt die Vorhänge und die Rollos, die jetzt im Antrag sind, mit dem nicht unbedingt zusammenhängen. Es ist nicht so, dass wir in der Frage der Schulen irgendwo planlos unterwegs sind. Vielleicht vorher noch, da ist zuerst etwas gefallen; wenn einer auf der Börse mit Insiderwissen handelt, dann wird er eingesperrt - lieber Kurt, wir nehmen es nicht so streng.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Zur Sache, meine sehr verehrten Damen und Herren. Natürlicherweise gibt es in den Schulen immer wieder eine Reihe von baulichen Sanierungsmaßnahmen. Wie die Frau Koppensteiner gesagt hat, wir beschäftigen uns schon intensiv damit und nicht irgendwo still und leise, dass die Liegenschaft nicht weiß, was so zu tun ist und auch nicht weiß, was die anderen so still und leise tun, sondern die Arbeit der Liegenschaft geschieht so, dass es ihnen gar nicht auffällt, weil schon vieles gemacht wird. Das muss ich hier schon festhalten. Wir haben auch schon einen Plan über notwendige Sanierungsmaßnahmen, an dem Plan würde es nicht scheitern. Es scheitert halt zum Teil am Geld; dass wir auch das notwendige Geld dazu im Budget vorsehen müssen, um die großen Sanierungsmaßnahmen, die unweigerlich irgendwann einmal gemacht werden müssen, durchzuführen. Wie es die Frau Koppensteiner erwähnt hat, wir haben ja wirklich eine sehr intensive Zusammenarbeit mit dem Bezirksschulinspektor, der Liegenschaft, der FA für Schule und Sport, mit der Personalvertretung des Lehrkörpers und mit den einzelnen Direktoren. Unsere Vorgangsweise ist immer so gewählt und seit einigen Jahren praktiziere ich das als Referent auch so, zuerst als Schulreferent und jetzt auch als Liegenschaftsreferent, dass wir gemeinsam mit den erwähnten Leuten, entsprechend des Budgets, was halt an Geld zur Verfügung steht, eine Prioritätenreihung vornehmen, welche Arbeiten dringend sind und welche nicht ganz so dringend sind und welche nicht unbedingt notwendig sind. Auch die Wünsche, die Anliegen und die Mängel werden seitens der Schulleiter an den Bezirksschulinspektor gemeldet. Der meldet das dann auch nach ihren Prioritäten an die Fachabteilungen und ich glaube, dass diese Vorgangsweise auch wirklich gut funktioniert, wobei ich nicht verhehlen möchte, dass wir mehr Geld möchten. Aber ich glaube, da befinde ich mich in bester Gesellschaft mit den anderen Referenten, jeder möchte mehr Geld haben. Der

Eichhübl Roman für das Stadtbad und die Autobusse, der Kollege Mayrhofer für die Straßen, für den Kanal und die Asphaltierungen, alle wie wir sind, möchten wir mehr Geld. Ich habe mich halt auch nach der Decke zu strecken und nach diesen Mitteln setzen wir immer die Prioritäten, was zuerst gemacht wird und was verschoben werden muss. Also, es ist nicht so, dass hier nichts geschieht. Wir haben das auch in unseren letzten Besprechungen festgelegt und ich habe da auch die Weisung an die Schulwarte gegeben - für die Punkte, die du anschneidest lieber Kurt Apfelthaler, dass halt Löcher in der Mauer sind, dass vielleicht dort und da mit einer Farbe darüber gestrichen werden müsste, wenn nicht ganze Klassen auszumalen sind. Ich habe angeordnet und die Weisung gegeben, dass in jeder Schule ein Mängelbuch aufgelegt werden muss. Dort sind diese Mängel hineinzuschreiben, damit das auch schriftlich da ist. Diese sind an die FA Liegenschaft und FA für Schule und Sport zu verschicken und dort wird dann alles abgestimmt - und das haben wir auch festgelegt, dass wir so quasi eine mobile Instandhaltungsgruppe seitens des Wirtschaftshofes einsetzen, die schon unterwegs ist und gewisse Arbeiten macht. Es gibt dort noch Nachjustierungen, das kann man noch ein bisschen verbessern, darum auch das Mängelbuch, dass wir all diese kleinen Dinge, die rasch zu erledigen sind, auch wirklich rasch erledigen können. Da haben wir unsere Richtlinien gegeben. Ich möchte zu dem, was Frau Koppensteiner gesagt hat, auch noch anschließen. Es gibt eine Reihe von notwendigen Sanierungen, die das normale Budget in der Liegenschaft, aber auch im Schul- und Sportbereich übersteigen und da werden wir uns aufraufen müssen, dass wir sukzessive diese Schulen renovieren - ich denke da an die Sonderschule in der Industriestraße, wo die Fenster und die Fassade erneuert werden müssen, ich denke an die Punzerschule, wo der Innenhof gefärbelt werden muss, ich denke da an die Wehrgrabenschule, wo die Fenster erneuert werden müssen. Also wenn wir diese großen Brocken einer Erledigung zuführen wollen, dann werden wir separat für diese Punkte Geld zur Verfügung stellen müssen. Ich will es gar nicht so hoch titulieren - ein Sonderbudget - sondern ich glaube einfach, dass wir für diese Arbeiten, die wir ja gemeinsam in diesem Kreis auch besprochen haben, Geld zur Verfügung stellen müssen. Es wird da auch von mir ein kräftiger Ansatz bei der heurigen Budgetvorbereitung kommen, weil ich glaube, dass das auch notwendig ist. Wir sind aber in vielen anderen Bereichen schon gut unterwegs und ich kann mich noch erinnern, Frau Koppensteiner, wie wir mit dem so angefangen haben, wie wir gesagt haben, setzen wir uns zusammen, machen wir eine Prioritätenreihung; so wie wir es jetzt beim Mobiliar schon gemacht haben, was ja ein wichtiger Punkt für unsere Kinder ist, wie sie sitzen, wie sie schreiben können, dort haben wir auch schon viel bewegt und bei anderen Dingen auch. Es gibt da halt immer wieder etwas zu tun, wir haben eine Reihe von Schulen und sie sind nicht die neuesten, wobei die älteren Schulen sowieso die besseren sind. Die, die in den 60iger oder 70iger Jahren gebaut worden sind, dort haben wir sowieso große Schwierigkeiten und Probleme von der Bausubstanz her, von der Isolierung und den Fenstern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen, wer übt Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter, Herrn Vizebgm. Bremm. Der nächste Berichterstatter, Herr StR Mayrhofer bitte.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Beim ersten Antrag geht es um einen Fördervertrag bezüglich Abwasserbeseitigung.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

20) Fin-192/00 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr; Bauabschnitt 09; Annahme Fördervertrag

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 07. 05. 2002 wird der Annahme des Fördervertrages (Antragsnummer A001315) der Kommunalkredit AG, Türkenstraße 9, 1092 Wien, für den Bauabschnitt 09 Abwasserbeseitigung Stadt Steyr zugestimmt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall, einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Beim zweiten Antrag geht es um eine Grundstückseinlöse von der Fa. MAN, Steyr. Hier geht es um kein effektives Geldgeschäft, sondern der ausgehandelte Preis wird in Gegenverrechnung mit Baumaßnahmen abgerechnet. Im Zuge des Straßenneubaues im Bereich Damberggasse - Neustiftgasse war es notwendig, einige Teilstücke der Fa. MAN zu übernehmen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

21) BauStr-18/01 Ausbau der Damberg- und Neustiftgasse; Grundeinlöse von der MAN Steyr AG

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 17. Mai 2002 wird dem Abschluss eines Kaufvertrages mit der MAN Steyr AG über die notwendigen Grundeinlösen zur Realisierung des Straßenbauvorhabens Damberggasse - Neustiftgasse entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt.

Gemäß § 47 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Amtsbericht bezieht sich auf Begleitmaßnahmen bei der Leitungsverlegung und bei der Gehsteigsanierung auf der Blümelhuberstraße. Hier geht es um die Vergabe der Straßenbauarbeiten.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

22) BauStr-22/00 Begleitmaßnahmen - Leitungsverlegung und Gehsteigsanierung auf der B 122 Blümelhuberstraße; Vergabe der Straßenbauarbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 14. Juni 2002 wird der Vergabe der Begleitmaßnahmen zur Leitungsverlegung und Gehsteigsanierung auf der B 122 Blümelhuberstraße und im Bereich der Rederbrücke, wie folgt, zugestimmt:

Straßenbau und Leitungsverlegearbeiten Anteil Stadt Steyr
Straßen u. Pflasterbau EUR 77.539,75

Granitsteinlieferung für Gehsteigsanierung
Poschacher EUR 19.144,80

Planungskoordination lt. BauKG

ZT Breinesberger EUR 600,--

Eigenleistungen wie Verkehrszeichen udgl.
Städt. Wirtschaftshof EUR 3.000,--

Bepflanzungen und Sonstiges
Stadtgärtnerei EUR 1.705,45

Gesamt: EUR 102.000,--

Die erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 102.000,-- inkl. MWSt. werden bei VSt. 5/610000/770020 „Bundesstraßen, Kapitaltransferzahlungen an den Bund - Blümelhuberberg Gehsteige“ finanziert.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von EUR 102.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand dagegen, übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Fall bezieht sich auf Straßenneubau Neubaustraße, um die Neuvergabe der Restarbeiten, das ist ein Dringlichkeitsbeschluss. Aufgrund des Konkurses des ursprünglichen Auftragnehmers, der Fa. Zwettler BauGesmbH, wurde es nun der zweitgereihten Firma zu den selben Bedingungen zugesprochen.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

23) BauStr-13/01 Straßenneubau Neubaustraße; Neuvergabe der Restarbeiten; Dringlichkeitsbeschluss

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 4. Juni 2002 wird der Neuvergabe der restlichen Leistungen zur Errichtung der Neubaustraße im Ausmaß von EUR 89.864,47 an die Fa. Auinger KG, Ardagger, zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5 StS 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist auch nicht der Fall, daher einstimmige Annahme.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Punkt bezieht sich auf Straßenbaumaßnahmen im Bereich Kreuzung City-Point, Pflasterungsarbeiten und Granitsteinlieferung. Es gibt hier ein Austauschblatt für den Antrag. Der

Antrag bezieht sich ebenfalls auf den Konkurs der Fa. Zwettler und die damit notwendige Übergabe der Restarbeiten.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

24) BauStr-20/99 Straßenbau City-Point (Forum); Erd-, Baumeister- und Asphaltierungsarbeiten sowie Pflasterungsarbeiten samt Granitsteinlieferung; Neuvergabe der Restarbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 5. Juni 2002 wird der Neuvergabe der restlichen Arbeiten zur Errichtung des City-Points (Forum) im Ausmaß von EUR 85.437,38 an die Fa. Auinger KG, Ardagger, zugestimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist auch nicht der Fall. Ist jemand dagegen, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Auch dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Mein letzter Tagesordnungspunkt bezieht sich auf die Belagserrichtung und Sanierung der Gußwerkstraße und der Mannlicherstraße.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

25) BauStr-6/02 Belagserrichtung und Sanierung der Gußwerkstraße und Mannlicherstraße; Vergabe der Straßenbauarbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 31. 05. 2002 wird der Vergabe der Belagserrichtung und Sanierung der Gußwerkstraße und Mannlicherstraße wie folgt zugestimmt:

1. Bauarbeiten, ARGE Alpine - M., L&M, S&P EUR 260.473,69 inkl. MWSt.

2. Planungskoordination lt. BauKG Dipl.-Ing. Walter Breinesberger EUR 600,00 inkl. MWSt.

3. Eigenleistungen wie Verkehrszeichen - Städt. Wirtschaftshof, Steyr EUR 2.000,-- inkl. MWSt.

4. Bepflanzungen und Sonstiges - Stadtgärtnerei EUR 3.926,31 inkl. MWSt.

GESAMT: EUR 267.000,-- inkl.MWSt.

Die für 2002 erforderlichen Mittel in Höhe von EUR 167.000,-- werden bei VSt. 5/612000/002030 „Gemeindestraßen - Straßenbau Hinterberg Gußwerkstraße - Belag“ finanziert.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 167.000,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und über die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Da geplant ist, die verbleibenden Mittel in Höhe von EUR 100.000,-- im Jahr 2002 auf das Asphaltierungsprogramm zu übertragen, werden im Jahr 2003 die für die Restarbeiten bei der Gußwerkstraße notwendigen Mittel in der Höhe von EUR 100.000,-- aus den Mitteln des Asphaltierungsprogrammes 2003 finanziert.

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen, übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.
Nächster Berichterstatter, Herr StR Ing. Dietmar Spanring bitte.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates.

Diskussion verschiedener Mandatare
Ordnungsruf

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Ihr beschließt eh nur ein paar Millionen, passt ein bisschen auf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Das ist wie bei den Kindern vor der Sommerpause, in der Schule werden sie auch immer so unruhig.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem ersten Antrag geht es um den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

26) Fin-247/01 Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung; Rechnungsabschluss 2001; Mietgliedsbeitrag der Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des beiliegenden Rechnungsabschlusses des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung für das Jahr 2001 wird, beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 14. Mai 2002, der Mitgliedsbeitrag der Stadt Steyr an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung in der Höhe von € 2.546.211,14 /ATS 35.036.629,21 (Betriebskostenanteil: € 1.428.145,41 /ATS 19.651.709,23; Investitionskostenanteil: € 1.118.065,74 /ATS 15.384.919,98) zur Kenntnis genommen und der Auszahlung eines Restbetrages in der Höhe von € 1.324.464,53 /ATS 18.225.029,21 (€ 2.546.211,14 /ATS 35.036.629,21 abzüglich Akontozahlung von € 1.221.746,62 /ATS 16.811.600,--) zugestimmt (alle Beträge exkl. MWSt.).

Zu diesem Zweck werden bei VASt. 1/851000/754000 ein Betrag in der Höhe von € 1.209.784,74 /ATS 16.647.000,90 und bei VASt. 5/851000 /774000 ein Betrag in der Höhe von € 114.679,79 /ATS 1.578.028,31 freigegeben (alle Beträge exkl. MWSt.).

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 114.700,-- /ATS 1.578.306,41 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen, übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem nächsten Antrag geht es um eine Änderung in der Zusammensetzung des

Personalbeirates.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

27) Präs-469/97 Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund der Personalvertretungswahl am 6. Mai 2002 und der konstituierenden Sitzung des Zentralpersonalausschusses wird gemäß den Bestimmungen des § 20 OÖ Objektivierungsgesetzes, LGBl. Nr. 102/1994, die Zusammensetzung der Dienstnehmervertreter mit sofortiger Wirkung auf die Dauer der Funktionsperiode des Gemeinderates wie folgt geändert:

Ersatzmitglieder:

Anstelle von Herrn VB Peter Zwiefelhofer - Frau VB Veronika Henöckl

Ich ersuche um Annahme.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand dagegen, übt jemand Stimmenthaltung? Auch hier einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem nächsten Antrag geht es um Gehaltszulagen- und Nebengebührenverordnung 2002. Das OÖ Statutargemeinden-Beamtengesetz 2002 (OÖ StGBG 2002) sowie das OÖ Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002 (OÖ GDG 2002) treten mit 1. Juli 2002 in Kraft. Die darauf basierende Verordnung (Einreihungsverordnung der Stadt Steyr 2002 - EV 2002) ist im Gemeinderat vom 4. Juli 2002 zu beschließen. Als Begleitregelung wurde mit Erlass OÖ Landesregierung - Abteilung Gemeinden, GEM 021661/eo-2002-Shw dem Magistrat Steyr mitgeteilt, dass es im Bereich der Gemeinden für neueintretende bzw. optierende Bedienstete diverse Begleitregelungen geben wird. In Anbetracht der gleichartigen Behandlung der OÖ Gemeindebediensteten erscheint es zweckmäßig auch für die Bediensteten der Stadt Steyr einen Grossteil dieser Begleitregelungen zu übernehmen bzw. auf Grund der speziellen Erfordernisse für den Dienst in einer Statutargemeinde anzupassen.

Antrag des Personalbeirates im Wege des Stadtsenates an den Gemeinderat.

28) Präs-408/02 Gehaltszulagen- und Nebengebührenverordnung 2002 - GNGV 2002

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Personalverwaltung wird beiliegende Gehaltszulagen- und Nebengebührenverordnung 2002 (GNGV 2002) in der Form genehmigt, dass bei in Kraft treten dieser Verordnung alle bisherigen generellen und individuellen und auf das alte Gehaltsschema bezogenen Regelungen bezüglich von Zulagen und Nebengebühren für Bedienstete, die unter den Anwendungsbereich des OÖ GDG 2002 fallen, als nicht anwendbar betrachtet werden. Für Bedienstete, die im bisherigen Gehaltsschema verbleiben, bleiben die bisher bestehenden einschlägigen Gehaltsregelungen aufrecht. Einzige Ausnahme ist die Zuerkennung der Fehlgeldentschädigung, da das Risiko beim Hantieren mit Bargeld sowohl für alte wie auch für neueintretende Bedienstete das gleiche ist.

Die Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gemäß § 65 (5) StS 1992 in der Form, dass die Verordnung beim Magistrat während der

Amtsstunden innerhalb der Kundmachungsfrist zur öffentlichen Einsicht aufliegt. Dies wird durch zweiwöchigen Anschlag auf den Amtstafeln kundgemacht. (Beilage)

Ich ersuche um Annahme der Gehaltszulagen- und Nebengebührenverordnung 2002.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, wünscht dazu jemand das Wort? Frau Mag. Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Für mich hat sich beim Durchlesen dieser Verordnung vor allem eine Frage gestellt und die geht an den zuständigen Stadtrat. Wie schaut das eigentlich aus, mit welcher zusätzlichen finanziellen Belastung muss die Gemeinde Steyr durch diese Zulagenverordnung rechnen? Gibt es da irgendeine Dimension, hat man sich das ausgerechnet, bisheriger Stand - neuer Stand? Die andere Frage, bei all diesen Zulagen, es mag sein, dass ich es vielleicht nicht so genau gelesen habe, ich habe es zwar genau studiert, aber es ist doch ein relativ umfangreiches Konvolut, es ist in keinem Ausschuss diskutiert und auch nicht vorgestellt worden, also für die Opposition ist das heute die erste Gelegenheit, sich das anzuschauen und Fragen zu stellen, aber diese ganzen Vergütungen die es gibt, werden die zwölfmal im Jahr gewährt, oder werden die vierzehnmal im Jahr gewährt? Das hätte mich interessiert und als drittes hätte mich noch interessiert, warum das so ist, dass es eine Möglichkeit gibt, dass alle leitenden Bediensteten eine monatliche Aufwandsvergütung erhalten können, deren Höhe jeweils im Einzelfall vom Magistrat festgelegt wird. Magistrat, heißt das jetzt vom Magistratsdirektor oder durch wen wird das im Einzelfall festgelegt? Weil immerhin ist da keine Summe nach oben begrenzt und das heißt, jeder Magistratsdirektor, Geschäftsbereichsleiter, Fachabteilungsleiter, technische und kaufmännische Leiter des Reinhaltungsverbandes, Stadtwerke, Heimleiter usw. kann diese monatliche Aufwandsvergütung erhalten und die Höhe wird vom Magistrat festgelegt. Wer ist in diesem Fall der Magistrat und bis in welche Höhe kann sich das bewegen? Ich würde um Beantwortung dieser 3 Fragen bitten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Das Magistrat ist in dem Fall so wie bisher der Herr Bürgermeister, der dieses festlegt. Berechnungen an sich gibt es keine. Das ist eine Verordnung des Landes Oberösterreich und nach dem hat sich die Stadt Steyr zu richten. Was war noch für eine Frage offen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Zwölf- oder vierzehnmal im Jahr?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Das ist auch verschieden, es gibt welche die zwölf- und welche die vierzehnmal im Jahr sind.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Jeder, der im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, liebe Frau Kollegin Frech, sollte das eigentlich wissen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Man muss es aber auch in einer Verordnung lesen können.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Nein wieso, da brauch ich ja nur wissen, ...

Unverständlicher Zwischenruf

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Willi, unterhaltet euch nachher darüber, jetzt kommen wir zur Abstimmung.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
In der Marktordnung steht eh viel drinnen.

Gelächter

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Roman, du hast wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wer der Verordnung die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 1 (LIF).
Ja, Frau Kollegin, wo sie selber im öffentlichen Dienst sind, furchtbar.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem letzten Punkt geht es um die Einreihungsverordnung der Stadt Steyr 2002.
Im Zuge der Umsetzung der zum 1. 7. 2002 in Kraft tretenden Besoldungsreform hat der Gemeinderat der Stadt Steyr die Einreihung der neueintretenden Bediensteten in Funktionslaufbahnen festzulegen.

Antrag des stadträtl. Personalreferenten im Wege des Stadtsenates an den Gemeinderat.

29) Präs-397/02 Einreihungsverordnung der Stadt Steyr 2002 - EV 2002

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Personalverwaltung betreffend die Einreihung der neueintretenden Bediensteten in Funktionslaufbahnen sowie des Abänderungsantrages gem. § 5 der Geschäftsordnung des Stadtsenates der Stadt Steyr des stadträtlichen Personalreferenten, Ing. Dietmar Spanring, wird die beiliegende Verordnung gem. §§2, 138 Abs. 4 und 139 des OÖ Statutargemeinden-Beamtengesetz 2002 LGBl. Nr. ../2002 in Verbindung mit § 46 (1) StS. 1992 genehmigt.

Die Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gem. § 65 (5) StS 1992 in der Form, dass die Verordnung beim Magistrat Steyr während der Amtsstunden innerhalb der Kundmachungsfrist zur öffentlichen Einsicht aufliegt. Dies wird durch zweiwöchigen Anschlag auf den Amtstafeln kundgemacht. (Beilage)

Ich ersuche, die Kundmachung nicht verlesen zu müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Danke, wird genehmigt. Wünscht dazu jemand das Wort?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Was ich nicht ganz verstehe - ich meine ich verstehe mehr nicht - aber bei dieser Funktionslaufbahn z. B., dass man das überhaupt in die Verordnung rein gibt, nachdem es eine Funktionslaufbahn FL1 derzeit ja gar nicht gibt. Meines Erachtens kann es sie auch gar nicht geben, weil unter FL2 ist der Magistratsdirektor und ich glaube nicht, dass wir vorhaben, einen Posten oberhalb des Magistratsdirektors zu schaffen. Zumindest hier in Steyr und die Verordnung geht ja auch für Steyr. Was mich auch gewundert hat ist, bisher habe ich mir immer gedacht, die Geschäftsbereichsleiter sind alle zusammen sehr wichtig,

darum gibt es ja Geschäftsbereiche. Plötzlich merke ich aber, dass es in der Funktionslaufbahn 3 Geschäftsbereichsleiter mit besonderer Bedeutung gibt und dann gibt es noch Leiter eines großen Geschäftsbereiches. Wie definiert man das jetzt dann tatsächlich, mit besonderer Bedeutung und großer Geschäftsbereich - dann haben wir noch den Leiter des Geschäftsbereiches mit mittlerem Budget usw. Also ich hätte mir schon gewünscht, nachdem es eine langjährige Forderung war, dass es endlich einmal Stellenbeschreibungen gibt und das geht auch in Richtung Stellenbeschreibungen, dass man das einmal ordentlich vorgestellt bekommt und nicht einfach mal schnell in der Gemeinderatssitzung behandelt. Da gibt es sicherlich genug Fragen, die in diesen 40 Seiten auftauchen, nicht nur bei mir auftauchen, sondern wenn es ein anderer ordentlich durchlest, tauchen sie dort auch auf. Das hätte man durchaus einmal präsentieren können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Wünscht noch jemand das Wort? Kurze Antwort, Herr Referent?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Stellenbeschreibungen gibt es. Aufgrund der Stellenbeschreibungen sind die entsprechenden Einreihungsverordnungen durchgeführt worden bzw. die Funktionslaufbahnen. Dass es die Funktionslaufbahn 1 gibt, dass ist entsprechend des ganzen Systems, auch wenn er jetzt nicht besetzt ist, was aber nicht heißt, dass es vielleicht in 10 Jahren einmal einen FL 1 gibt, wenn sich Steyr entsprechend entwickelt. Es gibt z. B. eine Stadt in Oberösterreich, die es hat.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Aber nicht in Steyr.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Ja, dann bleibt also FL1 als nicht besetzt stehen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Wenn die Einwohnerzahlen in den nächsten Jahren weiter so rasant steigen?

Gelächter

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Ist alles möglich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Damit kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL. Wer ist dagegen? Niemand. Stimmenthaltung? 1 (LIF).
Ich danke dem Berichterstatter, Herrn Ing. Spanring.

Meine Damen und Herren, die Tagesordnung ist erschöpft.
Wir haben heute Beschlüsse über Ausgaben von € 2.243.637,-- gefasst.

Ich darf fragen, ob es zur „Aktuellen Stunde“ ein Thema gibt?
SPÖ?

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Nein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
FPÖ?

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Liebe Kolleginnen und Kollegen. Erlauben sie mir kurz ein Thema anzuschneiden, das ein bisschen

zur bevorstehenden Ferienzeit passt, zu den aktuellen Temperaturen, zu Urlaubsbeginn. Die zunehmende, leider wiederkehrende Belästigung auf der Enns in Steyr.

Gelächter

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Der eine oder andere mag sich noch erinnern, wir haben vor 2 Jahren in diesem Gemeinderat eine Resolution eingebracht, die an das Land gerichtet war, die die Aktivitäten diesbezüglich in Steyr etwas unter Kontrolle bringen sollten. Es wurde damals abgelehnt, ich kann mich erinnern, der Kollege Bremm hat damals gemeint, man soll nicht gleich zu den schärfsten Mitteln - nämlich einer Resolution, ich weiß gar nicht was an einer Resolution so scharf ist - greifen und das Land hier auffordern aktiv zu werden, sondern wir sollen schauen, dass man das vielleicht vor Ort lösen kann. Leider haben wir feststellen müssen, dass dem nicht so ist, nämlich dass eine Verbesserung eingetreten wäre, sondern ganz im Gegenteil. Es ist ja bekanntlich so, dass erfreulicherweise immer mehr Menschen ihren Urlaub, ihre Freizeit zuhause verbringen und bei herrschendem Schönwetter, wie es Gott sei Dank derzeit auch der Fall ist, natürlich auch in Steyr an der Enns ihre Freizeit verbringen. Leider haben wir feststellen müssen, dass nicht nur die Ruderer, sondern auch andere Wassersportler - wie der heutigen Rundschau auch zu entnehmen ist - auch die Paddler im großen Ausmaß ihrer sportlichen Aktivität fast nicht mehr nachgehen können, weil die Belästigungen - und interessanterweise findet das derzeit auch mitten in der Stadt statt - so massiv sind, dass wir fast nicht mehr ausfahren können. Es ist aber nicht nur eine Belästigung für die Wassersportler, es ist meiner Meinung nach auch eine Lärmbelästigung für die Anrainer und auch eine Umweltbelastung durch die Abgase, weil das sind ja keine kleinen Fischerboote, gegen die wir selbstverständlich noch nie etwas einzuwenden hatten.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Am Samstag, da habe ich sie auch fahren gesehen!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:
Die hat es eh immer gegeben auf der Enns und wird es in Zukunft auch immer geben, sondern gegen PS starke große Motorboote, die meiner Meinung nach auf der Enns nichts verloren haben. Erstens einmal sind die Größenverhältnisse gar nicht dafür geeignet, sie verursachen im Großen und Ganzen nur Lärm, Gestank und Unannehmlichkeiten für die Sportler. Ich glaube, man sollte hier Überlegungen anstellen, wie man dem einen Riegel vorschieben könnte. Ich habe heute den Polizeidirektor gefragt, weil er mir zufällig auf dem Weg zur Gemeinderatssitzung über den Weg gelaufen ist, er wäre nämlich z. B. auch für die Einhaltung der Alkoholgesetze verantwortlich, es ist ja kein Geheimnis, dass da manche Herrschaften in der wärmeren Jahreszeit durchaus illuminiert diesem Sport nachgehen, was auch nicht gerade angenehm ist, weil dadurch die Rücksichtnahme auf andere am Wasser bekanntlich etwas nachlässt. Es ist ein Zustand, wo vielleicht der eine oder andere jetzt lacht und es lächerlich findet, aber ich glaube, es ist ein Anliegen, welches nicht nur berechtigt ist, sondern das wirklich in zunehmenden Ausmaß vielen Steyrerinnen und Steyrern von einer kleinen Minderheit aufs Aug gedrückt wird und wir sollten als Stadt hier wirklich einmal etwas unternehmen. Wenn man schon das Land auffordert, hier etwas zu tun, dann müssten wir irgendwann einmal selber Überlegungen anstellen. Es ist keine Bösartigkeit gegen irgendjemanden, der wie früher seinem Fischersport nachgeht, aber das Ausmaß, welches hier derzeit angenommen wird, dass in Rudeln, mitten in der Stadt alle anderen belästigt werden, das ist auf Dauer kein tragbarer Zustand. Ich würde das nicht nur als Sommergag betrachten, sondern das ist wirklich ein ernsthaftes Problem, mit dem wir uns irgendwann auseinandersetzen müssen, wenn wir auch jetzt nichts machen. Man hat bekanntlich nicht ohne Grund auf jenen Seen, wo man auch vom Fremdenverkehr einiges erwartet - und auch Steyr hat in letzter Zeit hier einiges geleistet, nämlich einen starken Sprung nach vorne - nicht zu Unrecht in der Hauptsaison das sinnlose Motorbootfahren verboten. Ich glaube, man sollte sich auch in Steyr in dieser Richtung etwas einfallen lassen, wenn dem mit vernünftigen Argumenten, oder dem Appell an die Vernunft nicht beizukommen ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sagt die SPÖ etwas dazu? Nein.
ÖVP?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Lieber Hans Payrleithner, bei allem Verständnis, ich glaube trotzdem, dass man nicht wirklich - wie schon vor einem oder zwei Jahren gesagt worden ist - zu den schärfsten Mitteln greifen soll. Jedes zugelassene Motorboot hat in sehr großen Buchstaben auf der Seite seine Schifffahrtsnummer stehen. Das heißt, wenn sich irgendjemand gefährdet fühlt, hat er hier die Möglichkeit, das wirklich zur Anzeige zu bringen und das würde ich auch empfehlen. Denn so kann es nicht sein, dass man z. B. zu knapp zu anderen Fahrzeugen oder Personen hinfährt, das heißt es gehört geahndet. Da sind wir sicher einer Meinung. Nur, die Enns ist nach wie vor ein Schifffahrtsweg, gehört damit zum öffentlichen Verkehrsnetz und ist damit nicht mit einem See vergleichbar. Das heißt, eine Sommersperre ist hier rein rechtlich nicht möglich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
GAL?

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich weiß nicht, was das für ein Sport sein soll, den die Herren in den Motorbooten ausüben. Es ist im Prinzip nichts anderes, als dass sie auf einen Knopf drücken, dann macht es Brumm und bei 60 km/h bekommen sie nasse Augen, das war der ganze Sport, der da sozusagen praktiziert wird. Es geht primär darum, seine PS so gut wie möglich auf das Wasser zu bringen, wobei man auf neidvolle Blicke seitens der Uferpassanten hofft, mehr ist es auch nicht. Am Samstag ist es mir aufgefallen, da sind sie bis hier heroben gestanden. Was sie dann da gemacht haben? Ich hoffe schaukeln, denn trinken ist auch für Motorbootfahrer verboten. Wenn sie sich vorstellen, wenn sie auf dem Wasser sind und dann zischt so einer vorbei, dann stinkt es nicht nur die eine Sekunde, wo sie vorbeifahren, sondern da stinkt es dann 10 Minuten nach, das ist entsetzlich. Es gibt 3 Sachen in der Stadt Steyr, die anscheinend unlösbar sind. Die eine Geschichte ist diese komische „Priewasserstiege“ in unserem Naturschutzgebiet, wo aber vor Jahren gesagt worden ist, dass sie weg kommt. Die zweite Geschichte ist die zum Einfamilienhaus mutierte Bienenhütte in Gleink und die dritte Geschichte, was eigentlich jeden fürchterlich angeht, aber anscheinend unlösbar ist, das ist diese Motorbootgeschichte auf der Enns. Ich weiß es nicht, wie wir weitertun sollen, aber eines ist auf jeden Fall klar, dass es ein fürchterliches Ärgernis ist. Wir sind als Sportstadt berühmt und ich sehe das Motorbootfahren nicht als Sport, vielleicht als eine besondere Form von Fortbewegung. Wenn wir uns darüber einig sind und damit sind wir wieder beim Stand wie vor 2 Jahren, dass das eingeschränkt gehört, dann sollte man das bitte auch tun. Jeglicher Hinweis darauf, dass die Enns schiffbar ist, ist zwar recht nett, hilft uns aber keinen Meter weiter. Die Umweltabteilung hat damals ihr Refugium, das sie auf der Insel heftig in Beton gegossen haben, Gott sei Dank zerstört, da hat man diese Flüsterkneipe gegenüber vom Münichholz kaputt gemacht, es nützt aber nichts. Ich weiß nicht, was die Damen und Herren bewegt, sich mit 20, 30 oder noch mehr PS diese paar Kilometer, die ihnen zur Verfügung stehen, auf und ab zu fahren. Ich kann es mir nicht vorstellen, ich kann nur hoffen, dass ihnen irgendwann einmal bei Niedrigwasserstand die Schraube kaputt wird und dann werden sie es sich vielleicht einmal überlegen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Frau Mag. Frech, wollen sie das Wort ergreifen?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich glaube, es gibt zu dem Thema relativ wenig zu sagen, wahrscheinlich hat man nur zwei Möglichkeiten, die rechtlichen Möglichkeiten, die es gibt, zu nutzen und wirklich jeden tatsächlich zur Anzeige bringen. Die Fahrer von Motorbooten sind ja eruierbar, die haben ja auch ein Kennzeichen, das heißt, das kann ja nicht das Problem sein. Ich würde aber wirklich raten, die rechtlichen Möglichkeiten, die es ohnedies gibt, auszunutzen und nicht gleich zu sagen, so wir verbieten das für alle, nämlich auch für jene, die das ordentlich machen. Ich glaube, das ist im Prinzip der gangbare Weg.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Hat die ÖVP noch ein Thema zur „Aktuellen Stunde“?

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:
Es wird nicht lange, ich möchte nur noch einmal auf die Einladung für morgen Abend vom Wirtschaftsnetzwerk Innenstadt hinweisen. Es sind alle herzlich eingeladen zu kommen. Wir präsentieren eine Marktforschungsstudie Innenstadt Steyr bzw. eine Halbjahresbilanz des Wirtschaftsnetzwerkes. Wir wollen darstellen, dass es doch nicht so ist wie die Frau Heidlmayr sagt, dass wir den Stadtplatz verkauft haben. Bitte, es ist jeder herzlich eingeladen, um halb 7.00 Uhr in der Schwechater. Es wird durch die Uni Linz und durch uns sehr interessante Informationen geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ist das die „Aktuelle Stunde“ gewesen? Ja. Gut. Will jemand dazu etwas sagen? Ich glaube, es ist ja nur eine Information gewesen. Haben die Grünen ein Thema? Nein. Frau Magister? Auch nicht. Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich danke für die Mitarbeit und wünsche schöne Ferientage und einen erholsamen Urlaub, dass alle gestärkt im Herbst wieder kommen um für die Stadt zu arbeiten.

ENDE DER SITZUNG: 18.56 UHR

DIE VORSITZENDE: Vizebürgermeisterin Friederike Mach

DIE PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER: GR Ingrid Weixlberger, GR Dr. Wilfried Wetzl